



DAS WIENER BAUGEWERBE
UND SEIN UMFELD IN
VERGANGENHEIT,
GEGENWART
UND ZUKUNFT

BAU
EINE FESTSCHRIFT DER LANDESINNUNG BAU WIEN



BAUEN IN WIEN

EINE FESTSCHRIFT DER LANDESINNUNG BAU WIEN

Das Wiener Baugewerbe
und sein Umfeld in
Vergangenheit, Gegenwart
und Zukunft

Inhalt

Vorwort	Michael Häupl	4
	Walter Nettig	5
	Johannes Labofer	6
	Hans-Herbert Grüner	7
„.... und haben da gelegt den ersten Stain ...“		
Die räumliche und kulturelle Entwicklung Wiens im Lichte		
historischer Großbauvorhaben	Reinhard Pobanka	8
Zur historischen Entwicklung von Standes-		
vertretungen im Baugewerbe		
Mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Bauhandwerke	Hans-Herbert Grüner	16
Die städtebauliche Entwicklung Wiens von den		
Anfängen bis 1945		
Anmerkungen zu den wichtigsten Ereignissen und Maßnahmen,		
die das Baugeschehen in Wien beeinflusst haben	Peter Eigner	24
Aus der Geschichte der Wiener Bauhandwerke		
und ihrer Organisationen		
Ereignisse, Regeln und Bräuche, wie sie in historischen Dokumenten		
überliefert sind	Thomas Bernt	36
Die vernetzte Stadt		
Der Beitrag der technischen Infrastruktur zur baulich-räumlichen		
Entwicklung Wiens im 19. und 20. Jahrhundert	Gerhard Meißl	44
Die Ringstraße – Wien auf dem Weg zur Metropole		
Wirtschaftliche, technische und soziale Aspekte der Ringstraßenbauten		
..... Hannes Stekl	49	
Die Geschichte des Hauses Wolfengasse		
4		
Anmerkungen zum Haus der Landesinnung Bau Wien,		
das selbst ein Teil der Wiener Baugeschichte ist	Manfred Schreiber	56
Wien nach dem Zweiten Weltkrieg		
Die städtebauliche Entwicklung vom Wiederaufbau bis zur Gegenwart		
..... Wolfgang Amann	62	
Die Wiener Landesinnung Bau nach 1945		
Die Geschichte der Landesinnung als Spiegelbild politischer, gesetzlicher		
und ökonomischer Einflüsse auf das Wiener Baugewerbe im Lauf von		
mehr als fünf Jahrzehnten	Manfred Schreiber	70
Die Landesinnung Bau Wien heute		
Leistungen und Aktivitäten einer modernen, auf Dienstleistung		
konzentrierten Standesvertretung	Manfred Schreiber	76
Die betriebswirtschaftliche Situation des		
Wiener Baugewerbes		
Über die Unterschiede zwischen Flop- und Top-Betrieben	Walter Bornett	80
15 Jahre Wiener Stadterneuerungspreis der		
Landesinnung Bau Wien		
Zur Geschichte und Philosophie der Altstadt- und Althaussanierung	Stefan Mandabus	84
Die Zukunft der europäischen Bauwirtschaft		
Perspektiven, die auch das Wiener Baugewerbe betreffen	Margarete Czerny	87
Der Baumeister der Zukunft		
Anforderungen an einen Berufsstand samt Auswirkungen		
auf die Standesvertretung	Alexander Safferthal	90
Bild- und Literaturnachweis		92

Impressum

Medieninhaber und Verleger:

Landesinnung Bau Wien der Wirtschaftskammer Wien, Wolfengasse 4,
1010 Wien, Tel.: 01 / 513 18 68.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Manfred Schreiber

Konzept, Redaktion und Produktion:

Thomas Bernt Werbeagentur, Kahlenberger Straße 2B/1/4, 1190 Wien,
Tel.: 01 / 370 81 99, e-mail: bernt@netway.at

Grafikkonzept, -gestaltung und -produktion:

Enöckl GrafikDesign & Werbung,
Sechshauser Straße 68, 1150 Wien,
Tel.: 01 / 892 90 80, e-mail: enoeckl.d+w@nextra.at

Herstellung, Druck:

Ueberreuter Print und Digimedia GmbH,
Industriestraße 1, 2100 Korneuburg, Tel.: 02262 / 789-0

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Korneuburg

© November 2001,

Landesinnung Bau Wien der Wirtschaftskammer Wien

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Ausdrucks oder der Reproduktion einer Abbildung sind vorbehalten.
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung
des Verlegers unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Wien ist stolz auf sein Baugewerbe!



Seit mehr als 2000 Jahren wird in und an Wien gebaut. In dieser Zeitspanne hat sich das Antlitz der Stadt vielmals grundlegend geändert. Aus dem ursprünglichen Militärlager Vindobona wurde eine lose Siedlung aus Holzhäusern, aus dieser allmählich eine Stadt mit Steinbauten. Stets waren die Bauhandwerker aber bemüht, nicht nur funktionale, sondern auch ansehnliche Bauwerke zu erschaffen. Dass Wien heute zu den schönsten Städten der Welt zählt, ist den unzähligen Baumeistern, Gesellen und Arbeitern des Wiener Baugewerbes zu verdanken, die im Lauf der Jahrhunderte in unserer Stadt gewirkt haben. Die meisten von ihnen sind anonym geblieben, aber in sehr vielen Gebäuden lebt ihr Werk weiter. Nicht nur wir Wiener, sondern auch unsere Gäste erfreuen sich an den großartigen Zeugen der Wiener Baukunst.

Viele Bauwerke Wiens hatten und haben aber nicht nur stadtgestalterischen Wert, sondern auch eine enorme geschichtliche und soziale Bedeutung. Die großen Kommunalbauten des ausklingenden 19. Jahrhunderts symbolisieren bis in die Gegenwart den hohen Stellenwert der Versorgung mit elementaren Gütern wie Wasser oder Energie. Die großen Spitalsbauten sind Monuments einer auf Gemeinwohl bedachten Stadtgesellschaft. Aber auch die heute nicht mehr bestehende Stadtmauer rund um das damalige Wien war ein Werk von Wiener Bauleuten. Sie war nach der ersten Türkenbelagerung – mit großem finanziellen Aufwand – errichtet worden. Mit ihr gelang es, den zweiten Ansturm der Türken im Jahr 1683 abzuwehren. Sicher wäre die Geschichte Wiens, Österreichs und ganz Europas anders verlaufen, hätte Wien damals nicht standgehalten.



Der Bau in Wien – Ein Gewerbe mit Vergangenheit und Zukunft



Es darf nicht vergessen werden, welch großen Anteil die Bauwirtschaft seit jeher an der allgemeinen wirtschaftlichen Lage unserer Stadt hatte. Florierte die Bauwirtschaft, ist es der ganzen Stadt gut ergangen. Viele tausend Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Bauwesen ab. Wien ist sich seiner Verantwortung für den Bauzustand seiner Gebäude bewusst. Nicht nur im Wohnungsneubau – in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurden hier bis zu zehntausend geförderte Wohnungen pro Jahr fertig gestellt – nimmt Wien eine weltweite Spitzenposition ein. Auch beim Schulbau – Errichtung neuer und Sanierung bestehender Schulen – oder bei der Stadterneuerung (mit rund 150.000 mit Hilfe der Stadt renovierten Wohnungen seit Beginn dieses Sanierungsprogramms) ist Wien Weltspitze.

In diesem Sinne wünsche ich allen Gewerbetreibenden des Wiener Baugewerbes und ihren Mitarbeitern viel Glück und Erfolg für die Zukunft. Mögen die künftigen Bewohner Wiens alle Bauwerke, die in Gegenwart und Zukunft errichtet werden, ebenso schätzen und bewahren, wie unsere Generation es mit dem baulichen Erbe aus vielen Jahrhunderten getan hat!

Dr. Michael Häupl
Bürgermeister der Stadt Wien

Kaum eine andere Innung der Wirtschaftskammer Wien hat es so leicht, einem Außenstehenden Einblick in ihre Geschichte zu gewähren wie die Landesinnung Bau Wien: Ein Spaziergang durch die Innenstadt genügt, um zu sehen, worauf dieses bedeutende Gewerbe zurückblicken kann. Es hat das Gesicht Wiens geprägt und tut es heute noch.

Denn es ist nicht nur die Historie, die diese Innung auszeichnet, vielmehr noch ist es der Blick in die Zukunft: Unsere Baumeister wissen, dass sie kompetente Mitarbeiter brauchen – und geben ihnen die Möglichkeit, sich optimal auszubilden. Der Lehrbauhof Ost und die Berufswettbewerbe für Jungmaurer sind das beste Beispiel dafür. Doch damit nicht genug: Unsere Baumeister kommunizieren ihre Leistungen professionell (ein Blick auf die Homepage der Innung zeigt das), regen dazu an, alte Normen neu zu überdenken, und fördern Innovationen: Sie initiieren Forschungsarbeiten, nehmen an Projekten teil und setzen diese Ergebnisse in ihren Betrieben um. Und das ist gut so. Denn eines muss uns allen bewusst sein: Der Bau ist einer der wichtigsten

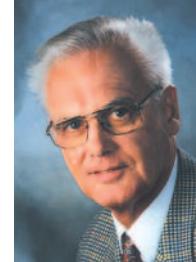
Wirtschaftsfaktoren in Wien. Die knapp 1.500 Wiener Baumeister schaffen viele Tausend Arbeitsplätze und darüber hinaus Aufträge für unzählige weitere Wiener Betriebe in verwandten Branchen. Da werden Dachstühle gezimmert und Wasser- wie auch Stromleitungen installiert, Fenster und Türen eingesetzt, Wände gestrichen und Dächer gedeckt. Daran kann man die Bedeutung des Wiener Baugewerbes ganz klar erkennen: Wenn es dem Baugewerbe gut geht, geht es der ganzen Wirtschaft gut.

So bleibt mir nur mehr, der Bauinnung die besten Glückwünsche für die nächsten 350 Jahre auszurichten.

Walter Nettig
Präsident der
Wirtschaftskammer Wien



Das Baugewerbe – Motor einer erfolgreichen Volkswirtschaft



Die Bauwirtschaft stellt mit einem Anteil von 7,2 % am Bruttoinlandsprodukt den größten Sektor in der produzierenden Wirtschaft dar, setzt mit 28.500 Unternehmen und mit 280.000 Beschäftigten rund 420 Mrd. € um und sichert das Einkommen für rund eine Million Menschen, die in Österreich direkt oder indirekt vom Bau abhängen. Im Rahmen dieses österreichischen Bauwesens, das mit den vor- und nachgelagerten Branchen der größte private Arbeitgeber in Österreich ist, spielt das Baugewerbe mit fast 85.000 Beschäftigten bei einem Produktionswert von etwa 90 Mrd. € zweifelsfrei die wichtigste Rolle. Es versorgt die Bevölkerung und die Wirtschaft unseres Landes flächendeckend mit Bauleistungen aller Art und bietet in Stadt und Land attraktive Arbeitsplätze.

Von altersher ist das Baugewerbe mit Befugnissen ausgestattet, die vom Planungsrecht und Generalunternehmertum bis zum Projektmanagement und zur Bauführung reichen. Dafür treffen den Baumeister umfangreiche Haftungen öffentlich- und privatrechtlicher Natur. Verständlicherweise schreibt der Gesetzgeber diesem Berufsstand, dem planungs- und ausführungsbefugten Baumeister, einen fundierten Befähigungsnachweis inklusive schriftlicher und mündlicher Prüfung vor. Allen Liberalisierungstendenzen, die, einem zeitgeistigen Trend folgend, an dieser Regelung rütteln wollen, ist hier eine klare Absage zu erteilen.

Wenn wir an der Welt von morgen bauen wollen, sind hohe Qualitätsstandards nicht nur bei den Unternehmensführern, sondern auch bei den Mitarbeitern die wichtigsten Voraussetzungen, auch im Hinblick auf den verschärften Wettbewerb in Europa. In der Ausbildung des Berufsnachwuchses stehen die klein- und mittel-

ständischen Baubetriebe mit etwa 4.000 Lehrlingen an vorderster Front. In den Ausbildungsbetrieben und in den Lehrbauhöfen werden Lehrlinge mit den modernsten Maschinen, den rationalsten Arbeitsweisen und besten Technologien vertraut gemacht. Das Baugewerbe bietet seinen Mitarbeitern eine breite Palette von Aufstiegsmöglichkeiten vom Facharbeiter über den Polier und Bauarbeiter bis hin zum selbständigen Baumeister an. Durch die Förderung von Fachhochschul-Studiengängen an derzeit vier Standorten soll der Anschluss an akademische Ausbildungsrichtungen mit europäischer Perspektive geschaffen werden. Das Planvorlagerecht des Baumeisters in der Europäischen Union soll dadurch auch in Zukunft sichergestellt werden.

Die Landesinnung Wien eröffnet mit ihrem Verbandshaus nach umfangreichen Renovierungsarbeiten unter dem Landesinnungsmeister Technischer Rat Ing. Herbert Grüner und dem Geschäftsführer Dr. Manfred Schreiber dieses von Baumeistern Mitte des vorigen Jahrhunderts geschaffene Juwel im Herzen der Stadt Wien. Zu dieser Leistung darf ich alle Beteiligten, Funktionäre, Planer und ausführende Unternehmen sehr herzlich beglückwünschen. Dieses Gebäude wird, wie in den letzten 150 Jahren, auch in einer hoffentlich guten Zukunft Heimstätte einer der wichtigsten Innungen der österreichischen Bauwirtschaft sein und unterstreicht die hervorragende Bedeutung des Baugewerbes im Rahmen der Wiener Bauwirtschaft.

Mit einem herzlichen Glück Auf

Techn. Rat Ing. Johannes Lahofer
Bundesinnungsmeister Bau
Wirtschaftskammer Österreich

Das Wiener Baugewerbe: Seit Jahrhunderten und auch in Zukunft „der Baumeister Wiens“

Im Besitz der Landesinnung Bau Wien befindet sich das historische Siegel des Wiener Baugewerbes, das die Vereinigung der Wiener Bauhütte mit den Zünften der Steinmetzen und Maurer vom 20. Februar 1637 darstellt. Dieses Bundessiegel stammt aus dem Jahr 1651 und ist somit genau 350 Jahre alt. Im Zuge der Renovierungsarbeiten an unserem Innungshaus in der Wolfengasse Nr. 4 haben wir die historischen Unterlagen unserer Innung durchstöbert. Daraus ist die Idee entstanden, einmal die Geschichte des Wiener Baugewerbes festzuhalten. Da nun auch die Renovierung und Einweihung des Innungshauses – Zufall oder nicht – in das Jahr 2001 fällt, haben wir uns zur Herausgabe dieser Festschrift noch in diesem Jahr entschlossen.

Dieses Buch gibt allen interessierten Lesern Einblick in die Entstehung und Geschichte des Wiener Baugewerbes sowie in die Entwicklung der Stadt Wien. Die Entwicklung des Baugewerbes und der Stadt sind untrennbar miteinander verbunden und haben sich seit jeher gegenseitig beeinflusst. Es ist klar, dass – aus Platzgründen – ein solcher Rückblick in die Historie unseres Gewerbes und unserer Stadt hier nur in Ausschnitten erfolgen kann. Aber es sollen nicht nur die Geschichte, sondern auch Gegenwart und Zukunft des Wiener Baugewerbes behandelt werden. Als Autoren konnten namhafte Historiker und Experten der Bauwirtschaft gewonnen werden, denen ich an dieser Stelle für ihre Beiträge danke.

Die aktuelle Situation ist, aus verschiedensten Gründen, für die Wiener Bauwirtschaft nicht besonders rosig. Aber das Wiener Baugewerbe hat sich immer schon durch eine besondere Flexibilität und Gewandtheit ausgezeichnet, und es hat, wie auch die Geschichte zeigt, immer wieder Krisensituationen erfolgreich bewältigt. Es wird sich auch aus der derzeitigen Lage befreien und gestärkt aus ihr hervorgehen. Die Landesinnung Bau Wien wird jedenfalls alles in ihrer Macht Stehende tun, um für das Bauwesen gedeihliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Allen Mitgliedern unserer Innung wünsche ich viel Glück und Erfolg für ihre Projekte. Mögen sie mit Optimismus in die Zukunft gehen, sich an dem ehrbaren Verhalten unserer Vorgänger orientieren und ebenso großartige Bauwerke erschaffen wie diese! Ich danke allen Mitarbeitern der Landesinnung Bau Wien für ihre Leistungen und allen, die an den Renovierungsarbeiten unseres Innungshauses bzw. an der Herstellung dieser Festschrift beteiligt waren.

Nun wünsche ich dieser Festschrift die ihr gebührende Verbreitung und ihren Lesern viel Vergnügen!

Techn. Rat Baumeister
Ing. Hans-Herbert Grüner,
Innungsmeister der
Landesinnung Bau Wien



... und haben da gelegt den ersten Stain ...

Die räumliche und kulturelle Entwicklung Wiens im Lichte historischer Bauten.

Dr. Reinhard Pobanka
ist Historiker und Kurator
am Historischen Museum
der Stadt Wien.

Geschichte wird von Kaisern und Königen gemacht, sie besteht aus Kriegen und Friedensschlüssen. So lernt man es in der Schule. Vergessen wird dabei, dass Geschichte von Menschen gestaltet wird, die seit der Urzeit das grundlegende Bedürfnis haben, sich eine Behausung zum Schutz vor der Witterung, vor Feinden und zur Aufbewahrung ihrer Güter zu errichten. Erst als der Mensch aus der Höhle hervorkommt und beginnt, sich aus Steinen, Lehm, Zweigen, Ästen oder Holz eine Behausung zu schaffen, wird er zum Mitglied eines umfassenden Gemeinwesens. Mit Fortdauer der Geschichte wird der Bauprozess immer komplizierter, so dass sich bald eine eigene Gruppe von Spezialisten herauszubilden beginnt, die sich mit der Errichtung von Bauten beschäftigt. Bauvorhaben werden zu Wirtschaftsfaktoren, sowohl der Ort eines Bauwerkes, seine Bestimmung und Ausgestaltung beeinflussen den Lauf der Geschichte. Je umfangreicher ein Bauvorhaben, umso größeren Einsatz an technischem Wissen, künstlerischem Können und finanziellen Mitteln verlangt es. Bauwerke in ihren unterschiedlichsten Ausformungen sind für Jahrtausende die High-Tech-Produkte der Gesellschaft und beeinflussen durch ihre Errichtung, ihre lang andauernde Existenz und der damit verbundenen Information die Geschichte.

Bauwerke in ihren unterschiedlichsten Ausformungen sind für Jahrtausende die High-Tech-Produkte der Gesellschaft

Im vorliegenden Aufsatz habe ich versucht, der Frage nachzugehen, welche Bauwerke im Wiener Raum wesentlich für den Lauf der Geschichte und der Kultur der Stadt waren, wobei diese Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

tung von Bauten beschäftigt. Bauvorhaben werden zu Wirtschaftsfaktoren, sowohl der Ort eines Bauwerkes, seine Bestimmung und Ausgestaltung beeinflussen den Lauf der Geschichte. Je um-

fangreicher ein Bauvorhaben, umso größeren Einsatz an technischem Wissen, künstlerischem Können und finanziellen Mitteln verlangt es. Bauwerke in ihren unterschiedlichsten Ausformungen sind für Jahrtausende die High-Tech-Produkte der Gesellschaft und beeinflussen durch ihre Errichtung, ihre lang andauernde Existenz und der damit verbundenen Information die Geschichte.

Die keltische Siedlung am Leopoldsberg (Errichtungszeit ca. 400 v. Chr.)

Die erste archäologisch fassbare Siedlung im Wiener Raum dürfte am Plateau des heutigen Leopoldsberges bestanden haben. Vermutlich seit der Hallstattzeit besiedelt, wandelte sich die Siedlung in der Spätlatènezeit zu einem befestigten Höhensitz. Wir können annehmen, dass es sich dabei weniger um eine keltische Stadt (Oppidum) gehandelt haben dürfte, sondern mehr um den Höhensitz einer adeligen boischen Familie, die auch Güter und Latifundien im heutigen Stadtgebiet von Wien besaß. In den letzten Jahrzehnten vor Christi Geburt wurde die Höhensiedlung aufgegeben, vermutlich erfolgte eine langsame Absiedelung der Bevölkerung in die Wiener Ebene, in den Bereich des heutigen 3. Bezirks.

Dennoch zeigt die Lage der Siedlung, dass die Kelten die topographische und strategische Bedeutung des Wiener Raumes erkannt hatten, lag das Siedlungsgebiet doch an einer Kreuzung zweier Verkehrswege, der Donau und einer Handelsstraße, die vom adriatischen Raum zur Ostsee führte. Der Bau der Höhensiedlung, die den Handel militärisch zu überwachen hatte und Schutz und Sicherheit versprach, wird dazu geführt haben, dass sich im weiteren Umland vermehrt Menschen ansiedelten, Bauernhöfe und Siedlungen gründeten, was in der Folge der römischen Okkupation ab 15 v. Chr. dazu führte, dass sich die Römer hier mit einem Stützpunkt festsetzten. Der Bau der Höhensiedlung bedeutet also die Entdeckung des Wiener Raumes als bevorzugtes Siedlungsgebiet. Dieses erste Großbauwerk sollte damit zur Keimzelle der weiteren Besiedelung des Wiener Raumes werden.

Das römische Legionslager Vindobona (Errichtungszeit 70 – 100 n. Chr.)

Den eigentlichen Anstoß zur Gründung einer Siedlung am späteren Ort der Stadt Wien haben die Römer gelegt. Um 9 n. Chr. ist die römische Eroberung der keltischen Gebiete entlang der Donau abgeschlossen, und zur Sicherung ihrer Macht beginnen die Römer eine groß angelegte Bau-



Das römische Legionslager von Vindobona (Rekonstruktion) von Westen her gesehen (Bauzeit 70 – 100 n. Chr.)

kampagne. Das erste Instrument der römischen Macht Sicherung war der Straßenbau. Kurz nach der Eroberung dürfte ein erster Bautrupp in Wien (am heutigen Platz der Freyung) eine kleine Baulager errichtet haben, um einen Abschnitt der Limesstraße, welche entlang der Donau lief, zu bauen. Ein weiteres Lager für etwa 500 Kavalleristen kam um die Mitte des 1. Jahrhunderts dazu, um 70 n. Chr. ließ man beide Lager auf und begann auf einer Fläche von 17 Hektar ein gewaltiges Legionslager für etwa 6.400 Soldaten zu errichten. Die Bauzeit für das Lager betrug etwa 30 Jahre. Desse Grenzen sind noch heute im Verlauf der Straßen Salzgries – Tiefer Graben – Naglergasse – Graben – Rotenturmstraße – Rabensteig sichtbar.

Der Bau des neuen Lagers muss die wirtschaftliche Entwicklung des Wiener Raumes enorm gefördert haben. Nicht nur dass die Legionssoldaten ihre Familien mitbrachten, die sich in der Lagervorstadt, der Cannabae, ansiedelten und deren Zahl etwa 12.000 – 15.000 Menschen betragen haben dürfte, es war auch notwendig, alle Begleitgewerbe, die zum Bau

eines Lagers nötig sind, zu entwickeln. Das heißt: den Straßenbau, die Anlage von Steinbrüchen, Ziegelbrennereien, Kalköfen genauso wie alle jene Gewerbe, die zur Versorgung der Truppe notwendig sind. Da Soldaten in römischer Zeit durchaus gut bezahlt waren, siedelten sich in der Folge auch Händler in der Umgebung des Lagers an, deren Angebot von den Gegenständen des täglichen Bedarfs bis zu aus Italien importierten Luxuswaren reichte. Der Bau des Legionslagers brachte also jenen Investitionsschub, der nötig war, aus einer kleinen keltischen Siedlung eine römische Stadt von etwa 40.000 Menschen zu machen, die sich bis ins 4. Jahrhundert halten konnte. Anhand der Münzfunde lässt sich feststellen, dass jedes neue Baugeschehen am Limes eine neue Menge an Bargeld in die Wirtschaft pumpte, denn Bauen bedeutete Anwesenheit von Truppen – und Soldaten bedeuteten Geld.

Die babenbergerische Stadtmauer (Bauzeit 1196 – 1230)

In den Stürmen der Völkerwanderungszeit um 400 geht Vindobona unter. In den nächsten 500 Jahren werden nur vereinzelte Holzhäuser gebaut, erst die bajuwarische Eroberung des Platzes bringt wieder Baugeschehen, fassbar für den Wiener Raum allerdings nur in Kirchenbauten wie St. Ruprecht und eventuell St. Peter. Daneben wird die alte römische Stadtmauer wiederhergestellt, erst um 1196 wird es möglich, die nun bereits erweiterte Stadt, sie besteht fast ausschließlich noch aus Holzhäusern, mit einer Steinmauer zu umgeben. Bezahl wird dieses 4,65 Kilometer lange, 10 Meter hohe und mit 18 Türmen und 7 Toren ausgestattete Großbauwerk aus dem Anteil des Babenberger Leopold V. am Lösegeld, das er für die Gefangennahme des englischen Königs Richard



Löwenherz erhalten hatte. Die Konsequenzen aus diesem Bau sind heute noch im Stadtbild Wiens, in der ringförmigen Grundstruktur, sichtbar: In der Form der Ringstraße und im roten Plattelschotter aus der Baugrube der Stadtmauer, mit dem man den römischen Graben zugeschüttet und darauf einen Platz dieses Namens geschaffen hat. Und vor allem in der wirtschaftlichen Konsequenz, dass sich durch den Mauerbau sehr viele Maurer und Steinmetzen nach Wien locken ließen. Als die Mauer um 1230 vollendet war, bot das zahlreiche Bau-



St. Stephan (Bauzeit 1137 – 1511) mit Baukran am Nordturm und babenberger Stadtmauer (Bauzeit 1196 – 1230) im Hintergrund, Ausschnitt aus dem Meldemann'schen Rundplan von 1530

personal seine Leistungen billig an. So gelang es, innerhalb relativ kurzer Zeit, wir sprechen dabei von 30 – 50 Jahren, die hölzerne in eine steinerne Stadt umzubauen. Die Sicherheit des Mauerringes führte zu einer weiteren

Zunahme der Bevölkerung. Die um 1230 noch freien Flächen füllten sich schnell, und um 1400 war die Fläche innerhalb des Mauerringes bereits dicht besiedelt. Es gab für den mittelalterlichen Menschen eine Anzahl von wirtschaftlichen und sozialen Gründen, sich in einer Stadt anzusiedeln, die feste Mauer gehörte aber unbedingt zum Selbstverständnis des mittelalterlichen Städters. Nur in ihrem Schutz konnte die Stadt funktionieren und sich wirtschaftlich weiter entwickeln.

Der Dom zu St. Stephan (Bauzeit 1137 – 1511)

Die Babenberger hatten seit ihrer Belehnung 976 mit der Mark „Ostarrichi“ den Sitz ihrer Residenz stetig nach Osten vorgeschoben: von Pöchlarn und Melk über Krems nach Klosterneuburg. Es war am Beginn des 12. Jahrhunderts noch nicht ersichtlich, dass sie Wien jemals zu ihrer wichtigsten Residenz machen wollten, war die Stadt doch weder größer noch prominenter als die anderen Städte des Landes. Der Bischof von Passau scheint den Bau einer gewaltigen Kirche als Maßnahme ins Auge gefasst zu haben, um den attraktiven „Investor“ Babenberger anzuziehen und für Wien zu gewinnen. 1137 begann man mit dem Bau, 1147 war die erste Bauphase abgeschlossen. 1156 übersiedelte der Babenberger Heinrich II. Jasomirgott endgültig aus seiner Burg in Klosterneuburg nach Wien. Eine Erklärung dafür könnte der Umstand bieten, dass die Bauleute der großen Kirchen internationale, gut bezahlte und gut organisierte Spezialisten waren, die ihren Preis hatten. Bedenkt man die gewaltigen technischen und logistischen Aufwendungen für einen solchen Kirchenbau, so kann man sich vorstellen, dass die Kosten auch der Baunebengewerbe hoch gewesen sein müssen.

Wo aber gutes Geld verdient wird, gibt man es auch wieder aus, wodurch eine Kleinstadt, wie es Wien damals war, enorm profitiert haben muss. Vermutlich sahen auch die Händler von Luxuswaren eine Chance darin, in Wien am Kirchenbau mitzuverdienen. Die Anwesenheit dieser Händler mag wiederum den Ausschlag für die Übersiedelung der Babenberger nach Wien gegeben haben. So gesehen war die Investition des Passauer Bischofs in den Bau von St. Stephan mit Vorausschau geplant. Der Umstand, dass sowohl Babenberger wie Habsburger in Wien blieben, sollte Wien zur Residenzstadt eines gewaltigen Reiches machen. Eine Bauzeit von rund 400 Jahren macht den Bau von St. Stephan in seinen verschiedenen Epochen zur längst andauernden baulichen Investition in Wien.

Die Stadtmauer der Renaissance (Bauzeit 1530 – 1680)

gedeckten Gängen und dem Glacis bei einer Höhe von rund 22 Metern und einer Breite von etwa 20 Metern zur stärksten Befestigung des Abendlandes werden sollte! Fast 150 Jahre dauerte der Bau, der einer Unzahl von Handwerkern, Ziegelschlägern, Steinmetzen, Maurern und Fuhrleuten Geschäft und Brot gegeben haben muss. Dies zu einer Zeit, als wegen des Religionsstreites in Wien zwischen Katholiken und Protestanten die private und auch kirchliche Bautätigkeit stark zurückgegangen war. Der Bau der Stadtmauer muss also für lange Zeit dem Wiener Baugewerbe eine gesunde Basis für seine Tätigkeit geboten haben. Eine Grundlage, auf der man ansonsten magere Auftragszeiten überstehen konnte.

So aufwendig die Investition auch war – in manchen Jahren gab die Stadt Wien ein Viertel ihres Gesamtbudgets für den Mauerbau aus – im



Blick auf die Donaufront der Stadtmauer der Renaissance (Bauzeit 1530 – 1680) anlässlich ihrer Demolierung 1857

Die Geschehnisse der Ersten Türkenbelagerung von 1529 hatten den Bürgern Wiens gezeigt, dass die mittelalterliche Stadtmauer den Erfordernissen der modernen Kriegstechnik nicht mehr genügte. Man begann unmittelbar nach der Abwehr der Türken mit dem Bau einer gewaltigen neuen Befestigung, die mit ihren Bastionen, Kurtinen, Ravelins, Gräben,

Jahre 1683 rechnete sich der Aufwand von 150 Jahren Bautätigkeit, als die Stadtbefestigungen dem Ansturm der Türken 3 Monate lang widerstanden. Ohne dieses Bauwerk, ohne die 150-jährige Arbeit der Wiener Bauhandwerker, wäre Wien in kurzer Zeit gefallen, und die europäische Geschichte hätte einen völlig anderen Verlauf genommen!

Schloss Neugebäude (Bauzeit 1566-90)

Schloss Neugebäude im Osten Wiens, von dem heute nur mehr die ehemalige Aussichtswarte, Nebengebäude und die Umfassungsmauer existieren, war in der Renaissance gleichsam eine bautechnische Versuchsstation. Geplant als eher kleine Anlage, wurde sie nach den Wünschen des Kaisers Maximilian II. noch in der Bauzeit laufend erweitert und zum größten Renaissanceschloss Europas ausgebaut. Zahlreiche Innovationen wie Tiergärten, Fischkalter, überflutbare Gewölbe, Kryptoportici, Pflanzterrassen und eine gewaltige

wirkte der beeindruckende Bau noch lange Zeit nach, die unvollendet gebliebene Südfassade existiert heute als römische Ruine in Schloss Schönbrunn. Die Arkaden des Belvederes stehen an der Gloriette von Schönbrunn, und die Umfassungsmauer beherbergt heute den Urnenhain des Zentralfriedhofes und die Krematoriumshalle von Clemens Holzmeister.

Das Allgemeine Krankenhaus (Bauzeit 1783 – 1994)

Das 1783 bis 1784 von Matthias Gerl im Auftrag Kaiser Josephs II. erbaute Allgemeine Krankenhaus, welches ältere Spitalsbauten am selben



Ansicht des Narrenturmes und des alten Allgemeinen Krankenhauses (Bauzeit 1783-84), Stich von Joseph Schaffer und Franz Xaver Stöckl, 1787

Schaufassade wurden dem Bau nach und nach hinzugefügt. Die gewaltige Gesamtanlage mit ihren Abmessungen von 500 x 1000 Metern zog die bedeutendsten Baukünstler der Zeit wie Ferrabosco an. Daneben wirkten noch Wissenschaftler wie der Botaniker Clusius am Bau der Gärten, in denen erstmals Edelkastanien, Erdäpfel, Orangen und Zitronen angebaut wurden. Das bedeutendste Gesamtkunstwerk der Wiener Renaissance in Architektur, Plastik, Malerei, Gartenkunst und Wasserspielen wurde 1590 durch ein Erdbeben beschädigt, blieb unvollendet und wurde danach nur mehr sporadisch verwendet. Dennoch

Platz ersetzt, ist mit seinen 12 Höfen und zahlreichen Nebengebäuden einer der größten Spitalsbauten Europas. Nicht nur die Errichtung in einer relativ kurzen Zeit stellte eine gewaltige Leistung des Wiener Baugewerbes jener Zeit dar, der Bau selbst wurde zum Symbol einer neuen Sozialfürsorge, die auf der Trennung von Kranken-, Siechen- und Armenfürsorge basierte. Über 200 Jahre laufend erweitert, und mit einem Siechenhaus, einer Unterbringung für psychisch Kranke (Narrenturm), mit einem pathologischen Institut und Schwesternwohnungen ausgestattet, bildete das Bauwerk das Rückgrat der



Blick auf die Wiener Ringstraße (Bauzeit 1857 – 1914)

medizinischen Versorgung und des Medizinstudiums in Wien. Die Baugeschichte des Spitals zog sich bis in das Ende des 20. Jahrhunderts, als hier mit dem Bau des Neuen AKH einer der größten Spitalskomplexe Europas geschaffen wurde. Die verbauten 40 Mrd. Schilling stellen das größte Bauvolumen eines Einzelgebäudes in Wien dar. Der Bau des alten AKH veränderte aber nicht nur unsere Sicht auf Krankenpflege und Gesundheitsfürsorge, sondern schuf auch die Basis für die Herausbildung der „Wiener Schule“ der Medizin und war Wirkungsstätte für so bedeutende Mediziner wie Semmelweis, Wagner-Jauregg, Billroth, Freud und Fellinger.

Die Wiener Ringstraße (Bauzeit 1857 – 1914)

Der Bau der Wiener Ringstraße begann 1857 mit dem Abriss der alten Befestigungen der Renaissance. 1865 konnte die Ringstraße, allerdings noch ohne ihre Prachtbauten, eröffnet werden. Von 1860 bis 1914 entstanden entlang des Boulevards eine Anzahl von Bauten für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Verwaltung, eingerahmt von den Palais des Adels und des vermögenden Großbürgertums. Der gewaltigen Bauleistung

in relativ kurzer Zeit steht der Einfluss auf Kunst, Kultur und Gesellschaft gegenüber, der einer ganzen Epoche den Namen gegeben hat. Bemerkenswert an den Bauten der Ringstraße ist die Zusammenarbeit der Bauleute mit Künstlern und Architekten, welche es verstanden, gewaltige Bauvolumen im Sinne und Stil des Historismus auszuführen. Diese Symbiose schuf ein Ensemble, das nicht nur wegen seines Investitionsvolumens, sondern auch wegen seiner Bedeutung als Gesamtkunstwerk und als Symbol der k.k. Monarchie prägend für das Wiener Stadtbild wurde.

Donauregulierung und Weltausstellung (Bauzeit 1870 – 73)

Hochwasser der Donau hatten über Jahrhunderte die Stadt Wien bedroht. Um diese Gefahr zu bannen, baute man von 1870 bis 1873 ein neues Donaubett, auch ein Überschwemmungsgebiet und ein Hochwasserschutzbamm wurden angelegt sowie mehrere Brücken über die nun regulierte Donau gebaut. Dies ermöglichte in der Folge die Anlage zahlreicher Industrieansiedlungen auf sicherem Grund nördlich der Donau und damit die weitere Entwicklung Wiens zur





Blick auf den Trabrennplatz um 1900. Links im Hintergrund das Gebäude der Rotunde, erbaut anlässlich der Wiener Weltausstellung (Bauzeit 1873)

Industriestadt am Ende des 19. Jahrhunderts. Auch die Donauschifffahrt erlebte einen neuen Aufschwung, was in der Anlage von Kais und Lagerhäusern entlang der Donau ihren Ausdruck fand.

1873 richtete Wien die Weltausstellung aus: Am Weltausstellungsgelände im Wiener Prater entstand aus diesem Anlass der Industriepalast mit dem Zentrum der Rotunde, damals das größte Gebäude der Welt mit einem Durchmesser von 108 m und einer Höhe von 88 m – eine Meisterleistung der österreichischen Ingenieure und Bauleute! Durch Bankenkrach und Cholera wurde die Weltausstellung zwar zum Verlustgeschäft, die Teilnahme von 40 Ländern in 200 Hallen mit 35.000 Exponaten – auch aus so entfernten Ländern wie Japan oder Persien – öffnete aber der österreichischen Wirtschaft wichtige Kontakte zu den Ländern in Übersee und diente als Forum der weltweiten Präsentation der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Rotunde diente nach der Weltausstellung lange Jahre für Ausstellungszwecke als Mittelpunkt der Wiener Messe, ehe sie 1938 abbrannte.

Die Wohnbauten des Roten Wien (Bauzeit 1923 – 1934)

Um die wirtschaftliche Not und besonders die Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg zu lindern, führte die sozialistische Stadtregierung unter Finanzstadtrat Hugo Breitner nach 1919 in schneller Folge neue Steuern ein. Die wichtigste war die Wohnbausteuere, da die Gemeinde beschlossen hatte, ein groß angelegtes Wohnbauprogramm zu beginnen. Das Wohnbauprogramm, das vorsah, innerhalb von 5 Jahren 25.000 Wohnungen zu bauen, begann 1923. Gebaut wurden vorwiegend sogenannte Superblocks, ausgedehnte Anlagen, die sich zumeist um begrünte Innenhöfe gruppierten und die bereits mit Komfort wie innenliegenden Wasserleitungen und Toiletten ausgestattet waren. Die durchschnittliche Wohnungsgröße betrug 38 m², die Vergabe der Wohnungen erfolgte nach sozialen Bedürfnissen. Man stattete die Wohnbauten mit Badeanstalten, Wäschereien, Kindergärten und Geschäften aus. Als sich 1926 herausstellte, dass man das erste Wohnbauprogramm viel schneller als erwartet erfüllt hatte, wurde für die

nächsten Jahre dessen Fortsetzung mit der Errichtung von weiteren 30.000 Wohnungen beschlossen. Insgesamt 63.736 Wohnungen wurden in Wien zwischen 1919 und 1934 durch die Gemeinde fertig gestellt.

1931 konnte die Gemeinde Wien noch einmal einen großen Erfolg mit der Eröffnung des Karl-Marx-Hofes in Heiligenstadt feiern. Dieser Wohnbau für 5000 Personen war der größte in Europa, zu seiner Eröffnung kam

räumliche und kulturelle Entwicklung einer Stadt prägen. Zwar ist die Politik oftmals Auslöser einer Entwicklung, diese drückt sich aber oft in Bauwerken aus, die durch ihre Errichtung, ihre Finanzierung, ihre Existenz und Funktion zur Weiterentwicklung der Stadt beitragen.

Man ist natürlich immer versucht zu sagen, dieser oder jener Kaiser oder Politiker hat dies oder das gebaut, nach Bert Brecht müsste man hinzufügen „... er allein?“ Wir können die



sogar der englische König Edward nach Wien. Das soziale Wohnbauprogramm Wiens war ein vorbildliches Konzept und wurde in ganz Europa anerkannt. Es war das Prestigeprojekt des „Roten Wien“ und sorgte durch seine architektonische und soziale Qualität für eine Verbesserung des Lebensstandards weiter Teile der Wiener Bevölkerung. Außerdem stützte es wesentlich die Wiener Bauwirtschaft während der Zwischenkriegszeit mit ihrer Anfälligkeit für Inflation und Arbeitslosigkeit.

Dieser kleine Überblick über die Geschichte großer Bauvorhaben in Wien zeigt, dass es nicht immer nur politische Ereignisse sind, welche die

Frage beantworten: Es waren die Bauleute, die seit 2000 Jahren in und an Wien gebaut haben und deren Beitrag zur räumlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung der Stadt genauso groß war wie die der Herzöge, Könige, Kaiser, Politiker und Künstler. Ohne Baugeschehen gab und gibt es keinen Wohlstand und keine Entwicklung Wiens. Bauwerke haben die Geschichte der Stadt in den letzten 2000 Jahren geprägt. Sie sind oft dauerhafter als jede Macht oder Politik, das steinerne Vermächtnis von Ideen und Gedanken. Das Fundament, auf dem die Menschen ihr Leben aufbauen und auf dem die Wirtschaft der Stadt seit zwei Jahrtausenden gedeiht.

Ansicht des Karl-Marx-Hofes (erbaut 1930-32)



Zur historischen Entwicklung von Standesvertretungen im Baugewerbe

Mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Bauhandwerke.

Techn. Rat Ing. Hans-Herbert Grüner ist Baumeister, Sachverständiger sowie Innungsmeister der Landesinnung Bau Wien.

Die Erschaffung von Bauwerken ist untrennbar mit der Entwicklung des Homo sapiens verbunden, und sie reicht von der primitivsten Behausung bis zum modernsten Wolkenkratzer. In diesem Beitrag soll untersucht werden, wie sich die Standesvertretungen der Baumeister und Bauhandwerker im Lauf der Geschichte entwickelt haben.

Heutige baugewerbliche Organisationen haben ihre Ursprünge in den Schatzkammern des frühesten Altertums und der vorrömischen Kulturreiche. Von den Bauorganisationen der ältesten Dynastien der Pharaonen um 4000 v. Chr. über die Perser bis hin zu den Griechen haben wir nur wenige unmittelbare Überlieferungen. Mit Beginn des altrömischen Kulturreiches werden die Überlieferungen jedoch zahlreicher. Die altrömische Bauhütte hieß „collegium fabrorum“ und stand unter der Leitung von Bausachverständigen, genannt „aedili“. Den hohen Stand der römischen Bauhütten können wir aus den Schriften des Marcus Vitruvius

Pollio ersehen, der in der Zeit des Augustus sein 10-bändiges Werk „De Architectura“ schrieb, in dem er sowohl griechische Quellen als auch eigene Erfahrungen verarbeitete.

Schon damals forderten die Bauhütten Tugend und Rechtschaffenheit sowie edles Betragen als unerlässliche Bedingungen für ein gedeihliches Bauwesen. Prüfungsgegenstände waren Mathematik, die den Geist schärfen sollte, Philosophie, die zur edlen Denk- und Handlungsweise hinleiten und Ästhetik, die den Sinn für Schönheit ausbilden sollte.

Der Begriff „Bauhütte“ leitet sich von tatsächlichen Hütten ab: Es waren Werkstuben, die sich in unmittelbarer Nähe von größeren, gerade in

Ausführung stehenden, Bauwerken befanden. In diesen Hütten regierte der Meister, unter dessen Anleitung Planungen, Besprechungen und Unterweisungen stattfanden. Die Bauhütten wurden mit der Zeit zu Organisationen, in denen die wissenschaftlichen Erkenntnisse und künstlerischen Anschauungen des Bauwesens gepflegt, erweitert und gelehrt wurden, und die schließlich auch die großen Bauwerke ausführten. Die Erkenntnisse wurden nicht schriftlich, sondern nur mündlich überliefert. Die Bauhütten regelten unter anderem das Verhalten und das Leben von Meistern, Gesellen und Lehrlingen sehr genau, und damit waren sie Standesvertretungen.

Als ab etwa dem 3. Jahrhundert n. Chr. die Bautätigkeit einen ungeahnten Aufschwung nahm und ein Mangel an Baumeistern spürbar wurde, entstanden die altchristlichen Bauhütten. Kaiser Konstantin erließ ein Edikt zur Gründung von Bauhütten in den Provinzen seines Reiches, wobei er den angehenden Baumeistern weit gehende Begünstigungen und den Bauhütten Vorrechte einräumte. Unter vielen anderen Kirchen hatte Konstantin in Byzanz auch die Kirche der „Göttlichen Weisheit“ errichten lassen, die der später erbauten „Hagia Sofia“ den Namen gab.

Konstantins Mutter, Helene, ließ 326 die Grabeskirche in Jerusalem und 327 die Geburtskirche in Bethlehem bauen. Unter Konstantin schufen die altchristlichen Bauhütten auch die älteste Kirche Deutschlands, den Dom zu Trier, der im Jahre 328 vom Bischof Agrius eingeweiht wurde. Aber auch die Klöster sorgten, unter tatkräftiger Förderung durch die Päpste, für die Beschäftigung der Bauleute, und die Klosterbauschulen wuchsen. Besonders Papst Gregor I. der Große, ein Benediktiner, machte sich nicht nur um die Ausbreitung



St. Ruprecht,
die älteste
Kirche Wiens

die Klosterbauschulen ihre größte Verbreitung. Die Vorherrschaft der benediktinischen Klosterbauschulen wurde schließlich von jenen der Zisterzienser übernommen. Bis zum Anfang des 13. Jahrhunderts war Latein die Sprache der Mönche und Laienbrüder. Den klösterlichen Bauhütten gehörten bis dahin nicht nur Mitglieder deutscher Nation, sondern aller Nationen an. Erst als mit Beginn des 13. Jahrhunderts die deutsche Sprache immer mehr in die Klöster eindrang, wurden Ausländer nicht mehr aufgenommen. Vornehmlich befassten sich die Bauhütten mit Kirchen-, Kloster- und Abteibauten, aber auch mit Profanbauten für die Kaiser, Fürsten und „Herren“. Ihr Ruf reichte weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Viele herrliche Dome in Italien und Spanien wurden von deutschen Baumeistern erbaut.



Das „Doppel-Siegel“ mit dem Handwerks-Siegel im inneren Kreis und den Schutzheiligen wie die Mutter Gottes im äußeren Kreis

Schon im 9. Jahrhundert, besonders unter Karl dem Großen, herrschte eine rege Bautätigkeit, die sich aber erst im 10. und 11. Jahrhundert besonders reich entfaltete. Da blühten auch die deutschen Bauhütten auf. Die klösterlichen Bauhütten befanden sich in den Klöstern selbst. Unter den Klosterbauschulen war es die Benediktinerabtei zu Hirsau (Hirschau) im Schwarzwald, die mit ihrer Bauhütte den späteren Ruhm der deutschen Bauhütten begründete. Abt Wilhelm der Heilige, ein Pfalzgraf, erhielt von allen Seiten Aufträge, Klöster zu bauen. Um allen Wünschen entsprechen zu können, erneuerte er um 1080 die Klosterbauhütten dahingehend, dass er die Einführung von Laienbrüdern förderte. Diese Klasse der dienenden Brüder, der „Hingewandten“, trug halbmönchische Kleidung. Während der Zeit von 1125 – 1137 erreichten

Mit dem Erstarken der Städte fasssten neben den Bauhütten auch andere Vereinigungen Fuß: Zünfte, Innungen, Gilden, Bruderschaften, also fachgenossenschaftliche Zweckverbände, entstanden und gelangten bald zu Ansehen. Ihr Einfluss war jedoch begrenzt, denn den mächtigen – unter dem Schutz der Kirche stehenden –



Als Sinnbild der freien Gerichtsbarkeit saß er, der Meister vom Stuhle, das große Schwert vor sich, unter einem Baldachin zu Gericht.

Bauhütten entstehen. Vor dem Jahr 1100 finden wir kaum, seit 1200 immer mehr und ab 1300 fast durchwegs weltliche Dombaumeister. Im Lauf dieser Jahrhunderte wurden weit über 2.000 Klöster gebaut. Irgendwann war der Bedarf an Klosterbauwerken gestillt, und der Schwerpunkt des Baugeschehens verlagerte sich in die Städte.

Rudolf I. von Habsburg verbriefte den Bauhütten Freiheiten, als deren wichtigste die eigene, freie Gerichtsbarkeit anzusehen ist. Im Jahr 1275 soll in Straßburg eine Versammlung der vorzüglichsten Baumeister, und zwar von dem Dombaumeister Erwin von Steinbach, zusammen gebracht worden sein. Ihr Ziel war, einen Bund zu schließen, damit es bei den Bauten ordentlich zugehe sowie die Zuteilung von Bauten an Baumeister und Steinmetzen erleichtert werde und gerecht erfolge. So kam es zur Gründung der vier Haupthütten in Mitteleuropa, die ihren Sitz in Straßburg, Wien, Köln und Bern hatten. Als oberste Instanz war die Straßburger Bauhütte anerkannt, die Einflussbereiche der übrigen Hütten waren genau eingeteilt. Die Bauhüttenordnung war Organisations- und Rechts-

grundlage der Hütten, und das „Buch“ lag in allen vier Haupthütten auf, die es dann in Abschriften an die ihnen unterstellten Zechen weitergaben. Zeichen, Griffe und Worte wurden als Erkennungsmerkmale der Hüttenmitglieder festgelegt. Die Haupthütten waren auch von öffentlichen Abgaben befreit, was sich aus dem klösterlichen Ursprung einiger Hütten erklären lässt.

Nun, wie ging es in einer solchen Bauhütte zu? Die Hütten hatten einen viereckigen Grundriss, und sie befanden sich stets in allernächster Nähe des Baues. Sie enthielten nicht nur Arbeitsstätten, sondern auch Beratungszimmer, Urkundensammlungen, Werkzeugkammern etc. Im Osten hatte der Meister seinen Platz. Als Sinnbild der freien Gerichtsbarkeit saß er, der Meister vom Stuhle, das große Schwert vor sich, unter



Das Wappen der Bauinnung an der Stirnwand am Ende der Wolfengasse mit den Symbolen der Baumeister

einem Baldachin zu Gericht. Er herrschte regelrecht, er war nur den eigenen, von Kaiser und Reich bestätigten Hütten gesetzen unterworfen. Die Wissenschaft und Ausübung der Baukunst wurden streng geheim gehalten. Wer das Passwort nicht wusste, durfte die Bauhütte nicht betreten. Jedes Mitglied war verpflichtet, seine Werkzeuge („so Löcher haben“) am Schluss der Arbeit an einem Zapfen aufzuhängen und die

Fenster an seiner Bank zu schließen. Der Meister, und in seiner Abwesenheit der Parlierer, mussten jede „unzüchtige Frau“ von der Hütte fernhalten. Wenn jemand mit einer etwas zu reden hatte, musste er sich so weit mit der Frau entfernen, als man einen Hammer von der Werkstatt aus werfen konnte. Der Meister hatte das Recht, während der Vesperzeit in der Hütte zu ruhen. Die Gesellen durften aus der Werkstatt nichts mitnehmen. Schon gar nichts, was dem Bau zum Schaden hätte gereichen können. Sie durften die

Hütte ohne Erlaubnis nicht verlassen und nichts anderes tun, als ihnen aufgetragen war. Selbst in der Freizeit durften sie die Hütte nicht verlassen. Das Essen wurde mitgebracht oder in die Hütte geschafft. In der Bauhütte befand sich ein glatt gehobeltes Brett aus hartem Holz, das zum „Anschlagen“ vorgesehen war. Mit drei Schlägen rief der Meister seine Gesellen, mit zwei Schlägen den Parlierer. Und mit einem Schlag wurde morgens, mittags und abends Anfang wie Ende der Arbeitszeit verkündet.

Das Wort „Parlier“ bzw. „Parlierer“ leitet sich vermutlich vom Wort „parlare“, also „sprechen“, her. Demgemäß war der Parlierer – woraus der heutige „Polier“ entstanden ist – der Sprecher des Meisters gegenüber den Gesellen und umgekehrt. Er hatte wichtige Funktionen inne: In den Arbeitspausen musste er etwa darauf achten, dass die Gesellen nicht mehr als um einen Pfennig verzehrten. Wenn ein Wandergeselle vorsprach, durfte er diesem eine Stunde länger frei geben und auch eine höhere Zeche

gestatten. Vom Standpunkt der Hüttenordnung aus, waren die Gesellen das beweglichste Element, aber auch das unruhigste. Kam ein Geselle erst nach dem Frühbrot, so wurde er ab Mittag entlohnt, kam er nach der Ves-



Eine der historischen Zunfttafeln mit insgesamt 596 Namen und Zeichen der Handwerker

per, wurde er für diesen Tag überhaupt nicht mehr bezahlt. Machte ein Geselle einfach „blau“, so war das ein Grund für seine sofortige Entlassung.

Zwei Personen waren es, die sich die Leitung über ein großes Bauwerk teilten: der Bauherr und der Baumeister. Der Bauherr war entweder ein Bischof mit seinem Kapitel, ein Kapitel alleine, eine Stadtverwaltung oder ein privater Stifter. Während der Baumeister für die Durchführung des Baues entsprechend der „Visierung“ (dem Plan) verantwortlich war, oblag dem Bauherrn die Verwaltung des Baues. Zu jener Zeit und noch lange danach wurden vom Bauherrn nicht bloß die Baumaterialien beigestellt, sondern auch die Taglöhne an den Meister, seine Gesellen und Lehrlinge bezahlt. Es war Gebrauch und Vorschrift, dass alle Arbeiten im Taglohn und nicht im „Gedinge“ (Akkord) übernommen wurden. Die Meister hatten daher kein Interesse an niedrigen Gesellenlöhnen und die Gesellen keine Veranlassung, wegen der Löhne gegen ihre Meister aufzutreten. Die





Das historische Siegel des Wiener Baugewerbes

Hüttenordnung sah streng darauf, dass dem Bauherrn keinerlei Schaden durch Nachlässigkeit oder Unwissenheit des Baumeisters erwuchs, etwa durch Abbrechen von Bauteilen, die ein früher beauftragter Baumeister ausgeführt hatte. Ohne Bewilligung des Bauherrn durfte der Baumeister keine Nebenarbeiten annehmen, und er musste unbedingt der Hütte oder Zunft als Meister angehören.

In den früheren Klosterbauschulen waren die Mönche die Baumeister, die Werkleute hießen „Conversi“ und die Diener „Oblati“. Später hießen sie Meister, Parliere, Knechte (Gesellen) und Diener (Lehrlinge). Neben dem

Ritual der Aufnahme in die Bauhütte und der Lehrlingsfreisprechung sind ganz besonders die Handwerkszeichen (Handgemale der Steinmetzen) von Geheimnissen umwittert. Diese Handgemale („Hantgemals“) wurden auch Steinmetzzeichen genannt. Die „Wissenden“, also die Meister der Geometrie, legten sogenannte Schlüssel an und benutzten die Quadratur oder Triangulatur des geheimen Steinmetzgrundes als Grundlage. Die Schlüssel der romanischen Zeit waren einfacher, die späteren Zeichen wurden durch Schwenkung und Durchdringung der Grundfiguren noch kunstvoller. In der gotischen Zeit hatten die vier Haupthütten folgende Grundzeichen: Straßburg das Dreieck, Wien das Kreuz, Köln das Quadrat und Bern den Kreis. Diese wurden in die Handzeichen der jeweiligen Meister eingearbeitet. Als Schlüssel verwendeten die Haupthütten: Straßburg die Quadratur, Wien den Vierpass, Köln die Triangulatur und Bern den Dreipass. Das in der Praxis häufiger verwendete Steinmetzzeichen war jedoch eine Gebärde, ein Erkennungszeichen. Der angehende Geselle konnte, bevor er freigesprochen wurde, sein Handwerkszeichen wählen. Später aber, sobald das Ehrenzeichen verliehen war, durfte er es nie wieder ändern!

Die Handwerkslade (Bruderschaftskasse) aus dem Jahre 1636



ZUR HISTORISCHEN ENTWICKLUNG VON STANDESVERTRETUNGEN IM BAUGEWERBE
MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WIENER BAUHANDWERKE

Am 20. Februar 1637 (unter Ferdinand III.) wurde in der Wiener Haupthütte im Dom zu St. Stephan die Vereinigung der Steinmetzmeister mit den Maurermeistern sowie deren Gesellen beschlossen. Damit hatte die alte Steinmetzbauhütte zu bestehen aufgehört und war nun eine Zunft geworden, obwohl die Bezeichnung „Bauhütte“ beibehalten wurde. Mit dem Erstarken der Staatsmacht im 17. Jahrhundert wurde der Einfluss der Zünfte jedoch immer mehr zurückgedrängt. Unter anderem wurde den Meistern verboten, nach ihrem alten

meister. Eine grundlegende Neuregelung erfuhr das Bauwesen durch das Baugewerbegegesetz von 1893, das die Baugewerbe in die konzessionierten Gewerbe der Baumeister, der Maurermeister, der Steinmetzmeister und der Zimmermeister aufteilte. Fortan gingen deshalb die einzelnen Gewerbe in ihrer ständischen Organisation eigene Wege. Zuletzt trennten sich 1939 die Steinmetzmeister von der damaligen Genossenschaft. Durch das Handelskammergesetz 1946 wurden die gesetzlichen Grundlagen für die heutigen Bundes- und Landesinnungen



Eid weiterhin Zunftgeheimnisse zu verschweigen. Vielmehr wurden die Meister völlig ihres Eides entbunden, und heimliche Verbindungen waren nun bei strenger Strafe untersagt. In weiterer Folge wurden die Zünfte gänzlich aufgehoben, stattdessen wurde eine weit gehende Gewerbefreiheit eingeführt. Anstelle der Zünfte traten die Genossenschaften und Innungen, vorerst jedoch ohne Pflicht- bzw. Zwangsmitgliedschaft.

Mitte des 19. Jahrhunderts gab es – bedingt durch das Handelskammergesetz von 1848 und die Gewerbeordnung von 1859 – zwei Arten von Gewerben: Die freien, die gegen bloße Anmeldung betrieben werden konnten, und die konzessionierten Gewerbe, deren Ausübung an die Genehmigung der Behörde gebunden war; zu diesen zählten auch die Bau-

geschaffen. Der Grundsatz der vollständigen Erfassung aller Gewerbetreibenden, die zu bestimmten und genau definierten Arbeiten berechtigt sind – der Zwangsmitgliedschaft bei der jeweils zuständigen Innung – wurde beibehalten.

Der Unterschied zwischen den alten Zünften und den neuen Innungen besteht darin, dass die Innungen keinerlei Einfluss auf den Gewerbeantritt mehr haben, sondern nur mehr Gutachten geben können. Sie unterstehen in jeder Hinsicht der Staatsaufsicht und haben keine eigene Gerichtsbarkeit mehr. Als Körperschaften öffentlichen Rechts, mit dem Recht auf Selbstverwaltung, vertreten die modernen Innungen die wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Interessen ihrer Mitglieder gegenüber

Die vier Schutzheiligen Claudius, Nicostratus, Symphorianus und Castorius

der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber. In der Gewerbeordnung 1973 wurde das Mauermeistergewerbe als eigenes konzessioniertes Gewerbe ab-

noch einige Relikte im Besitz der Landesinnung Bau Wien: **1.:** Die Handwerkslade (Bruderschaftskasse) aus dem Jahr 1636, in der üblicherweise nicht Geld, sondern die Privilegien, Handwerksordnungen und das Siegel aufbewahrt wurden. **2.:** Das historische Siegel (Wappen) des Wiener Baugewerbes, das einen eisenbewehrten, rechtwinkelig abgebogenen Arm zeigt, der einen Hammer in der Faust hält. Abgebildet ist der Arm in einem Schild in der Mitte des Siegels. Der Schild wird von den vier Schutzheiligen Claudio, Nicostratus, Symphorianus und Castorius umgeben, gekrönt von einer Abbildung der Mutter Gottes. Es handelt sich also um ein Doppelsiegel, dessen innerer und äußerer Kreis Inschriften trägt, und unten sind Handwerkzeuge dargestellt. Es handelt sich dabei um das Bundessiegel aus dem Jahr 1651, das die Vereinigung der Hütte mit den Zünften

überführt und zunächst in der römischen Katakombe an der Via Labicana, später in der Kirche „Santi Quattro Coronati“ bestattet. Diese sogenannten „Vier Gekrönten“ wurden über Jahrhunderte geradezu kultartig in den vier Haupthütten verehrt.

3.: Die historische Zunftfahne aus dem Jahr 1781, die im Mittelschild zwei Heilige zeigt, links den Apostel Thomas. Der Schutzheilige Thomas ist der Patron der Baumeister, Architekten, Geometer, Maurer, Steinmetzen, Bauarbeiter, Tischler etc.

4.: Die historischen Zunfttafeln, auf denen insgesamt 569 Namen und Zeichen von Handwerkern überliefert sind, die der Wiener Bruderschaft der Steinmetzen und Maurer bis zum Jahr 1627 angehörten. Bei manchen Namen scheint zusätzlich die Bezeichnung „Baumeister“ auf und die Angabe des Bauwerks, an dem sie tätig waren. Zweck der Tafeln war offenbar die Evidenzhaltung der Handwerkszeichen, mit denen sich jeder Steinmetz auswies und in die von ihm geschaffenen Werke einmeißelte. Die miteinander verbundenen Holztafeln sind beidseitig bemalt und mit zwei auf- und zuklappbaren Flügeln zu öffnen.

5.: Die Standarte mit dem Bundesiegel, die keine herkömmliche Fahne mit religiösem Stiftungscharakter ist, sondern ein „Vortrage-Emblem“. Sie wurde höchstwahrscheinlich nur

einmal verwendet, und zwar beim sogenannten „Makart-Gewerbefestzug“ anlässlich der Silberhochzeit des Herrscherpaars im Jahr 1879. Die



Die historische Zunftfahne aus dem Jahr 1781 hängt heute im Sitzungssaal in der Wolfengasse 4

geschafft, außerdem wurde zwischen Baugewerbe und Bauindustrie unterschieden. Im Jahr 1994 wurde die Gewerbeordnung dahingehend geändert, dass das Baumeistergewerbe ein bewilligungspflichtiges und gebundenes ist. An der jahrhundertealten Tradition, wonach der Baumeister Bauarbeiten nicht nur ausführen, sondern auch selbstständig planen, berechnen und leiten darf, wurde jedoch festgehalten.

Aus der langen Geschichte der Wiener Bauhandwerke befinden sich

der Steinmetzen und Maurer vom 20. Februar 1637 darstellt.

Die vier Schutzheiligen Claudio, Nicostratus, Symphorianus und Castorius waren Steinmetzen, die in der römischen Provinz Pannonien lebten. Die Legende berichtet, dass sie im 3. Jahrhundert auf Befehl des römischen Kaisers Diokletian in Bleitruhen ins Wasser versenkt wurden, weil sie sich geweigert hatten, heidnische Götter anzubeten. Nach 40 Tagen wurden ihre Leichname von einem Christen geborgen, nach Rom



Standarte kündigte damals den Einzug der Baugenossenschaft an. Inhalt dieses Emblems ist wieder das historische Siegel der Bruderschaft der Steinmetzen und Maurer der Hauptküche aus dem Jahr 1651.

Die historische Standarte mit dem Bundesiegel



Die städtebauliche Entwicklung Wiens von den Anfängen bis 1945

Anmerkungen zu den wichtigsten Ereignissen und Maßnahmen, die das Baugeschehen in Wien beeinflusst haben.

Mag. Dr. Peter Eigner
ist außerordentlicher Professor am
Institut für Wirtschafts- und Sozial-
geschichte der Universität Wien.

Ein Blick auf den Stadtplan Wiens lässt drei deutlich zu unterscheidende ringförmige Stadträume erkennen: Die Innenstadt, die von der Ringstraße umschlossen wird, die Innenbezirke (frühere Vorstädte), die vom Gürtel und der Donau begrenzt werden, und die Außenbezirke (frühere Vororte) Wiens. Längst sind diese

Wien liegt an einem Schnittpunkt uralter Handelsstraßen und Durchzugswege. Noch heute lässt sich im Grundriss der Innenstadt der Verlauf des im 1. Jahrhundert n. Chr. errichteten römischen Militärlagers Vindobona erahnen. Hauptaufgabe dürfte die Absicherung der Grenzen des römischen Imperiums gewesen sein.

Eine Brandkatastrophe zu Beginn des 5. Jahrhunderts leitet zu den „dunklen Jahrhunderten“ Wiens im Frühmittelalter über.

Als Ausgangspunkt der mittelalterlichen Stadtentwicklung Wiens sieht man den Bereich des Berghofes (eines größeren Häuserkomplexes im Bereich von Marc-Aurel-Straße, Judengasse und Hohem Markt) an. Für die Besiedlung des Wiener Raumes dürfte ein größerer Impuls nach 1000 erfolgt sein, Beleg dafür ist etwa die Nennung Simmerings um 1028.

Einen gewaltigen - siedlungsmäßigen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen - Aufschwung erlebte Wien dann in der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts, als die Babenberger - etwa zeitgleich mit der Erhebung Österreichs zum Herzogtum (1156) - ihren Herrschaftsbereich in den Wiener Raum ausdehnten und die Stadt zu ihrer Residenz machten: Mit der Errichtung St. Stephans 1137/47, der babenbergischen Pfalz Am Hof und dem Bau des Schottenklosters (beide etwa um 1155, das Kloster wurde



Steinmetzarbeiten am Stephansdom



Die Schottenkirche an der Wiener Freyung; Barocke Gestaltung von Carlo Antonio Carbone (1638 – 1641 und 1643 – 1648) Blick von Südost

Regionen zusammengewachsen, und dennoch fährt man auch heute noch „in die Stadt“ und meint damit eigentlich den ersten Bezirk, die Innere Stadt, die sich eine Sonderstellung im Stadtganzen bewahrte.

Ein Spaziergang durch die Stadt wiederum verdeutlicht ihre baulichen Boomphasen. Barock und Gründerzeit können hier leicht als prägende Perioden ausgemacht werden, auch die Gemeindebauten der 1920er Jahre setzen markante Akzente im Wiener Stadtbild. Wenn später von den großen Architekten die Rede sein wird, deren Bauwerke bis heute die Touristenscharen anlocken, so wird das Bild der Stadt noch mehr von zahlreichen unbekannten Baumeistern geprägt, an deren Bauten man oft achtlos vorbeigeht. Ihnen und allen, die an diesen Bauten beschäftigt waren, möchte ich diesen Beitrag widmen.

später zum bedeutendsten geistlichen Grundherrn Wiens) entstand das Kerngebiet der heutigen Innenstadt. Seit etwa 1200 wurden die rund 20.000 Einwohner durch eine neue Stadtmauer geschützt: Wien erreichte damit jenes Ausmaß, das bis zum Fall der Befestigungen (1857) erhalten bleiben sollte. Im 12. Jahrhundert begannen sich auch die Nennungen von heute im engeren Wiener Raum liegenden Orten zu häufen, zu den ältesten Vorstädten zählen etwa die Landstraße und die Wieden (an den Fernstraßen nach Ungarn bzw. Venedig, wo sich die Bebauung zuerst verdichtete). Andere mittelalterliche Siedlungen im Wiener Raum entstanden um Kirchen oder Burgen wie Rodaun oder wiesen die Form typischer Straßen- (Grinzing) und Angerdörfer (Breitensee) auf.

Wenig ist vom mittelalterlichen Wien übriggeblieben, zwar haben viele Altstadthäuser noch ihren gotischen Kern, ihre Fassaden sind aber fast alle barockisiert worden. Nur Straßennamen wie Wollzeile, Nagler- oder Färbergasse erinnern

an die Arbeits- und Verkaufsplätze der mittelalterlichen Handwerkerzünfte. Die Donau bildete das Zentrum des Wirtschaftslebens. Zahllose Überschwemmungen, im Falle des südlichsten Donauarms, der an der Innenstadt vorbeifloss, die drohende Versandung führten immer wieder zu Regulierungsversuchen. Eine Verbindung von Innenstadt und Leopoldstadt gab es bereits im 14. Jahrhundert, die Überquerung des gesamten Flusses wurde - abgesehen von Fähren - hingegen erst 1439 mit der Errichtung einer Donaibrücke möglich. 1221 wurde Wien in seinem ältesten erhaltenen Stadtrecht von Herzog Leopold VI. das sog. Niederlags- oder



Stapelrecht verliehen. Auswärtige Kaufleute wurden so gezwungen, ihre Waren in Wien zum Verkauf anzubieten, den Wienern wurde das Monopol zum Zwischenhandel eingeräumt. Dies erwies sich für Wien zunächst als Goldgrube, ehe neue Niederlagsverleihungen und die Erlaubnis des „Gästehandels“ für oberdeutsche Kaufleute die enorme Bedeutung des Stapelrechts abschwächten. Mauten, (Binnen-)Zölle und Steuern bildeten wichtige Einnahmequellen der Stadt. Neben dem Handel waren Wein- und Ackerbau wichtige Erwerbsformen, Wein war eines der wenigen Exportgüter Wiens während des Mittelalters. Geschäfte gab es kaum, die Mehrzahl der Güter wurde auf Marktplätzen angeboten. Wiens rechtliche Stellung wechselte mehrmals zwischen Reichsunmittelbarkeit (die dem Bürgertum ein höheres Maß an Freiheit garantierte) und Unterstellung unter den Landesherrn, letztere wurde durch das Stadtrecht 1296 besiegt. Um etwa 1280 waren die Habsburger als Landesfürsten die Stadtherren Wiens geworden. Gewaltige Brände (die oft den Anlass zu baulichen

Verbesserungen lieferten) und Naturkatastrophen, der Ausbruch der Pest, erste Judenverfolgungen, ein vermehrtes Auftreten von Ketzern und Sekten charakterisierten das 14. Jahrhundert. Zugleich wurde der planmäßige Ausbau Wiens stark vorangetrieben (1331 Einteilung Wiens in Stadtviertel). Als das gotische Großbauprojekt Wiens kann der Stephansdom bezeichnet werden. Ausdruck der wachsenden Bedeutung der Stadt war auch die Gründung der Universität im Jahr 1365. Am Ende des Jahrhunderts löste eine Folge von Katastrophenjahren eine überregionale Wirtschaftskrise aus. Zudem rückten die Türken immer näher. An den



unruhigen Zeiten änderte sich auch im 15. Jahrhundert nichts. 1421 kam es zur grausamsten Judenverfolgung des Mittelalters, die mit der Liquidierung des Ghettos endete. Wenige Jahre später bedrohten die böhmischen Hussiten die Stadt, 1485 gelang es den Ungarn, die Stadt zu erobern. Als Reaktion wurden nun auch die Vorstädte mit Bollwerken und Palisaden gesichert. Um 1500

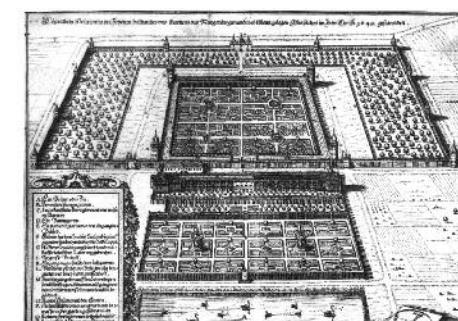


Der Judenplatz erinnert noch heute an die Judenverfolgungen des Mittelalters und der jüngeren Vergangenheit.

schätzt man die Einwohnerzahl Wiens auf rund 50.000, in den Vorstädten lebten weitere 10.000 Menschen. 1515 verlor Wien das Stapelrecht, durch die neuen Stadtrechte von 1517 und 1526 wurde Wien politisch und wirtschaftlich bedeutungslos. Mit dem Ende des Mittelalters war für Wien auch die Zeit der städtischen Autonomie vorüber.

Wesentliche Einschnitte stellen die beiden Türkenebelagerungen 1529 und 1683 dar. Als Folge der ersten Türkenebelagerung schritt man so gleich an die Errichtung einer neuen Befestigung. Angeregt durch italienische Vorbilder, entstand der Basteiengürtel, umgeben von einer breiten unverbaute Zone, dem Glacis. Der Baubestand der Innenstadt war weitgehend unversehrt geblieben, in der Mitte des 16. Jahrhunderts begann man aus hygienischen Gründen Straßen und Plätze zu pflastern.

Die vorstädtische Zone, deren Verbrennung vom Verteidiger der Stadt, Graf Salm, angeordnet worden war, lag hingegen in Schutt und Asche. Auch die umliegenden Weinberge, eine der Haupteinnahmequellen der Stadt, waren verwüstet. Einige frühere Siedlungen verschwanden, dafür kam es zu Neugründungen, etwa des Laurenzergrundes (heute Wien 5) oder der Siedlung am Thury (Wien 9). Sonst brachte das 16. Jahrhundert für Wien wenige große bauliche Veränderungen. Überbleibsel der Renaissance sind die Stallburg und das Schweizertor der Hofburg, das bedeutendste Gebäude war wohl Schloss Neugebäude, heute ein Torso. Deutliche Spuren im Stadtbild hinterließ die Gegenreformation. Die Anhänger der Reformation verbreiteten sich rasant (um 1580 waren vier Fünftel der Wiener Bevölkerung lutherisch). Die Habsburger lehnten die neue Lehre entschlossen ab und reagierten u. a. mit einer „Klosteroffensive“, so erfolgte beispielsweise 1603 der Bau der Franziskanerkirche, 1614 die Klostergründung der Barmherzigen Brüder, 1633 jene der Schwarzspanier. In den Beginn des 17. Jahrhunderts fällt eine Neustrukturierung im Hausbau. Die Hausbesitzer zogen erstmals in den



Schloss Neugebäude (Bauzeit 1566 – 90), gegeben von Norden, Stich von Adam Delsenbach, 1649

vornehmen ersten Stock, zu ebener Erde wurden Verkaufsgewölbe und -läden eingerichtet, in den Hoftrakten fanden sich die Gewerbebetriebe, die Mieter waren in die oberen Geschosse verdrängt worden. Diese vertikale Gliederung mit nach oben abnehmenden

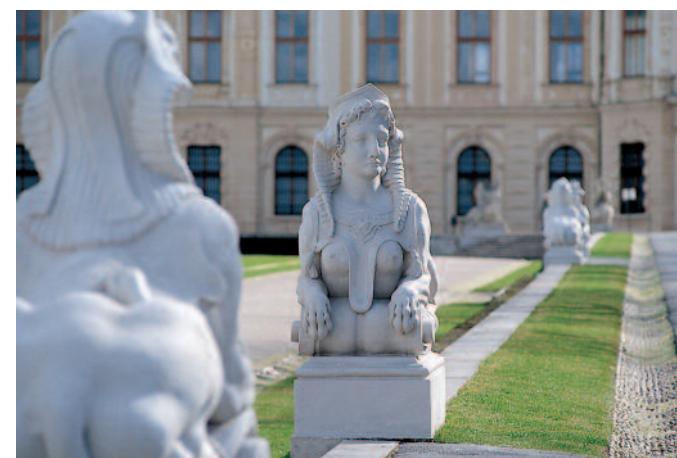
der sozialer Wertigkeit wurde zu einem Charakteristikum Wiens. Als Reichshaupt- und Residenzstadt des Kaisers wurde das Baugeschehen zunehmend vom Hof, Adel und der Kirche bestimmt.

Während des Dreißigjährigen Krieges war Wien zwar nur zweimal direkt ins Kampfgeschehen verwickelt, der Krieg hatte aber vor allem wirtschaftlich negative Konsequenzen für Wien. Nicht nur der Donauhandel ging – wegen des Untergangs des oberdeutschen Gewerbes – stark zurück, das Wein einfuhr verbot Bayerns traf Wien noch härter. Kaum hatte sich Wien einigermaßen erholt, brach 1679 die Pest aus. Die in letzter Sekunde erfolgreich abgewehrte Zweite Türkenebelagerung von 1683 stellte eine bedeutende Zäsur dar. Aus der Grenzfestung Wien wurde der strahlende Mittelpunkt eines Großreichs.

Die grundlegende bauliche Umgestaltung der Stadt im Barockzeitalter spiegelte auch eine gesellschaftliche Umschichtung wider, der Adel suchte die Nähe der Residenz und verdrängte Teile des Bürgertums aus der Altstadt. Wien verwandelte sich von einer mittelalterlich gotischen Bürgerstadt in eine Stadt der barocken Kirchen und Adelspaläste, die 1730 bereits ein Viertel des Gesamtabbaubestandes ausmachten. Um 1730 waren über 2.000 Menschen am Hof beschäftigt, mit ihren Familienmitgliedern lebten etwa 10.000 Personen vom Hofdienst, eindrucksvoller Beleg der Wichtigkeit der Residenzfunktion Wiens. Etwa um die selbe Zeit registrierten die Wiener Behörden 10.800 Handwerker, mehr als drei Viertel davon lebten außerhalb der Stadtmauern. Mangelnde Flexibilität der Behörden bezüglich der strengen Zunftregeln hatte auch die Zahl sog. „Störer“, außerhalb der Handwerksregeln lebender Arbeiter, auf fast ein

Drittel der Handwerker insgesamt anschwellen lassen.

In der Stadt spiegelte die Architektur den Sieg über die Türken wider, was etwa beim Neubau der Peterskirche sichtbar wurde. Adelspaläste und Verwaltungsgebäude verdrängten Gewerbebürgerhäuser, in denen auch produziert wurde, in die Vorstädte. Repräsentative Staatsbauten wie die Böhmisches Hofkanzlei (1714, ihr fielen 12 Bürgerhäuser zum Opfer) oder die Hofbibliothek (1726) sollten der Residenz imperialen Glanz verleihen. Die herausragenden Architekten ihrer Zeit waren Johann Bernhard Fischer von Erlach und Johann Lucas von Hildebrandt.



Sphynxen im Garten vor dem Oberen Belvedere

Die Befestigung und das davor liegende baufreie Glacis trennten die Stadt von den weitgehend zerstörten Vorstädten. Hier war der Wiederaufbau die größte Notwendigkeit, für die Urbarmachung von Feldern oder Weinbergen bot man zehnjährige Abgabenfreiheit oder eine Befreiung von der sog. Hofquartierspflicht (zwangswise Einquartierung von Mitgliedern des Hofstaates und der landesfürstlichen Behörden in Bürgerhäuser). Bald setzte ein regelrechter Bauboom ein, wobei auch unverbautes, bis dahin agrarisch genutztes Gelände aufgeschlossen wurde. Entscheidende Bauimpulse gingen weiterhin von den geistlichen Grundherrschaften wie dem Schottenkloster aus, durch den





Stadtpalais wurden auch reich verziert wie das Palais Pallavicini am Josefsplatz

Erwerb größerer Grundherrschaften nahm auch die Stadt Wien zunehmend am Baugeschehen teil. Es entstanden eine Reihe planmäßiger Neu-anlagen wie Buchfeld, Strozzigrund oder Schottenfeld (heute 7. und 8. Bezirk). Die revitalisierten Barockhäuser am Spittelberg vermittelten uns einen guten Eindruck von den damaligen Lebensumständen. Die barocken Vorstadthäuser waren meist ein- oder zweigeschossig, hatten Pawlatschenhöfe sowie einen kleinen Garten. Besonders auffällig im Stadtbild war die massenweise Anlage von Sommerpalais für den Adel (den Winter verbrachte man im Stadtpalais) mit weitläufigen Gärten im Wiener Umland, im heutigen 2., 3., 4. oder 9. Bezirk. Die Habsburger bauten ihre Nebenresidenzen (Schönbrunn, Laxenburg, „alte“ und „neue“ Favorita) prunkvoll aus und verbanden sie mit großen Straßenprojekten untereinander, die, wie auch das Netz der Fernstraßen im Zuge der Siedlungsverdichtung des 19. Jahrhunderts, zu Ansatzpunkten für eine weitere Verbauung wurden. Vorstädte und Vororte Wiens wurden wiederum durch den Linienwall, eine 1704 errichtete Befestigung und – fast wichtiger – Steuergrenze, deren Verlauf etwa dem heutigen Gürtel entspricht, getrennt. In dieses Jahr fiel der Erlass einer neuen Bauordnung, die Häuser sollten mit Ziegeln gedeckt werden und mussten zum Stadtbild passen. Anwachsende wirtschaftliche Erfordernisse drängten auf eine Modernisie-

lung des Geldwesens: Nach ersten Bankgründungen entschloss man sich 1759 bzw. 1762 – als Vorreiter in Mitteleuropa – zur Ausgabe von Papiergeld, den sog. Banco-Zetteln. Auch die Aufnahme bzw. Forcierung neuer Produktionszweige wie der Seidenherstellung und der Porzellanerzeugung, für die man ausländische Unternehmer und Fachkräfte anwarb, diente der Ankurbelung der Wirtschaft.

Um 1770 war Wien mit rund 180.000 Einwohnern hinter Paris und Neapel die drittgrößte Stadt auf dem Kontinent. Folgen der Bevölkerungszunahme waren die Verlegung der Friedhöfe aus dem engeren Stadtgebiet, die Einführung einer Stadtpost, die Entstehung der Häusernummerierung und die Einteilung der Vorstädte in Polizeibezirke. Die Öffnung des kaiserlichen Jagdgebietes Prater im Jahr 1766 erweiterte die Freizeitmöglichkeiten der Wiener Bevölkerung, Wirtshäuser, Kegelbahnen und Ringelspiele waren der Beginn des Wiener Wurstelpraters. Mit der Alleinherrschaft Josephs II. begann ein Reformzeitalter. Die Abschaffung der Hofquartierspflicht beförderte die Entstehung eines kapitalistischen Wohnungsmarktes. Neben den Toleranzpatenten, der Magistratsreform etc. ist hier ferner auf die Schaffung des Allgemeinen Krankenhauses hinzuweisen. Die kirchlichen Reformen führten wiederum zu zahlreichen Aufhebungen von Klöstern, die Gebäude wurden meist staatlicher Nutzung zugeführt. Ein Blick auf Wien um 1780 zeigt die Innenstadt als soziales und wirtschaftliches Zentrum der Stadt. Einige Vorstädte bestanden vorwiegend aus Sommerpalästen der Adeligen, in Margareten und Erdberg fanden sich noch größere Gemüsefelder zur Sicherstellung der städtischen Versorgung innerhalb des Linienwalls, Wein war bis auf Reste beim Linienwall aus dem Vorstadtbereich

verschwunden, auch die Ziegeleien waren an die noch unverbauten Ränder beim Linienwall gedrängt worden. Doch gerieten die Vorstädte zunehmend in den Sog der Verbauung, die Verstärkung der Garnison hatte hier geradezu einen Kassenbauboom ausgelöst. Alsergrund, bis heute gewissermaßen das medizinische Zentrum Wiens, wies bereits einen deutlichen Spitalsschwerpunkt auf. Das Kettenbrückenviertel (Wien 5) entstand als frühe großstädtische Siedlung anstelle von Gemüsegärten und Wiesen. In den heutigen Bezirken Mariahilf und Neubau zeichnete sich deutlich die Entstehung eines gewerblichen Zentrums ab, die gestiegenen wirtschaftlichen Aktivitäten fanden in Vierteln typischer Hinterhofindustrien wie in ersten größeren Unternehmen ihren Niederschlag. Die idyllischen Ansichten der barocken Gartenstadt Wien sollten daher nicht den Blick auf die Wohnrealität und den Alltag eines durchschnittlichen Bewohners der Stadt verstellen. Winzige, aber überbelegte und sanitär schlecht ausgestattete Wohnungen waren die Regel.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ab etwa 1820 machten sich auch in Wien erste Auswirkungen der Industrialisierung bemerkbar. Finanzierung und Organisation der Tätigkeit erfolgten bereits nach kapitalistischen Grundsätzen, die 1819 gegründete Erste Österreichische Spar-Casse nahm dabei eine zentrale Rolle ein. Bevölkerungswachstum und die Verdichtung der Bebauung machten sich in einem Höherwachstum der Gebäude sowie in der Errichtung größerer Miethäuser mit geschlossenem Innenhof, nach innen verlegtem Gangsystem und einer vorwiegend aus Zimmer-Küche-Kabinett bestehenden Wohneinheit bemerkbar. Die Vorstadtpalais wurden zunehmend parzelliert und wichen Miethäusern,

Gewerbebetrieben, Fabriken, Kasernen oder Verwaltungsbauten. Reste agrarischer Funktionen lösten sich auf (etwa in Margareten oder Gaudenzdorf) und wichen Taglöhnerquartieren. Überragende Architektenpersönlichkeit des frühen 19. Jahrhunderts war Joseph Kornhäusel. Wirtschaftlich drückte weiterhin die Residenzfunktion der Stadt ihren Stempel auf. So verrichtete um 1825 fast die Hälfte der Innenstadtbewohner sog. häusliche Dienste, zumeist in den Haushalten des Adels, seltener in den wenigen großbürgerlichen Domizilen.

Gewerblich-industriell schlug sich die Residenzfunktion in einem beträchtlichen Anteil an Luxusgüterproduktion, für die ausreichend Nachfrage in Wien bestand, nieder. Die Vorstädte wiesen unterschiedliche Gewerbeschwerpunkte auf: Die Textilgewerbe konzentrierten sich entlang des Wienflusses (wie auch andere Wasser benötigende Produktionen) und im 7. Bezirk. Die verlagsmäßig (mit zahlreichen HeimarbeiterInnen) organisierte Seidenindustrie war im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zum dominierenden Wiener Produktionszweig geworden.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ab etwa 1820 machten sich auch in Wien erste Auswirkungen der Industrialisierung bemerkbar.

Die Konzentration großer Teile der Wiener gewerblich-industriellen Produktion auf das Wiental ließ den Verstädterungsprozess hier erstmals über die äußeren Vorstadtgrenzen hinaus auf die Vororte Sechshaus, Penzing, Gaudenzdorf und Untermeidling übergreifen. Die Wieden wies einen Schwerpunkt in der Metallverarbeitung und der Musikinstrumentenherstellung auf, in der Landstraße konzentrierten sich Maurer, Steinmetzen und andere Baugewerbe. Als Folge des Stadtausbau expandierten



neben einer Reihe von Bau(stoff)-unternehmen und Handwerksbran-chen insbesondere die Ziegelwerke Alois Miesbachs am Wienerberg, Kern des späteren Wienerberger-Imperiums. Ziegel wurden noch in Handarbeit erzeugt.

Die Anforderungen der Zeit hatten sich in mehrfacher Hinsicht deutlich geändert. Napoleon hatte beim Verlassen der Stadt 1809 die Burgbastei sprengen lassen. 1817 wurde der Festungscharakter der Stadt überhaupt aufgehoben, die Basteien wurden be-pflanzt und zur Promenade freigege-ben. Die Anlage zweier Parkanlagen um 1820 steht für die soziale Gespal-tetenheit des 19. Jahrhunderts. Wäh-rend der Volksgarten der Erholung der Wiener Bevölkerung diente, war der Kaiser- und heutige Burggarten dem Herrscherhaus vorbehalten. Die Entwicklung und Förderung der



Die Technische Universität Wien, das ehemalige Polytechnische Institut
Technik erhielt einen immer höheren Stellenwert. 1815 wurde das Polytechnische Institut, Vorläufer der Technischen Universität, gegründet. Ingenieurbauten gewannen an Bedeu-tung, die stützenlose Überspan-nung großer Räume wurde bei der Schwimmhalle des Dianabades er-probt, die stützenlose Ketten-Hänge-brücke bei der Sophienbrücke über den Donaukanal. Eine erste Einbahn-

regelung bei einem Stadttor verweist auf das wachsende Verkehrsaufkom-men Wiens, dem mit den Neuerun-gen Pferdeomnibus und Stellwagen Rechnung getragen wurde. Die Stadt wuchs stärker mit ihrem Hinterland zusammen. Das Auftreten von Über-schwemmungen (Eisstoß 1830) und Seuchen (Cholera 1830/31) ließ die infrastrukturellen Mängel Wiens immer deutlicher werden, die Regu-lierung des Wienflusses durch sog. Cholerakanäle und die Anlage mehre-rer Wasserleitungen waren erste, nur unzulängliche Reaktionen. Auch die Schaffung einer eigenen städtischen Baubehörde (1835, in ihre Kom-petenz fielen die Aufsicht über die städtischen Gebäude und private Bau-sachen, Feuerlöschwesen, Ausbau der Beleuchtung, etc.) war Ausdruck des Stadtwachstums und der technischen Entwicklung. Die Gemeinde Wien stand in starker Abhängigkeit zur

Regierung, kommunalpoli-tische Maßnahmen im sozialen Bereich fehlten völlig. Für die Freizeitunter-haltung der Wiener Bevölkerung sorgten zahl-reiche Lokale, die sich besonders auf Neuler-chenfeld (heute Wien 16) und die Leopoldstadt kon-zentrierten. Man entdeckte die Natur, Landpartien wurden modern. Wer es sich leisten konnte, ging auf Sommerfrische in Döbling, Neuwallegg etc. Doch dieser Lebensstil, eine Mischung aus Vergnügenssucht und Rückzug ins Private, die Blüte des Wiener Kunsthandwerks, von Musik (Schubert, Strauß Vater) und Literatur (Grillparzer, Raimund) bildeten nur eine Seite des Biedermeier bzw. Vormärz. Das Anwachsen sozialer Spannungen in einer Umbruchszeit, das vermehrte Auftreten von Wirtschaftskrisen durch die beginnende

Industrialisierung, die letztlich zum Auslöser der Revolution von 1848 wurden, die andere. 14-stündige Arbeitstage waren trotz Bezahlung am Existenzminimum die Regel, Kinder-arbeit war weit verbreitet.

Die Struktur Wiens mit drei sozial voneinander getrennten Stadträumen erfuhr im Zeitalter der Industriali-sierung eine Verfestigung. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Einführung der sog. Verzehrungs-steuer, einer indirekten Steuer auf Lebensmittel, die an den Linien eingehoben wurde, das Leben innerhalb der Linien verteuerte und die Arbe-iterschaft in die billigeren Vororte abdrängte. Die entscheidende Zä-sur für eine wirtschaftliche Dynamisierung bildete aber die Anlage der Eisenbahn (1837 Kaiser-Ferdinands-Nordbahn). Zentralisierte Großbe-triebe, etwa Maschinenfabriken, hiel-ten nun auch in Wien langsam Einzug und vermischten sich mit den oft verlagsmäßig organisierten Klein- und Mittelbetrieben zu der für Wien typischen, gemischten weitgefächerten Produktionsstruktur. Hatte sich im 18. Jahrhundert eine Produc-tionsachse entlang des Wienflusses gebildet, so orientierte sich die neue Wiener Produktionsachse am Verlauf der Bahnen durch das Stadtgebiet und querte die späteren Bezirke 21, 20, 2, 3, 10 und 11. Insbesondere Florids-dorf, dessen Bedeutung durch die Anlage einer Schiffswerft der DDSG gestiegen war, Favoriten und Simmer-ing entwickelten sich zu reinen Industrie- und Arbeitervierteln. Wichtigste und bei weitem beschäf-tigungsstärkste Branche wurde die Bekleidungsindustrie mit einem hohen Anteil an Heimarbeit und Frauenbeschäftigung, während sich die traditionsreiche Wiener Textil-industrie mechanisierungsbedingt im Niedergang befand. Die Wiener Mode erlangte Weltruf. Die Verlags-

produktion (besonders stark im Be-kleidungsgewerbe, in der Holz-, Metall- und Lederverarbeitung) ent-wickelte eine ungeheure Beharrungs-kraft, die sie dem Vorteil verdankte, mit relativ geringem Kapitaleinsatz auf Nachfrageschwankungen reagie-ren zu können. Hohe Kohlenpreise aufgrund des Frachtmonopols der Nordbahn schwächen allerdings die wirtschaftliche Dynamik, und erst das Aufkommen der Elektroindustrie mit Ausstrahlungseffekten auf mehrere Industriebranchen verlieh dem Wirt-schaftsstandort Wien ab etwa 1890 neue Impulse. Wien erfuhr seit den

Eine neue Bau-ordnung (1859) brachte Erleichterungen in der Bauführung mit sich und löste im Zusammenhang mit Steuerbe-freiungen den frühgründer-zeitlichen Bauboom aus.

grundlegende Umges-taltung, in deren Zen-trum die Anlage der Ringstraße und der Abbruch der Befesti-gung stand. Die katastrophenal Wohnver-hältnisse der Mehrheit der Wiener Bevölke-rung zwangen zu vermehrter Bautätigkeit. Eine neue Bauord-nung (1859) brachte Erleichterungen in der Bauführung mit sich und löste im Zusam-menhang mit Steuer-befreiungen den früh-gründerzeitlichen Bauboom aus. Weiteren Auftrieb erhielt die Bauwirt-schaft durch die Ausdehnung der Hauszinssteuerbefreiung auf die Vor-orte. Dem Stadtwachstum Rechnung tragend, wurden 1862 auch die Vororte, die bislang ohne Gesamt-richtlinien für den städtischen Groß-raum gebaut und geplant hatten, zur Vorlage von Regulierungsplänen verpflichtet. 1865 wurde nicht nur die Ringstraße eröffnet, sondern mit der Betriebsaufnahme der ersten Linie der Pferdetramway der Beginn eines neuen Verkehrszeitalters ein-geleitet.



Einen weiteren Impuls lieferte das Großprojekt Wiener Weltausstellung (1873), im Zusammenspiel mit zwei weiteren Bauvorhaben, der Donauregulierung und der Anlage der Hochquellenwasserleitung. Für weite Teile der Leopoldstadt kann man geradezu von der Urbanisierung einer Naturlandschaft sprechen, die Errichtung der Floridsdorfer und der Reichsbrücke bildeten wichtige Etappen für die Erschließung des linksseitigen Donauufers. Es entstanden erste Großhotels, mit der Kahlenbergbahn die erste Zahnradbahn Österreichs. Der Bauboom in Wien ließ die Baubranche rasant expandieren, bestes Bei-

sellschaft, die Allgemeine Österreichische Baugesellschaft (beide 1869), die Union-Baugesellschaft und der Wiener Bauverein (beide 1871) schossen aus dem Boden. Die Hochkonjunktur der Gründerzeit fand ein abruptes Ende, in erster Linie wohl durch Spekulationen im Zusammenhang mit der Weltausstellung. Neuerlich griff man zum Mittel der Steuererleichterung und -befreiung, um die Bautätigkeit wieder anzukurbeln. Auf die Verdichtung der Bebauung in den Vorstädten während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgte nach 1848 die Verdichtung in den Vororten. Kommunalpolitisch trug man dem

Stadtwachstum bewirkte eine stärkere Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Stadträume: In der Innenstadt setzte der Prozess der Citybildung ein, der nicht nur die Baustuktur, sondern auch das Straßennetz veränderte. Zahlungskräftige Vertreter des Dienstleistungssektors wie Banken, Versicherungen und Warenhäuser (1867 Fertigstellung des Warenhauses Philipp Haas & Söhne am Stock-im-Eisen-Platz) verdrängten weniger vermögende Schichten aus der Altstadt. Bei den niederen Beamten hatte dieser Prozess als Folge des weiteren Verwaltungsausbau bereits im Vormärz begonnen. In den heutigen Innenbezirken bewirkte eine baulich-soziale Aufwertung durch die Errichtung von vorwiegend Groß- und Mittelwohnungen die Absiedelung ärmerer Bevölkerungsteile in die Vororterregion (heutige Außenbezirke). Hier entstanden vielfach Siedlungen auf dem grünen Rasen, schachbrettartig gerastert, wie noch heute in Ottakring oder Favoriten deutlich erkennbar. Mit der Blockrasterbebauung der Gründerzeit war die optimale Grundverwertung für private Bauträger gefunden. Für die Wiener „Zinskasernen“, mit Toiletten und Wasser (die berühmte „Bassena“) auf dem Gang, gab es zunächst keine Grenze des Bebauungsgrades. Durch die Bauordnung von 1883 konnten bis zu 85 % der Grundfläche verbaut werden. Die von Privaten betriebene Stadtentwicklung vermeid Gebiete in Streubesitz und konzentrierte sich auf große Grundbesitze (z. B. Favoriten: Verbauung der Draschegründe). Dominante Wohnbaufinanzierungsform waren Hypothekardarlehen. Die neuen Wohnbauten entstanden wegen des Fehlens eines effizienten und erschwinglichen Verkehrsmittels oft in unmittelbarer Nähe der Fabriken. Hohe Mieten (im Durchschnitt muss ein Wiener Arbeiterhaushalt rund ein Drittel seines Einkommens für die

Miete auslegen - insbesondere die im Vormärz eingeführte Hauszinssteuer war enorm) führten ferner zu extremer Überbelegung (1890 waren 26 % der Zimmer-Küche-Wohnungen von 6 bis 10 Menschen belegt) und zur Verbreitung von Bettgehern und Untermietern. Häufige Wechsel der Wohnungen und Arbeitsplätze waren die Regel.

Die längst fällige Ausweitung Wiens auf den Vorortebereich (Hernals und Währing waren zu mittelgroßen Städten herangewachsen) erfolgte durch die Eingemeindung von 1890/92, die sowohl nachvollziehende wie antizipatorische Elemente aufwies. Die Einwohnerzahl in nunmehr 19 Bezirken belief sich auf über 1,34 Mio., das Gemeindegebiet war auf mehr als das Dreifache vergrößert worden. Der Linienwall, die letzte Befestigung, musste dem Gürtel und der Anlage der Stadtbahn weichen. An den Rändern der Stadt blieben die früheren Unterschiede am längsten bestehen: Den Weinbauerngemeinden und beliebten Wiener Sommerfrischen am Fuße des Wienerwalds wie Grinzing, Nußdorf, Neuwaldegg oder Dornbach standen Bauerngemeinden auf den Ebenen im Marchfeld (Eßling) und Wiener Becken gegenüber. Villenviertel wie das Cottage oder das Gebiet um Schloss Schönbrunn blieben, auch bedingt durch die Oberschichtwohnenklave Ringstraße, eher rar. Folge der Eingemeindung war die Erstellung eines Generalregulierungsplans und eines Bauzonenplans, der eine im wesentlichen bereits festgeschriebene funktionelle Grobgliederung des Wiener Stadtgebiets festlegte. In die Zukunft verwies die 1904/05 erfolgte Ausdehnung des Stadtgebiets auf Floridsdorf und das linksseitige Donauufer. Als weitsichtig erwies sich die Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels (1905) um Wien.

Der ehemalige Heinrichshof gegenüber der Oper (1873)

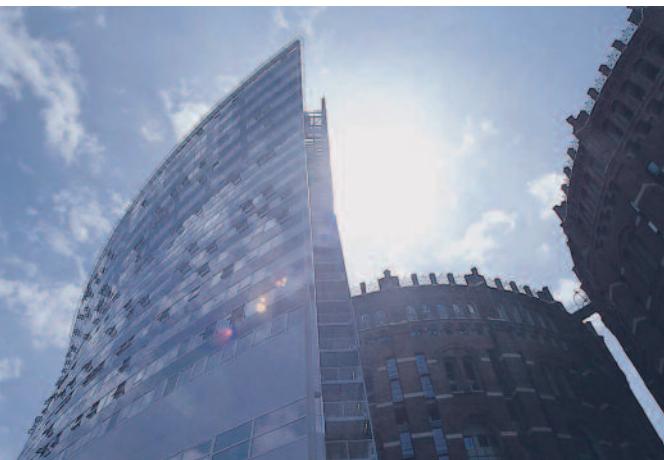


spiel dafür war die Wienerberger Ziegelfabrik. Auf Miesbach war 1857 Heinrich Drasche gefolgt, unter dem die Werke weiter mechanisiert und 1869 in eine AG umgewandelt wurden. Drasche, der an die 10.000 Arbeiter (vorwiegend Tschechen, daher der Ausdruck „Ziegelböh“) beschäftigte, wurde zum reichsten Mann Wiens und verewigte sich auf der Ringstraße im Heinrichshof gegenüber der Oper. Auch Bauschlosserei und -tischlerei profitierten vom Stadtwachstum. Bau- und Terraingesellschaften wie die Wiener Bauge-

enormen Siedlungs- und Bevölkerungswachstum und den zunehmenden funktionellen Verflechtungen der einzelnen Stadtgebiete durch Eingemeindungen Rechnung. Erst 1850 erfolgte in einem längst notwendigen Nachvollzug die Eingemeindung der Wiener Vorstädte (Voraussetzung dafür war die Abschaffung der Grundherrschaften 1848 gewesen - die Anlage der Ringstraße ab 1857 sicherte eine bessere Verkehrsanbindung), die zu 8 Bezirken (Wieden und Margareten trennten sich erst 1861) zusammengefasst wurden. Das kontinuierliche



Die Kommunalisierung vormals privat erbrachter Infrastrukturleistungen wie Strom- und Gasversorgung (die dafür errichteten Gasometer sind jüngst spektakulär zu Wohn- und Bürogebäuden umgebaut worden) und der öffentlichen Verkehrsmittel



Der aufsehenerregende Zubau des „Gasometer 2“ (der Straßenbahn) modernisierte die Stadt und signalisierte ein Umdenken. Die Fertigstellung der Zweiten Hochquellenwasserleitung erwies sich gesundheitspolitisch von großer Wichtigkeit. Es kam nicht von ungefähr, dass die Lungentuberkulose als Wiener Krankheit bezeichnet wurde.

Die gestiegene Verkehrsleistung, die leichtere Verfügbarkeit von Energie, insbesondere der Elektrizität, die großstädtische Infrastruktur und das reiche Arbeitskräfteangebot förderten die Entstehung von Großbetrieben, obwohl die Wiener Wirtschaftsstruktur insgesamt weiterhin von Klein- und Mittelbetrieben und einem starken Tertiärsektor geprägt blieb. Mit der Industrialisierung schrubbte die Organisierung der Arbeiterschaft einher, es entstanden die Massenparteien, die Gewerkschaft erkämpfte die ersten Arbeitsrechte. 1890 etwa legten rund 45.000 Menschen beim Streik der Wiener Maurer ihre Arbeit nieder. Diese Entwicklungen liefen nicht konfliktfrei ab. Die verstärkte Zuwanderung schürte den Fremdenhass, mit dem insbesondere Juden und Tschechen in Wien konfrontiert waren.

Der rasante Modernisierungsprozess, der die Stadt in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg ergriff, zeigte sich auch in der Architektur. Der wohl bedeutendste Architekt war Otto Wagner, dessen Werke bis heute das Wiener Stadtbild prägen, denkt man etwa an die Anlage der Stadtbahn. Wenn heute - zu Recht - an die weltweite Bedeutung Wiens um 1900 erinnert wird, an die herausragenden Persönlichkeiten aus Musik, Literatur, Architektur, Malerei, etc., sollte jedoch nicht vergessen werden, auf welche Widerstände die Vertreter der Moderne in Wien stießen. Hier sei nur an das berühmte Loos-Haus am Michaelerplatz in unmittelbarer Nähe zur Hofburg erinnert oder an die Skandale um Schiele und Klimt.

Während des Ersten Weltkriegs erreichte Wien aufgrund einer enorm hohen Flüchtlingszahl seine Rekord-einwohnerzahl (mit über 2,2 Mio.). Der Verlust des Krieges bedeutete für die Habsburgermonarchie das Ende ihrer Existenz. Wien wurde Bundes-hauptstadt der Republik Deutsch-österreich (wenig später auch eigenständiges Bundesland), der Übergröße der Stadt verdankte sich der wenig schmeichelhafte Spitzname „Wasserkopf“. Mit dem Sieg bei den Gemeinderatswahlen 1919 begann die sozialdemokratische Ära Wiens. Der massive Infrastrukturausbau der Stadt um 1900 (man ging für 1950 von einer Bevölkerung von 4 Mio. Einwohnern aus) unter dem ansonsten umstrittenen Bürgermeister Lueger ermöglichte es der sozialdemokratischen Stadtverwaltung in der Ersten Republik, sich bislang vernachlässigten Bereichen zuzuwenden, in erster Linie dem (sozialen) Wohnbau, ferner der Sozial- und Gesundheitspolitik, wofür eine radikale Änderung des Steuersystems notwendig wurde. Trotz einer starken Bevölkerungsabnahme

Wiens nach 1918 (nach Jahrzehnten des enormen Wachstums) hatte sich die Wohnsituation verschärft. Die Einführung des Mieterschutzes, der aus der Kriegsnot geboren auch später beibehalten wurde, legte bei gleichzeitig enorm gestiegenen Baukosten den privaten Wohnungsbau lahm, ermöglichte jedoch gleichzeitig ärmeren Einwohnern, eigene Haushalte zu gründen, die Zahl der Familienfremden pro Haushalt ging stark zurück.

Das Entstehen wilder Kleingartensiedlungen setzte die Mechanismen des Bodenmarktes außer Kraft und unterstrich die Dringlichkeit im Wohnungswesen. Doch die Gemeinde, der nun die Stadtentwicklung fast zur Gänze zufielen, bevorzugte statt der Siedlungshäuser - nicht zuletzt aus finanziellen Gründen wegen man gelnder infrastruktureller Vorleistun-



gen - die Errichtung großer Gemeindebauten. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit wurden zahlreiche Handwerker auf den Baustellen beschäftigt, moderne rationelle Technologien gelangten kaum zur Anwendung. Die Wohnbauleistung fiel zwar quantitativ hinter jene der Gründerzeit zurück, auch waren die Wohnungen relativ klein, ihre Ausstattung brachte aber eine deutliche Verbesserung der sanitären und hygienischen Bedingungen mit sich. Die breit über das Gemeindegebiet gestreuten Gemeindebauten der 1920er Jahre wie der Superblock Karl-Marx-Hof oder

die Gartenstädten ähnlichen Anlagen Sandleiten und George-Washington-Hof setzen bis heute markante Akzente im Wiener Stadtbild. Im allgemeinen war die Zwischenkriegszeit eine Periode wirtschaftlicher Stagnation – bedingt durch die enorme Anpassungsleistung des neuen Kleinstaates infolge des Verlustes der früheren Großmachtstellung. Die kommunale Bautätigkeit konnte somit der Bauwirtschaft kein so weites Betätigungs-feld bieten wie der vorherige Wachstumsprozess. So blieben auch die nötigen Impulse auf andere Branchen, die üblicherweise vom Konjunkturmotor Bauwirtschaft ausgelöst werden, aus. Die junge Demokratie, aber auch die Wirtschaft stand auf schwachen Beinen, wofür eine enorm hohe Arbeitslosigkeit und die Abschaffung des Parlamentarismus bei gleichzeitiger Errichtung des autoritären Ständestaates angeführt werden können. Quasi als Kompensation für das Ende des kommunalen Wohnbaus, aber auch als (letztlich unzureichende) Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahme können die spektakulären Großbau-ten der Reichsbrücke und der Wiener Höhenstraße angeführt werden. In der Nazizeit erfuhr Wien (trotz der territorialen Erweiterung durch die Eingemeindung von 97 Gemeinden zu Groß-Wien mit 26 Bezirken) eher eine Ab- als eine Aufwertung. Das Fehlen an Prestigeobjekten – trotz gigantischer Neugestaltungspläne (etwa Wien an die Donau zu bringen, ein seither immer wiederkehrendes städtebauliches Anliegen) – verdeutlicht dies. Die NS-Wohnbauprogramme wurden nie verwirklicht. Gegen Ende des Krieges wurde Wien eines der Ziele der alliierten Bom- benangriffe. Die Bausubstanz litt beträchtlich, über 80.000 Wohnungen waren zerstört, und die städtische Infrastruktur (Gas-, Wasser-, Kanal- und Straßennetz) war schwer beeinträchtigt.



Aus der Geschichte der Wiener Bauhandwerke und ihrer Organisationen

Ereignisse, Regeln und Bräuche, wie sie in historischen Dokumenten überliefert sind.

Thomas Bernt betreibt eine Werbeagentur in Wien und war mit der Produktion dieser Festschrift beauftragt.

Die Erkenntnisse des folgenden Beitrags sind Herrn Edmund Wuchta zu verdanken, der zu Anfang des 20. Jahrhunderts Sekretär der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister war, der Vorläuferin der heutigen Landesinnung Bau Wien. Er hat auf sorgfältigste, liebevollste Weise – und in offensichtlich langwieriger und mühevoller Arbeit – die lange Geschichte der Standesvertretung der Wiener Bauhandwerker recherchiert. Dazu musste er nicht nur eine Menge von Quellen und historischen Dokumenten aufstöbern, lesen und abschreiben, sondern diese auch in großer Zahl in ein heute gebräuchliches Deutsch übersetzen.

waren alle diese Gewerbe in Zünften und Gilde organisiert. Allein die Steinmetzen bildeten schon zu jener Zeit eine Zechen, die frühzeitig aber auch schon „Bruderschaft“ genannt wurde. Die Zechen – das Wort stammt von einer alten germanischen Wurzel und bedeutet so viel wie „anordnen“, „einrichten“ – war in Wien damals die höchste gewerbliche Organisationsform. Sie war mit weit gehender Autonomie und eigener Gerichtsbarkeit, in allen das Handwerk betreffenden Belangen, ausgestattet.

Autonomie und Gerichtsbarkeit wurden der Zechen durch landesfürstliche Privilegien eingeräumt und von

Zeit zu Zeit ausdrücklich bestätigt, wofür seitens der landesfürstlichen Kammer sehr erhebliche Taxen eingehoben wurden. Nur sehr ansehnliche und über reiche Mittel verfügende Gewerbe konnten sich deshalb um solche Privilegien bewerben.

Die Mitglieder der Zechen genossen materielle und ideelle Vorteile: Teilnahme an religiösen Wohltaten und Veranstaltungen



Das Schottenkloster war einer der größten Bau-Auftraggeber

Die ältesten Wiener Aufzeichnungen, in denen die Bauhandwerke erwähnt werden, sind die aus der Mitte des 13. Jahrhunderts stammende Reimchronik Ottokars, das in die Zeit von 1292 bis 1303 fallende und im Jahr 1326 fortgesetzte Dienstbuch des Bürgerspitals sowie das von 1314 an geführte Dienstbuch des Schottenklosters. Darin werden alle Gewerbe angeführt, die es bereits damals gab: Maurer, Steinmetzen, Ziegelbrenner, Zimmerleute, Tischler, Glaser und Maler. Schon im 13. Jahrhundert

der Zechen, brüderliche Unterstützung in Unglücks- und Todesfällen, die Sicherheit eines ehrbaren und sittlichen Zusammenlebens mit den anderen Mitgliedern, Schutz gegen unlauteren Wettbewerb etc. Dafür waren sie neben der Beitragszahlung zum Gehorsam gegenüber den Zechmeistern in allen Angelegenheiten des Handwerks verpflichtet. Der Eintritt in die Zechen erfolgte mit der Erlangung der Meisterschaft in der Regel durch Einkauf (Zahlung eines halben Pfunds Pfennige). Die in die Zechen

Aufgenommenen wurden in das Zechbuch eingetragen, und sie hatten einen Jahresbeitrag (Jahres-schilling) zu entrichten. Die Einnahmen der Zechen wurden in erster Linie für Zwecke des Gottesdienstes und der Leichenbestattung verwendet.

Die Leitung der Zechen war den von ihr gewählten, vom Rat bestätigten und beeidigten Zechmeistern anvertraut; meistens gab es zwei: den Ober- und den Unterzechmeister. Ihnen oblag die Vertretung der Zechen nach außen, der Verkehr mit den Behörden, die Überwachung, disziplinäre Maßregelung und Bestrafung der Mitglieder hinsichtlich ihrer gewerblichen Tätigkeit und ihres sittlichen Verhaltens. Auch die finanzielle Gebarung der Zechen war ihnen übertragen. Unter Herzog Rudolf IV. (dem Stifter) wurden im Jahr 1364 alle Zechen sowie ihre Satzungen und Ordnungen aufgehoben, zugleich aber der Bürgermeister und der Rat der Stadt Wien mit dem Recht ausgestattet, besondere Handwerksordnungen zu erlassen. 1412 erließ der Stadtrat eine Verordnung mit Festsetzung des Lohnes der Maurer und Zimmerleute. Im Jahr 1435 regelte der Rat der Stadt Wien das Recht der Steinmetzen und Maurer mit einer neuen Ordnung. Dort heißt es unter anderem:

Artikel 1: „Erstens soll sich kein Steinmetz noch Maurer hier zu Wien als Meister niederlassen und meisterweise arbeiten, er bringe denn vorher eine Urkunde darüber vor, von wo er gekommen sei und dass er sich daselbst ehrbar und fromm verhalten habe. Oder er beweise es hier vor dem Rate mit ehrbaren Leuten, ferner dass er auch ein eheliches Weib habe und das Bürgerrecht gewinne mit einem halben Pfund Pfennige, und er soll auch mit sich die geschworenen Zechmeister vor den Rat bringen. Wenn dann dieselben vor dem Rate dafür

sprechen, dass er wohl Meister sein möge, so soll er dann aufgenommen werden...“

Artikel 2: „Es soll auch ein jeder Meister nur einen Lehrjungen haben, der soll auch in des Meisters Kost sein. Welcher seine Lehrjahre nicht ausdient, den soll fernerhin kein Meister ausbilden... Auch soll kein Meister dem anderen seine Gesellen entziehen, so lange sie in seiner Arbeit stehen, es sei mit Darlehen oder mit anderen Sachen. Und welcher Geselle zu einem Meister auf Arbeit geht, der soll ihm wenigstens eine ganze Woche dienen und arbeiten. Wollte er ihm aber danach nicht länger in seiner Förderung arbeiten, so soll der Geselle den Meister das zwei Tage vor Ausgang

der Woche wissen lassen, damit sich der Meister mit einem anderen Gesellen versehen möge. Geschehe es aber, dass ein Geselle ohne zwingende Not und ohne redliche Ursache einem Meister im Laufe der Woche aus der Arbeit ginge und ihm das nicht zu wissen gemacht hätte, so sollen dann die Meister diesen Gesellen nicht aufnehmen noch zur Arbeit fördern...“

Artikel 4: „Es sollen auch die Meister ihre Gesellen des Morgens, zur Frühstückzeit, zu Mittag und zur Vesperzeit (Jause) zur rechten Zeit an die Arbeit bringen und des Abends auch zu rechter Zeit von dannen gehen lassen und den Lohn nicht erhöhen und in dem rechten Satze halten und bleiben lassen, wie das von altersher gekommen ist. Wer aber dawider tut, den will der Rat darum schwer strafen, je nachdem die Sache liegt...“

Unter Herzog Rudolf IV. (dem Stifter) wurden im Jahr 1364 alle Zechen sowie ihre Satzungen und Ordnungen aufgehoben ...



Die Bauhütten und Bruderschaften sind klösterlichen Ursprungs und behielten ihren klösterlichen Charakter durchwegs bis ins 13. Jahrhundert, etliche sogar bis zum Zeitalter der Reformation. Seit dem 13. Jahrhundert traten nach und nach

nahme eines fremden Gesellen in die Hütte statt. Nach der Aufnahme wurde dem Fremden die sogenannte „Schuldigkeit“ abgenommen, die in einem Geschenk von fünf Gläsern (Wein oder Bier) bestand. Hierbei nahmen alle Hüttingesellen genau vor-



Die „Hubersche Szenographie“
(ca. aus dem Jahr
1774) ist ein
hervorragendes
Dokument des
Baubestandes in
Wien

Bauhütten und Bruderschaften mit weltlichen Meistern ins Leben. Wenn eine Bruderschaft zur Herstellung eines Baues berufen wurde, zog der Meister mit den Werkleuten seiner Bruderschaft oder eines Teiles davon zur Baustelle. Bis tief ins Mittelalter fanden ja alle Wissenschaft und Kunst nur in den Klöstern, vor allem in denen der Benediktiner, eine Heim- und Pflegestätte. Aber auch die weltlichen Bauhütten pflegten – genau wie die klösterlichen – noch lange Zeit neben der Übung der Baukunst hauptsächlich ein religiöses, fast gottesdienstähnliches Gebaren.

Eine sehr langwierige und umständliche Zeremonie fand bei Auf-

geschriebene Stellungen ein, ebenso der auf einem Stuhl stehende Aufgommene. Stundenlang dauerte der Dialog zwischen ihm und den Gesellen, unter Hersagung genauer Formeln, wobei jedesmal das Wort „Ex-cüse“ („entschuldigen Sie“) verwendet wurde. Handwerke, die den Brauch des Geschenkes übten, hießen „geschenkte“. Demzufolge hieß ein Steinmetz, der die Geschenkprozedur durchgemacht und bestanden hatte, „geschenkter Steinmetz“. Bei solchen Zeremonien und anderen Hüttenversammlungen trugen die Gesellen Mantel und Degen, und auch das Hütten Schwert musste samt Scheide aufliegen. Derjenige, der beschenkt wurde, musste Mantel und Degen ablegen.

Zu jener Zeit gab es noch keine Lehrzeugnisse, Lehrbriefe und Arbeitszeugnisse. Wenn ein Geselle bei einem Meister in Arbeit treten wollte, hatte er außer gutem Leumund den „Ausweis“ zu erbringen, dass er ein richtiger, in die Arbeiten und Geheimnisse des Steinmetzhandwerks eingeweihter Geselle war. Jeder Lehrling oder Junggeselle musste den „Ausweis“ erlernen, fehlerlos aufsagen und sich danach benehmen können, wenn er sein Fortkommen finden wollte. Auch musste jeder Junggeselle, bevor er in die geheimen Gebräuche eingeweiht wurde, folgenden Eid leisten:

„Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen, dass ich von allem, was mir von den ehrbaren Steinmetzen gesagt und gezeigt wird, weder etwas davon aufschreiben noch etwas davon sagen werde, weder Vater noch Mutter, noch Schwester noch Bruder, noch sonst jemandem außer dem, dem ich es zu sagen und zu zeigen habe, so wahr mir Gott helfe!“

Nach Ablegen dieses Eides war er aufgenommen in die Gesellschaft der regulären, „ausgewiesenen“ Steinmetzen. Jeder Junggeselle musste sich zwei Ausweisgesellen aussuchen, auf die er sich jederzeit zu berufen hatte, da er oft nach seinen Ausweisgesellen gefragt wurde; besonders, wenn er in eine andere Stadt kam. Mit der Zeit arteten das Hüttenzeremoniell und die Wahrung der Bau- und Steinmetzkunst allerdings in übertriebene, manchmal lächerliche Formen und Formeln aus. Genau geregelt und ziemlich ausschweifend waren die Grußformeln. Wenn ein Geselle beurlaubt wurde, klang das so:

Der Scheidende: Gott behütt' Ihnen, ehrbarer Steinmetz. –

Erwiderung: Gott begleit' Ihnen, ehrbarer, fremder Steinmetz, bitte mit

Gott zu grüßen alle frommen, ehrbaren Steinmetzen, Meister und Gesellen, zu Wasser und zu Lande, wo Ihnen der liebe Gott die Reise hinsandt. –

Der Scheidende: Danke mit Gott, ehrbarer Steinmetz, werd's mit Gott freundlich ausrichten.

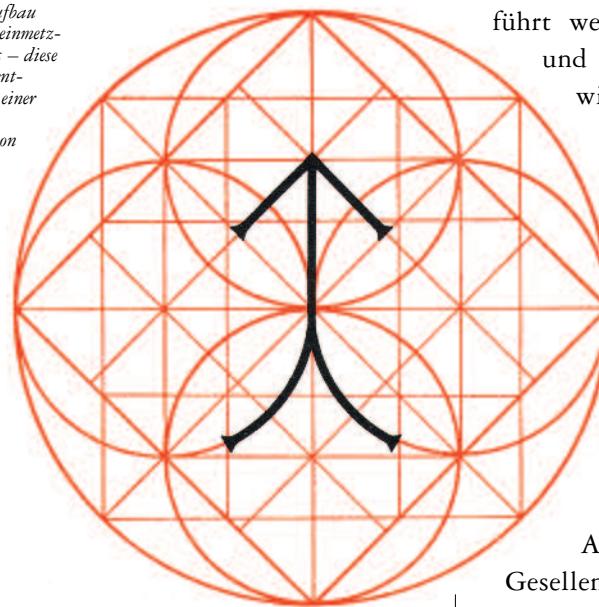
Das Wort „Baumeister“ wurde damals übrigens noch sehr selten und auch dann nur in Bezug auf Kirchen- und Klosterbauten verwendet. Der Bau bürgerlicher Häuser wurde in der Regel einem Maurermeister übertragen. Auch die hie und da genannten Baumeister, etwa die Baumeister bei St. Stephan oder die der Hofburg, waren eigentlich Steinmetzmeister, die der Baukunst mächtig waren und die sowohl das Steinwerk als auch das Mauern selbst ausführen konnten.

1459 fand in Regensburg die erste große Versammlung, eine Art Fachkongress, von Steinmetzmeistern aus dem deutschsprachigen Raum statt. Dabei wurden die vier „Haupthütten“ in Straßburg, Wien, Köln und Bern begründet, die je für ein bestimmtes Gebiet Deutschlands zuständig waren. Die jeweiligen Meister dieser Haupthütten wurden als oberste Richter in allen Fragen des Handwerks für ihr Gebiet bestellt. Der Meister der Straßburger Hütte, gleichzeitig Hüter des „Bruderbuches“, war der oberste Richter über den gesamten deutschen Raum. Gleich nach ihm scheint in der Aufzählung der Meister und Gesellen, die in Regensburg versammelt waren, der Name Lorenz Spenning (oder Spänning) auf – der Baumeister der Wiener Haupthütte bei St. Stephan. Das beweist, in welch hohem Ansehen die Wiener Hütte stand! Die heutige Landesinnung Bau Wien leitet ihre Abstammung und Tradition also von der Haupthütte bei St. Stephan her. Mit vollem Recht führte daher noch

die Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister, von der eingangs die Rede war, den Titel „uralte Haupthütte“. Eine Steinmetzordnung wurde schriftlich niedergelegt und 1498 in einem Dekret von Kaiser Maximilian I. bestätigt.

1511 brach ein heftiger Streit zwischen der Wiener Haupthütte und dem Rat der Stadt Wien aus, weil der Rat – zu Unrecht – den damaligen Baumeister bei St. Stephan Jörg Öxl seines Amtes entthoben und statt seiner den Meister Anton Pilgram aus Brünn berufen hatte. Pilgram nahm die Stelle, entgegen den Regensburger Satzungen, an. Aus dem Schrift-

Der Aufbau eines Steinmetzzeichens – diese Kunst entspringt einer uralten Tradition



verkehr zu diesem Streitfall geht hervor, dass der Bau des Stephansdomes zum damaligen Zeitpunkt schon abgeschlossen und Pilgram mit Gestaltung und Ausschmückung des Innenraums befasst war. Meister Pilgram war also nicht der große Erbauer des Stephansdomes, für den er vielfach noch heute gehalten wird. Öxl wurde schließlich von Kaiser Maximilian I. rehabilitiert, und Pilgrams Wirken in Wien dauerte nicht allzu lange, denn schon 1516 wird Jörg Hausser von Stettin als neuer Baumeister bei St. Stephan genannt.

Im Jahr 1550 ergänzten der Wiener Bürgermeister und Stadtrat die frühere Ordnung der Handwerke der Steinmetzen und Maurer durch Zusätze. Zwei davon lauten:

„Und weil es auch bekannt ist, dass sich die Meister beider Handwerke, vornehmlich aber die Maurer, mit vielen Bauten beladen und dieselben nicht gehörig beaufsichtigen, wodurch den Bauherren in ihren vernachlässigten Bauten und an der Arbeit Nachteil und Schaden entsteht, soll es jedem Meister insbesonders über zwei Bauten anzunehmen nicht gestattet sein, nur allein dann, wenn es derart kleine Bauten wären, welche längstens in zwei Tagen ausgeführt werden möchten. Solche soll und mag der Meister mit Vorwissen und Bewilligung seines Bauherrn annehmen. Und wenn derartige Gebäude eines wie das andere nahezu vollendet sind, mag dann der Meister wegen anderer Arbeit anfragen, dieselbe jedoch nicht in Angriff nehmen, bevor nicht das erste Gebäude vollendet ist.“

Auch ist es bekannt, dass die Gesellen beider Handwerke, so oft sie sich an einem freien Tage überweinen (mit Wein antrinken), den andern Tag und sonst etliche Tage in der Woche dazu feiern, was dann nicht zu kleinem Schaden ihrer Bauherren geheilt. Demnach sollen solcher blauer Montag und alle anderen ungewöhnlichen Feiertage in der Wochen hiemit durchaus aufgehoben sein und bei Strafe durch die Meister nicht gestattet werden.“

(Ungeachtet dieser Verordnung hielten die Gesellen aller Handwerke an der Einrichtung des blauen Montags, auch guter Montag genannt,

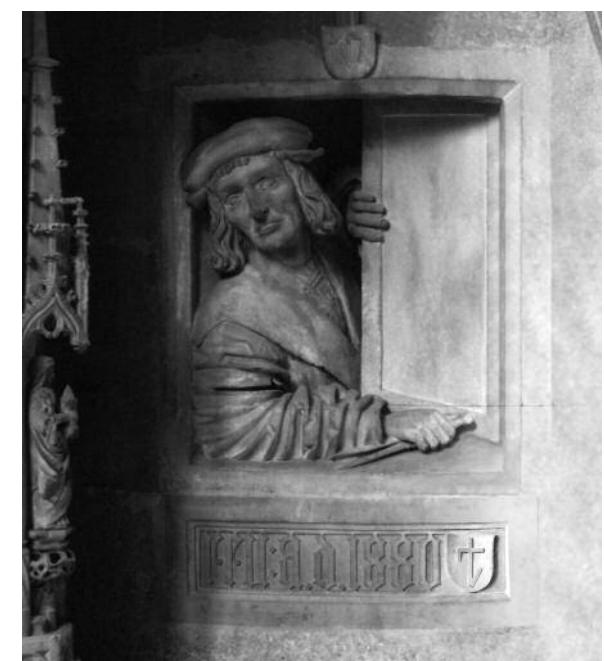
jedoch hartnäckig fest. Erst durch ein kaiserliches Dekret von 1773 wurde er strengstens verboten und endgültig abgeschafft.)

Wie sehr die Hüttenordnungen vom christlichen Glauben geprägt waren und auch in das Privatleben ihrer Mitglieder eingriffen, mögen folgende Auszüge aus der Wiener Steinmetzenbruderschaft-Ordnung aus dem Jahr 1564 veranschaulichen:

„Es soll auch kein Werkmann noch Meister über Steinwerk öffentlich in der Unehe sitzen (in einer nicht-ehelichen Beziehung leben). Wollte einer davon aber nicht lassen, so soll kein Wandergeselle noch Steinmetz (Geselle) bei ihm in Förderung stehen noch mit ihm Gemeinschaft haben... Man soll auch keinen Werkmann oder Meister in die Ordnung aufnehmen, der nicht jedes Jahr zum heiligen Sakrament des Altars ginge oder nicht christliche Ordnung hielte oder das Seinige verspielte. Oder wäre es, dass einer, der solches täte, in diese Ordnung aufgenommen worden wäre, mit dem soll kein Meister Gesellschaft haben und es soll auch kein Geselle bei ihm stehen so lange, bis er davon lässt und von denen, welche in dieser Ordnung sind, gestraft worden ist... Der Dienerlohn bleibt eines jeden Orts im alten Wesen. Doch sollen die Meister ihren Dienern (Lehrlingen), welche sie in der Kost haben, den Lohn nicht jede Woche geben, sondern wenn sie etwas ankaufen wollen zu ihrer Kleidung und sonstigem Bedarf, damit sie das Geld nicht unnützlich vertun und dadurch leichtfertig werden. Dies soll ein jeder Meister bei Strafe verhüten... Es soll auch kein Werkmann einen als Lehrling aufnehmen, der wissentlich unehrlich ist und der Werkmann soll sich ernstlich davon überzeugt haben, wenn er ihn aufnimmt und er soll auch den Aufzunehmenden bei seiner

Ehre fragen, ob sein Vater und seine Mutter in der Ehe gesessen sind (verheiratet waren)...“

Als „unehrlich“ galten die Unfreien, Hörigen, die einem Herrn dienten mussten, wie es damals bei vielen Landhandwerkern der Fall war, und alle, die von solchen abstammten. Auch manche Gewerbe galten als unehrlich und verrufen. Abkömmlin-



ge von Unfreien, Bescholtenen und Verrufenen durften in die Zünfte, Zechen und Bruderschaften nicht aufgenommen werden, sondern nur Leute von ehrlicher und ehelicher Abkunft! Diese Regeln sind heute sicher nicht mehr zeitgemäß. Damals wurden sie allerdings sehr wohl eingehalten, bedingt durch das strenge Strafrecht, und darauf beruhte das Gedeihen des Gewerbes und der Wohlstand der Fachgenossen. Größter Wert wurde in den Bauhütten und Bruderschaften aber auch auf den Zusammenhalt unter den Mitgliedern gelegt. Dies zeigen Paragraphen aus der Ordnung Ferdinands II. vom 20. September 1627:

„Wenn ein Meister in dieser Bruderschaft, der sich ehrbar und wohl verhalten, durch Feuersbrunst,

Selbstbildnis von Anton Pilgram am Fuß der Kanzel im Stephansdom um 1513



langwierige Krankheit oder andere Zufälle in Armut und Verderben geriete, dem soll, was er gebührlich nötig bedarf, aus der Brüderschaft Büchse dargeliehen werden und, wenn der liebe Gott einem solchen Meister seine Gnade erteilt, ist er das Darlehen zurückzustellen schuldig. Im Falle aber, als einer währenddessen (während der Rückzahlung des Darlehens) hinginge, stürbe und nichts hinterließe, soll es ihm aus christlicher Liebe nachgesehen werden...

Wenn ein Geselle über einen Meister etwas Unerbares und Unredliches weiß, soll er's den Zechmeistern im geheimen mitteilen, ihn jedoch sonst nicht ausschreien, denn die Zechmeister haben solche Sachen nach Handwerksgebrauch zu richten. Also soll auch kein Geselle dem anderen an der Arbeit etwas Ungebührliches zufügen, ihn nicht verleumden, verkleinern oder an seiner Ehre verletzen. Wenn es aber geschehe, soll solches am Sonntag oder nächsten Feiertag danach dem Meister angezeigt und vor die Geschworen oder Zechmeister gebracht und der verlustige Teil gestraft werden. Inzwischen soll weder der eine noch der andere Geselle aus der Arbeit austreten, damit dem Bauherrn seine Arbeit nicht verhindert und auch an diesem Orte jeder ehrliche Gesell dennoch unverachtet gehalten wird."

Historisch bedeutsam ist folgende Passage aus der selben Ordnung:

Nachdem in vergangenen Zeiten und bisher in diesem Lande und anderen Landen, auch im Deutschen Reiche zwischen den deutschen und welschen (hier: italienischen) Maurern der Tracht halber ein Unterschied und gleichsam eine Uneinigkeit gewesen ist, indem die Deutschen ein Scherfell oder Leder vorne am Gürtel, die Welschen aber einen Schurz von Lein-

wand getragen haben und deswegen eine Nation die Gesellen der anderen nicht fördern durfte oder wollte. So sollen sich die hier in guter Anzahl versammelten Meister und Gesellen für sich selbst und im Namen aller anderen in unseren Erbkönigreichen und Ländern dahin vereinigt und verglichen haben, dass von nun an der angedeuteten Tracht, des Felles oder Schurzes halber ganz und gar keine Irrung, kein Unterschied oder Missverständnis sein soll. Sondern jedem Meister und Gesellen soll es freistehen, eines oder das andere zu tragen, und jede Nation soll verbunden sein, die Gesellen der anderen ohne Weigerung zu fördern.

Hierzu muss erklärt werden, wie es gekommen war, dass die italienischen Maurer damals eine so große Rolle in Wien und in Österreich spielten: So lange das heimische Bürgertum, und mit ihm das Handwerk, in Ansehen und Blüte stand, gab es außerhalb der Zunftverbände keine freie Handwerkspraxis. Wer keinem Verband angehörte, durfte kein Handwerk betreiben, ihm wurde einfach „das Handwerk gelegt“. Später aber verblassten Kraft und Macht des Bürgertums und damit auch seine Bedeutung in Stadt und Staat. Das bürgerliche Handwerk war nicht mehr in der Lage, seine Gerichtsbarkeit aufrecht zu erhalten und zu verteidigen. Allmählich erwuchsen ihm lästige Konkurrenten, die zuerst verstohlen, dann aber immer ungenierter und bei helllichem Tag ihr „Handwerk“ verrichteten, um „denen ehrlichen Meistern ihr Brot gleich vor dem Maul abzuschneiden“. Man nannte sie „Stümpler“, „Störer“ oder „Pfuscher“. Die Obrigkeit war nicht daran interessiert, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, und die Zunft besaß keine Kraft dazu. Mit den Störern allein wären die Handwerke und Bauhütten vielleicht noch fertig geworden. Die

Landesfürsten aber suchten und fanden ihre „Hofkünstler“ auch außerhalb der Handwerksorganisationen und erteilten den Störern sogar „Hoffreiheiten“ gegen die Angriffe der bürgerlichen Handwerker. Damit erlitt die Zunftorganisation einen schweren Schlag, von dem sie sich nie mehr erholte!

Die italienischen Maurermeister, denen es in der eigenen Heimat zu eng geworden war, vermehrten sich nicht nur in Wien, sondern auch am Lande bald so stark, dass sie sich schon gegenseitig im Geschäft zu stören begannen. In manchen Handwerken übertrafen die Störer die Organisierten sogar weit an Zahl! Die Italiener wandten sich an den Kaiser mit der Bitte um eine eigene Handwerksordnung, wogegen natürlich die eingesessenen Organisationen protestierten. Die Obrigkeit bemühte sich jahrelang um eine Einigung zwischen den Parteien, die schließlich auch zu stande kam: Am 1. Juni 1627 wurde auf der Haupthütte zu St. Stephan ein Vergleich geschlossen, wodurch die „Welschen“ – unter Beibehaltung aller bisherigen Rechte der deutschen Meister – der deutschen Handwerksordnung einverleibt wurden und ihr beitreten konnten.

Es ergingen weitere Ordnungen an die Wiener Haupthütte: 1662 von Leopold I., 1708 von Josef I. und 1713 von Karl VI. Diese brachten den vereinigten Gewerben der Steinmetzen und Maurer immer mehr Beschränkungen ihrer Korporationsrechte. Regierung und Stadtmagistrat mischten sich mehr und mehr in die Angelegenheiten dieser Gewerbe ein.

Eine verstärkte Überwachung durch Staats- und Regierungsgewalt war nicht mehr zu übersehen. Die Gewerbe, die einst so viel zur Blüte des Wiener Stadtwesens beigetragen hat-



Die Wiener Handwerkskammer (Bruderschaftskasse) im geschlossenen Zustand

ten, wurden allmählich beiseite geschoben, um dem aufkommenden Handel und der Industrie, denen sich plötzlich die Gunst der Regierung zuwandte, Platz zu machen. De facto den Todesstoß erhielt die Wiener Haupthütte und ihre Organisation durch zwei Regierungsdekrete, eines vom 12. Juli 1796, in dem es heißt:

„...dass künftig jedes Handwerk mit seinem Zunftvorsteher für sich allein zu bestehen, und dass keine Viertellade mehr ein Schutzgeld an die Hauptlade zu entrichten habe.“

Im anderen, vom 16. Jänner 1798, steht:

„Die bürgerlichen Innungen und Mittel sollen ihre Handwerksangelegenheiten auf dem Lande bei der Ortsobrigkeit und in der Stadt beim Magistrat als erste Instanz anbringen.“



Die vernetzte Stadt

Der Beitrag der technischen Infrastruktur zur baulich-räumlichen Entwicklung Wiens im 19. und 20. Jahrhundert.

Dr. Gerhard Meißl
ist Historiker und arbeitet im
Wiener Stadt- und Landesarchiv/
Ludwig Boltzmann-Institut
für Stadtgeschichtsforschung.

Urbanisierung und technische Infrastruktur

1830 hatte Wien in der „Stadt“ und den „Vorstädten“ (heute in etwa die Bezirke 1 – 9 und 20) auf einer Fläche von rund 55 km² nur ca. 318.000 Einwohner. Fasst man die damalige Gesamtbevölkerung innerhalb des heutigen, etwa 415 km² großen Stadtgebiets zusammen, so waren es etwa 380.000. Bis 1913, also vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, war das Wiener Stadtgebiet auf 278 km² erweitert worden, und die Bevölkerung hatte die 2,1 Millionen-Marke überschritten. Mit knapp 2,2 Millionen lag die Bevölkerungszahl im gesamten Gebiet des heutigen Wien nur geringfügig darüber, da sich außerhalb der damaligen Stadtgrenzen nur wenig dicht besiedelte Zonen befanden. In etwas mehr als achtzig Jahren hatte sich also die Fläche der Stadt auf das Fünffache ausgedehnt und ihre Bevölkerung sich beinahe versiebenfacht! Die beiden Zeitpunkte wurden ausgewählt, weil sie eine besonders dynamische Phase der Wiener Stadtentwicklung markieren, und weil in



Verlegung eines Hauptstranges der Wasserleitung vor dem zerstörten Westbahnhof, 1950

diesem Zeitraum ein Großteil des Ausbaus der technischen Infrastruktur erfolgte. Urbanisierung und technische Infrastruktur stehen in einem engen, unauflösbarer Zusammenhang: Das Zusammenleben immer

größerer Menschenmassen in der Großstadt verlangte nach einem vernetzten, technologisch aufwendigen Ausbau der Wasserver- und -entsorgung, der Energieversorgung und des öffentlichen Verkehrs. Gleichzeitig machten solche leistungsfähigen infrastrukturellen Netze dieses Stadtwachstum überhaupt erst möglich und trieben es noch weiter voran. Wir sehen hier also zwei einander bedingende und verstärkende Prozesse. Das Baugewerbe ist maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt, trägt sie mit und verändert sich mit ihr.

Öffentlicher Verkehr

Einer der ganz tief greifenden infrastrukturellen Innovationsschübe begann 1837 mit dem Bau der Eisenbahnen. Sie hatten in mehrfacher Hinsicht umwälzende Auswirkungen auf die baulich-räumliche Entwicklung der Stadt: Die neuen Bahnhöfe entstanden allesamt am kaum verbauten Rand der Stadt oder überhaupt außerhalb ihrer Grenzen. Die von den Eisenbahnen ausgelöste Transportrevolution erleichterte die überregionale Zuwanderung, und gleichzeitig deckte sie auch zunehmend den enorm anwachsenden Bedarf an Lebensmitteln, (Bau-) Materialien, Energie (Kohle) etc. zur Versorgung des wachsenden Stadtkörpers. Speziell die Kohle leistete einen wichtigen Beitrag – Dampfkraft war nicht nur die Antriebsenergie der Lokomotiven, sie ermöglichte auch den Aufbau einer bisher in der Stadt kaum vorhanden gewesenen maschinenbetriebenen Großindustrie.

Viele der neuen Fabriken wählten aus Gründen der niedrigen Bodenpreise und der Transportkostenvorteile einen Standort im Umfeld der Bahnen. In einer Art Symbiose mit den Fabriken begannen sich diese Zonen dann auch immer mehr zu

Arbeiterwohngebieten zu entwickeln: Geringe Distanzen zwischen Betrieb und Wohnung waren zu Zeiten, als die Arbeitswege noch überwiegend zu Fuß zurückgelegt wurden, von großem Vorteil, und zugleich blieben wegen der zentrumsfernen und wenig attraktiven Lage die Bodenpreise weiterhin relativ günstig. Es lag also nahe, hier Mietshäuser mit billigen Kleinwohnungen zu errichten, die sich die Arbeiterschaft einigermaßen leisten konnte. Vor allem ab den 1890er Jahren, als die Wiener Industrie an Dynamik gewann, trugen die Eisenbahnen maßgeblich zur fortschreitenden funktionalen und baulichen Differenzierung des Stadtraums bei. Diese Industrie- und Arbeiterwohngebiete konzentrierten sich vor allem entlang

der Süd- und der Ostbahn in Favoriten und Simmering (10. und 11. Bezirk), entlang der Nord- und der Nordwestbahn in Brigittenau und Floridsdorf (20. und 21. Bezirk), sowie im Bereich der Vorortelinie der Stadtbahn in Ottakring und Hernals (16. und 17. Bezirk).

Das rasche Stadtwachstum machte auch innerstädtische Verkehrslösungen immer dringender. In Wien begann die Ära des urbanen Massenverkehrs 1865 mit der Eröffnung der Straßenbahnlinie Schottentor – Neuwaldegg. Die ersten Tramways waren von Pferden gezogen, 1885 kamen Dampftramways dazu. Sämtliche Betreibergesellschaften waren in privater Hand und an kurzfristiger Rentabilität interessiert. Sie hielten daher die Fahrpreise hoch, und das Netz war vor allem vom Zentrum auf die land-

schaftlich attraktiven westlichen Stadtteile ausgerichtet, die sich zu bürgerlichen Wohngegenden entwickelten. Deren Bevölkerung konnte sich regelmäßige Fahrten zu den



Pferdestraßenbahn am Franzensring (Dr.-Karl-Renner-Ring) um 1895

Arbeitsstätten, Geschäften, Theatern etc. der sich allmählich herausbildenden City leisten. Einen vergleichbaren Effekt hatte die 1898 fertig gestellte Wientallinie der Stadtbahn, die nachhaltig zur Etablierung Hietzings als Nobelviertel beitrug. Für die Arbeiterschichten war dagegen eine alltägliche Straßenbahnfahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte noch kaum erschwinglich. Auf diese Weise wurde die schon oben angesprochene Differenzierung in bürgerliche und Arbeiterwohngebiete noch weiter verstärkt. Mit der Elektrifizierung der Straßenbahnen ab 1897 und ihrer Kommunalisierung ab 1903 wurde das Netz zwar wesentlich leistungsfähiger, und auch die Fahrtenfrequenz der Wiener Bevölkerung stieg deutlich an. Die überkommenen sozial-räumlichen Disparitäten wurden allerdings nur allmählich reduziert.



Gas-, Strom-, Wasserversorgung, Kanalisierung

Während also die Netze des öffentlichen Massenverkehrs der Stadt ihr baulich-räumliches Gepräge im Großen aufdrückten, breiteten sich die Systeme der Energieversorgung und der Wasserver- und -entsorgung ebenfalls zu immer dichter verwebten, das ganze Stadtgebiet integrierenden

spezifische technische Knowhow anzueignen, um die Anbindung der einzelnen Häuser und Wohnungen an diese komplexen Netzwerke herstellen zu können. Und diese Aufgabe löste das Wiener Baugewerbe brillant! Der Wandel der zeitgenössischen Terminologie spiegelt diesen Prozess wider: Während die Volkszählung von 1869 einschlägige Berufe noch gar nicht anführt (vgl. Tabelle 1) und

elektrische Zentralstation errichtet, der rasch weitere folgten.

Als im Jahr 1896 die liberale Stadtverwaltung durch die Christlich-sozialen unter Karl Lueger abgelöst wurde, begann auch eine neue Ära städtischer Infrastrukturpolitik. Während die Liberalen – trotz der unbefriedigenden Leistungen der privaten Gesellschaften – aus ideologischen

me der privaten Straßenbahnenlinien durch die Gemeinde.

Die damit verbundene markante Anhebung des Leistungsniveaus der infrastrukturellen Netzwerke wirkte sich zweifellos auch auf die Bauwirtschaft dynamisierend aus und hier speziell auf die im Installationsbereich tätigen Branchen. Die Betriebszählung von 1902, die ja erst den

Beschäftigung im Bauwesen in Wien

	Beschäftigte im Bauwesen			davon in der Bauinstallation		
	Selbständige	Unselbständige	Zusammen	Selbständige	Unselbständige	Zusammen
1869	1.893	18.726	20.619	?	?	?
1902	3.060	42.433	45.493	264	1.470	1.734
1930	6.379	47.201	53.580	1.492	8.248	9.740
1964	5.430	71.175	76.605	1.794	12.483	14.277
1991	1.378	47.195	48.573	625	14.315	14.940

1869 fehlen Teile des Baubilfsgewerbes.

1902 fehlen Teile des Baubilfsgewerbes und die Elektroinstallateure.

Quelle: Volkszählung 1869; Betriebszählung 1902, 1930; Arbeitsstättenzählung 1964, 1991.

Netzwerken aus. Sie betrafen aber das „Innenleben“ ihrer Gebäude und die Lebensqualität ihrer Bewohner viel unmittelbarer. 1828 ging das erste Gaswerk in Wien in Betrieb, aber erst 1844, mit dem Auftreten der englischen „Imperial-Continental-Gas-Association“, erlangte die Gasversorgung einige Bedeutung. Das Netz blieb aber ziemlich lückenhaft, und die Preise waren hoch. Einen wesentlich kräftigeren Beitrag zur Modernisierung der städtischen Infrastruktur leistete die 1873 eröffnete, im Eigentum der Kommune stehende 1. Wiener Hochquellenwasserleitung, mit der die städtische Wasserversorgung und damit zusammenhängend auch die Kanalisierung auf ein neues Qualitätsniveau gehoben wurden. Da die Stadtverwaltung aus hygienischen wie auch aus Kostengründen auf einen raschen Anschluss möglichst aller Häuser an das zügig ausgebauten Wasserleitungs- und Kanalsystem drängte, stand die Wiener Bauwirtschaft vor der Herausforderung, sich in ganz kurzer Zeit das nötige

auch in den Gewerbe-Adressbüchern jener Jahre Anbieter von „Gas- und Wasserleitungseinrichtungen“ nur sporadisch auftauchen, sind sie im Adressbuch von 1875 erstmals unter dieser Rubrik zusammengefasst, und ihre Zahl nimmt in den folgenden Jahren deutlich zu.

Mit der Entwicklung der Starkstromtechnik und ihrer Nutzbarmachung für Beleuchtungs- und Antriebszwecke erfolgte in diesen Jahren eine weitere infrastrukturell relevante Innovation, die natürlich ebenfalls für das Bauwesen nachhaltige Folgen hatte. In der Gewerbeordnung von 1883 wurde das Verlegen von „Gasrohrleitungen, Beleuchtungseinrichtungen und Wassereinleitungen“ zum konzessionierten Gewerbe erklärt, 1884 tauchen im Gewerbe-Adressbuch erstmals die Aufzug-Hersteller als separate Branche auf, und auch der Begriff der „Installation“ von Gas-, Wasser- und Elektroanlagen beginnt sich in diesen Jahren zu etablieren. 1889 wurde dann die erste - private -

Sanitäre Infrastruktur von Wiener Wohnungen

Bezirk ⁽¹⁾	1910			1951			1991		
	Wohnungen	Abort- innerh.	Bade- zimmer	Wohnungen	Abort- innerh.	Bade- zimmer	Wohnungen	A+B	C
1	8.625	67,0	33,5	11.470	75,5	51,0	11.259	74,7	4,3
2	32.802	36,4	9,1	36.915	47,6	14,8	48.593	73,3	7,3
3	36.396	31,4	9,3	43.118	50,7	19,2	48.507	72,1	6,7
4	14.877	50,2	19,1	15.906	60,5	32,2	18.620	74,8	5,2
5	23.956	19,5	3,5	28.850	49,4	12,5	30.507	65,0	8,0
6	13.472	41,6	15,6	16.825	51,0	25,4	17.264	74,0	5,4
7	15.674	40,8	13,4	19.840	52,1	24,2	17.859	69,5	6,7
8	12.424	46,5	16,2	14.531	56,3	27,7	14.316	71,2	5,3
9	22.630	47,8	14,4	26.228	58,0	23,7	25.394	67,2	7,0
10	34.751	3,6	0,8	44.129	30,6	5,3	82.589	69,7	6,5
11	10.652	4,6	1,3	16.091	35,9	6,7	33.518	80,0	5,5
12	24.805	8,6	2,7	33.326	37,1	7,6	44.295	72,2	7,3
13	26.546	20,2	9,5	15.053	65,3	38,7	29.240	79,4	3,2
14	21.439	6,4	1,3	34.340	39,2	12,3	46.560	66,9	6,4
15	10.156	11,5	2,0	44.514	24,2	5,3	39.179	63,3	6,3
16	40.386	4,7	0,9	50.409	19,0	3,2	53.216	63,8	4,9
17	24.130	7,4	1,5	28.439	20,4	6,0	30.865	63,1	3,9
18	22.684	26,5	9,2	27.440	42,4	19,2	29.188	68,0	5,3
19	11.590	29,3	14,0	20.672	55,0	27,3	38.873	78,7	3,9
20	20.815	10,3	1,2	28.081	31,5	3,1	39.540	69,3	7,1
21	16.927	6,3	1,6	39.736	40,3	5,9	61.535	79,5	5,7
22				10.894	39,5	9,8	53.029	78,7	3,6
23				13.380	18,3	5,4	39.145	85,5	2,0
24				17.798	36,9	15,1			
25				20.513	31,6	12,8			
26				8.729	36,8	12,6			
Wien	445.737	22,0	7,1	667.227	39,9	13,7	853.091	72,2	5,6

(1) Bezirksgrenzen der Außenbezirke im Zeitablauf teilweise variierend, vor allem 1951.

(2) Kategorie A+B: Zentralbeizung, Bad, WC, Wasser innen; Kategorie C: WC und Wasser innen

Quelle: Volkszählungen 1910, 1951, 1991.

Erwägungen vor deren Übernahme durch die Gemeinde zurückgescheut hatten, erfolgte nun ein konsequenter Kommunalisierungsschub: 1899 wurden die gemeindeeigenen Gaswerke in Betrieb genommen, 1902 folgte die Eröffnung der großen kommunalen Elektrizitätswerke, und ab 1903 kam es wie schon gesagt zur Übernah-

Anfang dieses Aufwärtstrends markiert, wies immerhin erstmals die Gas- und Wasserleitungsschaltanlagen als getrennte Gruppe aus, die Elektroinstallateure allerdings noch nicht (vgl. Tab.1). Dass mit flächendeckender Vernetzung freilich noch keineswegs eine Angleichung des Ausstattungsgrades der Wohnungen verbunden



Die Ringstraße – Wien auf dem Weg zur Metropole

Wirtschaftliche, technische und
soziale Aspekte der Ringstraßenbauten.

Dr. Hannes Stekl
ist Universitätsprofessor am
Institut für Wirtschafts- und Sozial-
geschichte der Universität Wien.

war, zeigt ein Blick auf die Ergebnisse der Wohnungszählung von 1910 (vgl. Tab. 2). In den mehrheitlich von Arbeitern bewohnten Bezirken, wie im 10., 11., 16., 20. oder 21., überwogen bei weitem die sogenannten Bassena-Wohnungen mit Wasseranschluss und Klo am Gang. Bei der Ausstattung mit Badezimmern ist der Unterschied zu den bürgerlichen Wohnbezirken mindestens ebenso drastisch erkennbar.

Die Entwicklung nach 1918

Nach 1918 kamen in Wien die Sozialdemokraten ans Ruder. Sie setzten zwar eine Verbilligung des öffentlichen Massenverkehrs durch, wegen der geringen wirtschaftlichen Dynamik blieb jedoch die bestehende nur mäßige Ausdifferenzierung zwischen Wohn- und Arbeitsort weitgehend erhalten. Größer waren die Auswirkungen des kommunalen Wohnbaus, durch den das Ausstattungsniveau der Wohnungen deutlich angehoben wurde. Auch die neue Bauordnung von 1930 schrieb für jede Neubauwohnung WC und Wasseranschluss im Wohnungsverband vor. Die Auswirkungen lässt die Wohnungszählung von 1951 erkennen, die in etwa den in den Mitte der 1930er Jahre erreichten Standard wiedergibt: Vor allem die Ausstattung mit Innen-WCs hat nun in den Arbeiterbezirken merklich zugenommen (vgl. Tab. 2). Auch bei der Beschäftigungsstruktur des Bauwesens schlug sich diese Entwicklung nieder. Die bessere Wohnungsausstattung führte offensichtlich zu einer besonders markanten Nachfragesteigerung beim Installations-Genre (vgl. Tab. 1).

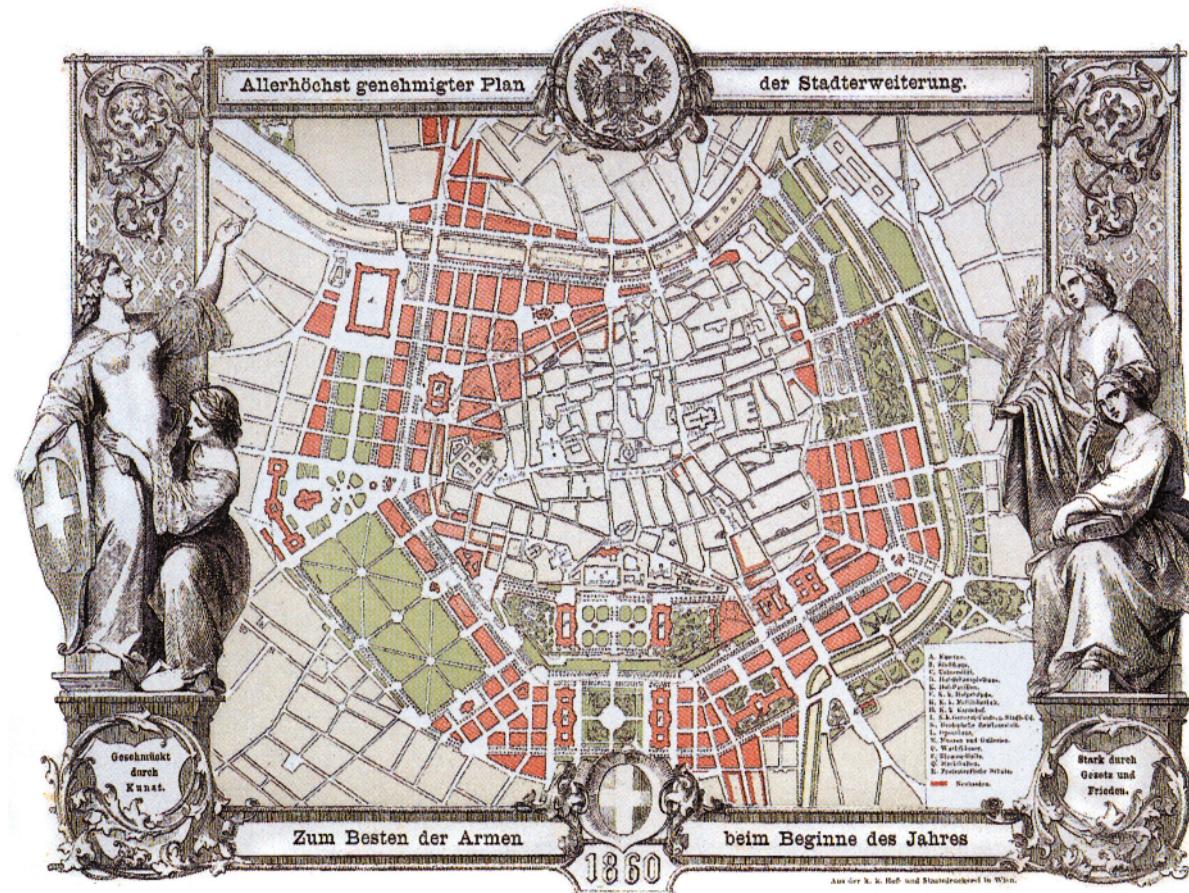
Eine nachhaltige Angleichung der hier dokumentierten Wohnungs-Standards erfolgte allerdings erst im Zuge des langfristigen konjunkturellen Aufschwungs und der damit verbun-

denen Hebung des Massenkonsums nach dem Zweiten Weltkrieg. Erstmals scheint die Bewohnerschaft des ganzen Stadtgebiets einigermaßen gleich verteilt Zugänge zum Potential der infrastrukturellen Vernetzung gefunden zu haben. Das Ergebnis der Wohnungszählung von 1991 (vgl. Tab. 2) zeigt keine gravierenden Differenzen mehr zwischen den ehemals so deutlich auseinanderklaffenden bürgerlichen und Arbeiterbezirken. Auch nicht mehr beim Bad, das 1951 noch ein ziemlich eindeutiges Unterscheidungskriterium darstellte. Die am schlechtesten ausgestatteten Wohnungen weisen nun allem Anschein nach Bezirke mit hohem Altwohnungsbestand auf wie der 15., 16. und 17., wogegen früher um nichts besser dastehende Bezirke wie der 10., 11. oder 21., die einen hohen Anteil an Neubauwohnungen am Stadtrand aufweisen, einen merklich besseren Wohnungsstandard erkennen lassen. Hier schlägt offenbar auch ein jüngeres infrastrukturelles Phänomen zu Buche, nämlich der zunehmende Individualverkehr mit dem eigenen Auto, mit dem die wachsenden Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsstätte überbrückt werden.

Die Beschäftigung im Bauwesen hat nach dem 1964 erreichten Spitzenwert bis 1991 drastisch abgenommen (vgl. Tab. 1), noch augenfälliger ist der Rückgang bei den Selbständigen. Die technische Entwicklung hat offenbar Produktivitätssteigerungen bewirkt sowie Konzentrationsprozesse wegen des gestiegenen Kapitalbedarfs verlangt. Auffällig ist jedoch, dass in der Bauinstallation der Beschäftigungsrückgang ausblieb. Hier handelt sich offenbar um eine Branche, deren Tätigkeitsfelder vergleichsweise arbeitintensiv bleiben, die aber auch mit der immer noch zunehmenden Rolle technischer Infrastrukturen eher noch an Bedeutung gewinnen dürfte.

„Es ist Mein Wille, dass die Erweiterung der inneren Stadt Wien mit Rücksicht auf eine entsprechende Verbindung derselben mit den Vorstädten ehemöglichst in Angriff genommen und dabei auch auf die Regulierung und Verschönerung Meiner Residenz- und Reichshauptstadt Betracht genommen werde. Zu diesem Ende bewillige Ich die Auflassung der Umwallung und Fortifikationen der inneren Stadt, so wie der Gräben um dieselbe.“ Mit diesem Handschreiben

tropolen rückte. Zwischen 1857 und 1910 wuchs die Bevölkerung durch den Geburten-überschuss, die rege Zuwanderung sowie durch die Eingemeindungen von 476.222 (Bezirke 1-9) auf 2.004.939 Personen (Bezirke 1-21) an. Aufgrund der politischen und zentralörtlichen Funktionen der Stadt veränderte sich die Wiener Wirtschaftsstruktur allerdings nur unwe sentlich. Trotz einsetzender Konzentrationsbewegungen in der Industrie blieben die große



Allerhöchst
genehmigter
Plan der
Stadterweite-
rung 1860

an Innenminister Alexander Freiherr von Bach gab Kaiser Franz Joseph am 20. Dezember 1857 den Auftakt zu einem städtebaulichen Vorhaben, das Wien zu einem Mittelpunkt des europäischen Kunstlebens mache und als ein Gesamtkunstwerk des Historismus weltweit Anerkennung gefunden hat. Die Verbauung der Ringstraße beschleunigte jenen dynamischen Urbanisierungsprozess, welcher Wien in die erste Reihe der europäischen Me-

Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe im Produktionssektor sowie der umfangreiche Dienstleistungsbereich (mit rund 50 Prozent der Erwerbstätigen) erhalten.

Die rasante Stadtentwicklung – und besonders die Anlage der Ringstraße – vermittelte der Wiener Bauwirtschaft ungeachtet mancher Rückschläge nachhaltige Impulse. Das gesamte Stadterweiterungsareal umfasste eine Fläche von etwa 2,173.500 m²,



Kärntnerring 16,
Beletage, Raum an
der Ringfront



das entsprach ungefähr einem Viertel der Gesamtfläche Wiens in den Gebietsgrenzen von 1850. Aufgrund der Anlage von ausgedehnten Parks, großen Plätzen und breiten Straßenzügen wurden nur ca. 42 Prozent des Areals verbaut. Darauf entstanden zwischen 1860 und 1914 insgesamt 58 öffentliche bzw. offiziöse Gebäude und 590 Privatbauten. Nach vorsichtigen Schätzungen wird man dafür Gesamtbaukosten in der Höhe von rund 350 Millionen Gulden anneh-

den gesellschaftlichen Gruppen war bestrebt, mit dem Medium der Architektur in dem neuen Stadtteil sichtbare Zeichen ihrer Präsenz und Machtansprüche zu setzen.

Als Stütze des Neoabsolutismus hielt das Militär mit der Franz-Joseph-Kaserne im Bereich der Dominikanerbastei (abgetragen 1898) und der Kronprinz Rudolf-Kaserne (der heutigen Rossauer Kaserne) „den Tiger der Revolution im Zaum“, wie es der Wiener Erzbischof Rauscher

bei der Grundsteinlegung der Votivkirche 1856 formulierte. Bei diesem einzigen Sakralbau der Ringstraße rangierte die Denkmalidee – der Dank für das Scheitern eines Attentats auf den jungen Kaiser Franz Joseph im Jahr 1853 – vor der kultischen Funktion. In der plastischen Ausgestaltung von Hauptfassade und Innenraum sowie in

den Kirchenfenstern trat die religiöse Heilsordnung in eine enge Verbindung mit der Demonstration des monarchischen Reichsgedankens; das geplante gesamtösterreichische Pantheon wurde jedoch nie verwirklicht. Und obwohl auch das von Gottfried Semper projektierte Kaiserforum in seiner monumentalen Form unrealisiert blieb, bildete der Komplex der Hofburg und der beiden Hofmuseen mitsamt den alten kaiserlichen Hofstallungen dennoch ein eindrucksvolles Zeichen imperialer Größe – unterstrichen durch die Denkmäler von Erzherzog Carl und Prinz Eugen, welche die Armee als Klammer und Retterin des Reiches verherrlichten.

Gesellschaftsgeschichtlich verkörperte die Wiener Ringstraße einen Kompromiss zwischen Hof bzw. Adel und Bürgertum, zwischen Monarchie und Demokratie in Form des liberalen Konstitutionalismus. Jede der führen-



Palais Schey,
Goethegasse 3,
Aufnahme vor
1900

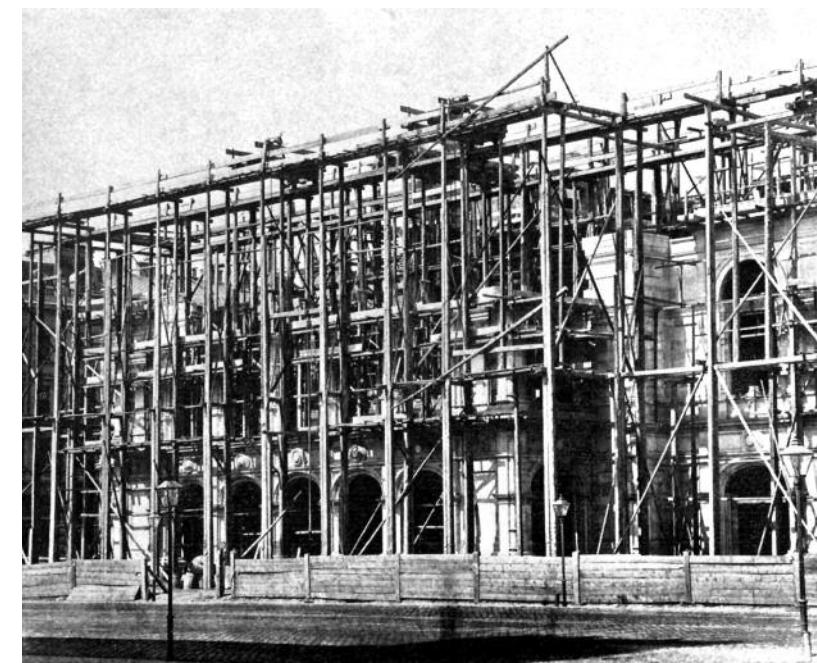
Auch Mitglieder der Dynastie und regierender Häuser setzten mit eleganten Palästen auf der Ringstraße ihre Zeichen: Herzog Philipp von Württemberg am Kärntnerring (das spätere, 1928 umgebaute Hotel

Imperial), Erzherzog Wilhelm, der Hochmeister des Deutschen Ritterordens, am Parkring, Erzherzog Ludwig Viktor, der Bruder des Kaisers, der später wegen seiner homosexuellen Neigungen nach Salzburg verbannt wurde, am Schwarzenbergplatz. Auch Hochadelige, die an Wien gebunden waren, hier aber kein eigenes Palais hatten, kauften sich auf der Ringstraße an. Das exklusive Adelige Casino am Schubertring dokumentierte ebenfalls die symbolische Besetzung des Prachtboulevards durch Teile der österreichischen Aristokratie.

Manche Vereinshäuser, wie das Gebäude der Gartenbaugesellschaft, das Künstlerhaus und das Musikvereinsgebäude, verbanden Aristokratie und Großbürgertum noch im gemeinsamen Bemühen um die Propagierung kultureller Werte. Doch diese gelegentlichen Kontakte setzten sich im geselligen Leben nur selten fort. Lediglich beim „Ringstraßenkorso“ auf der Stadtseite des Kärntnerrings kam es zu flüchtigen Begegnungen im ernsten Spiel des Sehens und Gesehen-Werdens. In ihren Salons blieben die „erste“ und die „zweite Gesellschaft“ der Residenz meist streng voneinander getrennt.

So triumphierte das liberale Bürgertum auf andere Weise: Durch seine Bildung, durch seinen demonstrativen Luxus, durch sein politisches Engagement. Auch Funktion und Stil der öffentlichen Monumentalbauten erschlossen den Gebildeten historische Zusammenhänge und eröffneten ihnen Zukunftsperspektiven. Das Heilheitsmotiv des griechischen Tempels beim Parlament war eine unübersehbare Anspielung auf die demokratische Staatskunst im alten Griechenland. Mit den Anklängen der Gotik

beim Bau des Rathauses weckte Friedrich v. Schmidt Assoziationen an den Aufstieg des Bürgertums in freien und mächtigen Gemeinden des Spätmittelalters: Der plastische Schmuck mit den Allegorien von Gerechtigkeit, Stärke, Weisheit, Treue und Wohltätigkeit zitierte zentrale bürgerliche Tugenden. Die Renaissanceformen der Universität wieder verwiesen auf die Bildungsbegeisterung im Humanismus, und die Orientierung des Burgtheaters an barocken Formen beruhte auf dem Wissen um Verbindungen zwischen Barock und Theater. Eine monumentale Stilsynthese wie bei der Oper rief allerdings beißenden Spott hervor: „Der Siccardsburg und



Das Wiener
Opernhaus
im Bau

van der Null, die haben beide keinen Styl, ob Gotik oder Renaissance, das ist ihnen alles ans.“

Das Spannungsfeld zwischen Stilreinheit oder Verschmelzung verschiedener Formen prägte auch die Wohnbauten der wohlhabenden Bankiers, Industriellen, Kaufleute und Privatiers (letztere bildeten 1885 mehr als ein Viertel der Hauseigentümer). Im neuen Bautyp des „Zinspalais“ oder „Nobelmiethauses“ verbanden sich Repräsentationsbestrebungen mit Rentabilitätserwägungen. Mit der



Unterbringung von Geschäftslokalen im Erdgeschoss sowie einer möglichst großen Zahl von Mietwohnungen in den oberen Stockwerken strebte man eine lukrative Kapitalverwertung an. Das erste Stockwerk, die „Beletage“,

so manches Spekulationsunternehmen platzen ließ. Lediglich elf seriöse Gesellschaften (föhrend die Wiener Baugesellschaft und die Allgemeine Österreichische Baugesellschaft) überlebten.



Demolierung des Kärntnertores 1861 mit dem im Bau befindlichen Heinrichshof im Hintergrund

blieb gewöhnlich dem Hauseigentümer allein vorbehalten. Die Wohnsphäre bildete eine Nahtstelle zwischen Repräsentationsbereich und privatem Refugium. Größere und kleinere Salons, Speisesaal und Wintergarten eröffneten eine großzügige Enfilade, in die bei Bedarf auch Boudoir und Herrenzimmer einbezogen wurden. Streng getrennt von den Herrschaftszimmern blieben die Wirtschafts- und Personalräume, die meist über eine eigene Dienstbotenstiege erreichbar waren.

Die traditionelle Eigenfinanzierung reichte angesichts der Vielzahl von Neubauten nicht mehr aus. Der Wohnbau der Ringstraße wurde zu einem Geschäft für die Bauaktiengesellschaften unter starker Beteiligung der Banken. Zwischen 1854 und 1873 erwarben sie rund ein Fünftel aller Bauparzellen, ehe der „Schwarze Freitag“

Die Entstehung der Ringstraße war eng verbunden mit Fortschritten in der Bautechnik. Der Ausbau des technischen Bildungswesens (seit 1815 bestand das k.k. Polytechnische Institut) sowie die Tätigkeit von Berufsverbänden (wie der Niederösterreichische Gewerbeverein, gegründet 1836, oder der Österreichische Ingenieur- und Architektenverein von 1848) hatten eine solide Grundlage geschaffen. Vorbilder aus hochindustrialisierten Ländern wie England und Frankreich wurden mit erprobten heimischen Lösungen kombiniert und zu eigenständigen Konstruktionen weiterentwickelt.

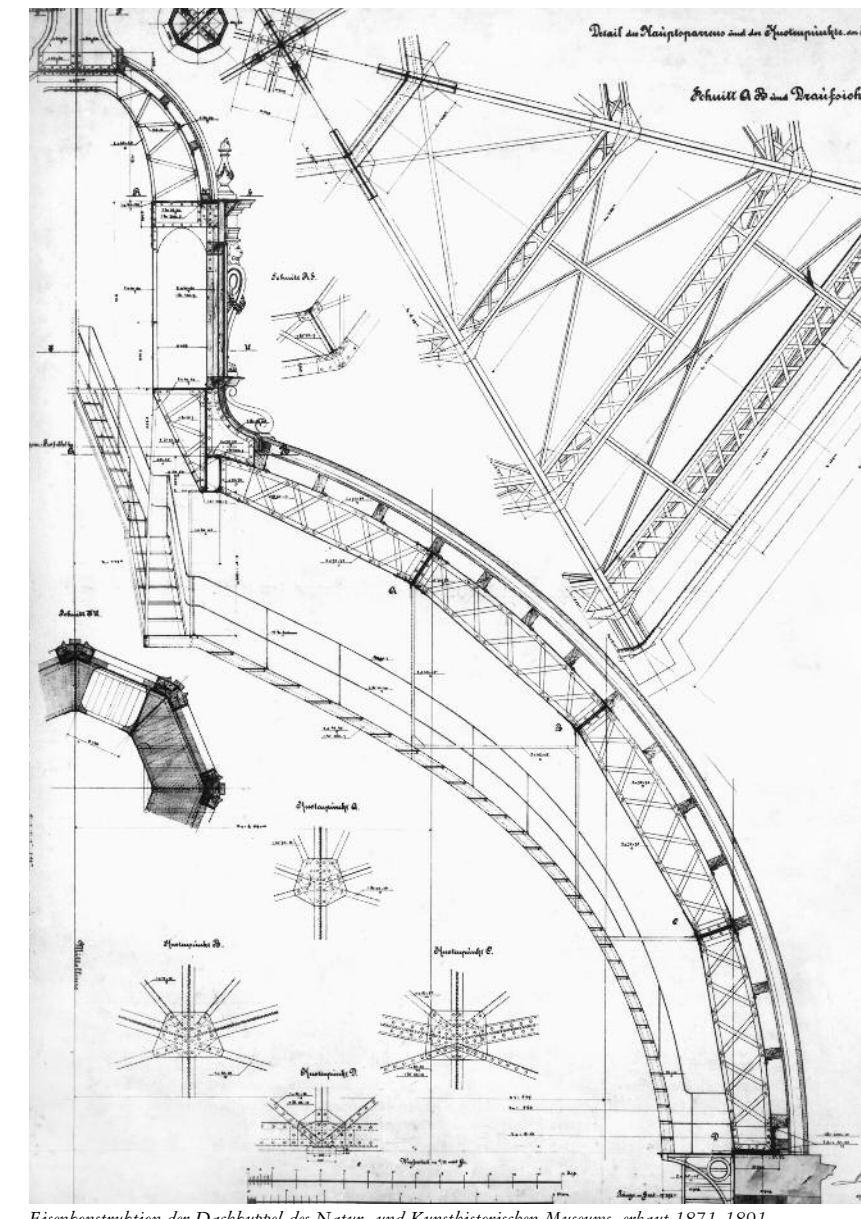
Bei den Hochbauten machten die Anschüttungen im ehemaligen Stadtgraben, älteres Mauerwerk von Bastionen und Minengängen aus der Zeit der Zweiten Türkenbelagerung sowie die Schwemmschotterzonen von

Wienfluss und Donaukanal immer wieder aufwendigere Fundierungsarbeiten nötig. Erst 1907 verwendete man beim „Haus der Industrie“ auf dem Schwarzenbergplatz Betonpfähle an Stelle der bis dahin üblichen Holzpiloten, die eine Länge von fast 6 Metern erreichen konnten. Üblicherweise ruhten die Gebäude auf massiven, mehrschichtigen Streifenfundamenten, welche bei der Hofburg z.B. eine Breite von 2,40 Metern aufwiesen. Die Kellerwände wurden häufig aus Mischmauerwerk errichtet. Schotter und Sand waren im Raum Wien ausreichend vorhanden, der beste Zement stammte von der Perlmooser AG in Tirol.

Das aufgehende Mauerwerk bestand, die Sockelzonen ausgenommen, aus Kostengründen überwiegend aus Ziegeln. Bei der Ziegelerzeugung erschloss die Entwicklung des Ringofens neue Dimensionen. Heinrich Drasche baute mit der „Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft“ (seit 1869 AG) ein Industrieimperium auf, welches 1873 2 Millionen Ziegel erzeugte. Das Unternehmen verfügte zudem über ein reiches Angebot an standardisierten Statuen, Fensterumrahmungen, Friesbändern, Konsolen und Applikationen aus Terrakotta, ohne damit die herkömmliche Herstellung des Architekturdekors aus Mörtelguss verdrängen zu können.

Bei der Gestaltung der Außenfassaden versuchte man mit zunehmend perfektionierten Verputzverfahren

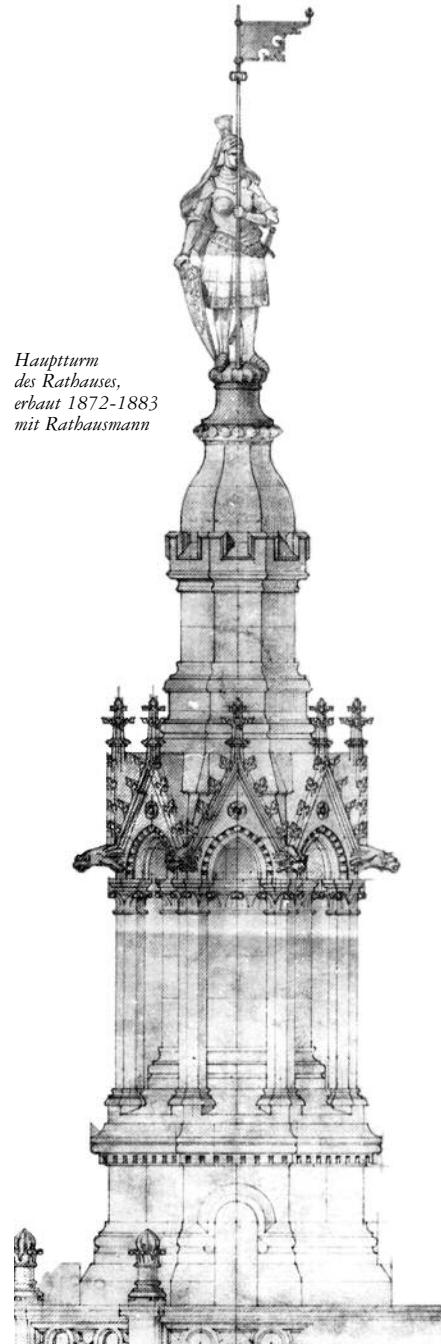
den Steinbau zu imitieren. Eine auffällige Farbgebung war durch die Bauordnung von 1859 untersagt. Nur das Musikvereinsgebäude und der 1945 zerstörte Heinrichshof gegenüber der Oper bildeten Ausnahmen,



Eisenkonstruktion der Dachkuppel des Natur- und Kunsthistorischen Museums, erbaut 1871-1891

die Goldfarbe bzw. die Blattgoldauflagen auf Kuppeln, Einfriedungen und Brücken setzten zusätzliche Farbakzente. Die Verwendung von Naturstein blieb weitgehend auf öffentliche Repräsentativbauten beschränkt, nur verhältnismäßig wenige private Bauträger stellten damit ihren Reichtum demonstrativ zur Schau. Zur Deckung des großen Materialbedarfs erschloss man immer neue





Hauptturm
des Rathauses,
erbaut 1872-1883
mit Rathausmann

Steinbrüche in der gesamten Monarchie: von Wöllersdorf bis Pola, vom Leithagebirge bis Lisignano. Auch die Verkleidung der Außenwände mit dünnen selbsttragenden Steinplatten blieb die Ausnahme – beim Postsparkassengebäude sollten schon um 1930 schwere Schäden auftreten.

Die Verbreitung von Eisen- und Stahlkonstruktionen entwickelte, un-geachtet der hohen Qualität der öster-reichischen Erzeugnisse, in der Ring-straßenzone eine unterschiedliche Dynamik. Wichtige Anstöße kamen von den Brückenbauten über den Donaukanal und den Wienfluss, wo die Schauseiten reichen gusseisernen Dekor trugen. In dieser Branche setzte sich bald das Prinzip der Vorferti-gung durch, wie die Muster für Säulen, Gitter, Kandelaber, Vordächer, Hydranten u.a.m. in den Warenkata-logen zeigen. Ästhetische Anforderun-gen führten zu Veränderungen des

Bausystems: bei der 1884-1886 er-richteten Stephaniebrücke (Salztor-brücke) verlegte man das Tragwerk aus „Rücksicht auf den schönen land-schaftlichen Hintergrund“ unter die Fahrbahn.

Im Hochbau machten in den 1860er Jahren die Eisendachstühle den Auftakt, welche eine immer größere Spannweite erreichten: über 17 Meter beim Rathaus, mehr als 34 Meter bei der Hofoper. Auch als tragendes Element für Glaslichten be-gegnet man Eisenkonstruktionen zur Überdachung von Innenhöfen vor allem bei zahlreichen Bauten Theo-phil Hansens (wie z. B. beim Palais Epstein). Derartige Lösungen sollten sich später in Hotels sowie bei der Schaffung der Kassenhallen von Ban-ken bewähren. Relativ früh entstan-den auch einige Eisenskelettbauten, wie die Detailmarkthalle Zedlitzgasse (1870/1871) oder die Zuschaerräu-me von Oper und Burgtheater. Mit der Länderbank in der Hohenstaufengasse schuf Otto Wagner 1882-1884 einen zukunftsweisenden Skelettbau, der zu den Vorläufern der modernen Architektur zählt. Dagegen waren tragende Pfeiler und Säulen aus Guss-eisen selten. Ausnahmen bildeten das Hoftheater-Dekorationsdepot und das Haus Kärntnerstraße 53, wo sie der Eigentümer, der Eisenindustrielle Al-bert Klein von Wiesenber, bereits 1862 gezielt als Werbeträger einsetzte.

Auch bei den Deckenkonstruktio-nen, wo lange der Werkstoff Holz dominiert hatte, hielten Eisenträger und Eisentraversen nur langsam Ein-zug. Mitte der 1870er Jahre ent-wickelte die Firma Ignaz Gridl, wel-che sich aus bescheidenen Verhäl-tissen zu einem Großbetrieb mit bis zu 600 Arbeitern entwickelte, feuer-sichere Blechkonstruktionen für Zwischendecken. Dieses System wurde u.a. beim Burgtheater und beim Deutschen Volkstheater verwendet. Stahlbetondecken setzten sich erst um

die Jahrhundertwende durch. Fast jede der bedeutenden Baufirmen – so Rella & Neffe, Pittel & Brausewetter, Ed. Ast & Co. – besaß damals ihr ei-genes Patent. Parallel entstanden auch Stahlskelettbauten, wie die Stadtbahnstation Karlsplatz oder der Mitteltrakt des Glashauses im Bur-garten, und Stahlbetonskelettbauten, wie der Erweiterungsbau des Öster-reichischen Museums für Kunst und Industrie.

Die Moderne hielt aber auch Ein-zug in Gestalt der Aufzüge, welche anfangs auf Wirtschaftszwecke be-schränkt blieben. Seit dem Ende der 1860er Jahre statteten führende Un-ternehmen wie Freissler und dann auch Wertheim vor allem die großen Hotels, später aber auch Wohnhäuser mit Personenaufzügen aus, ab etwa 1890 verdrängten Elektromotoren den hydraulischen Antrieb. Zentral-heizungen unterschiedlicher Systeme wurden, ähnlich wie anfangs die elek-trische Beleuchtung, meist nur bei öffentlichen Großbauvorhaben instal-liert. Hauswasserleitungen hingegen zählten spätestens nach dem Bau der Ersten Wiener Hochquellenwasserlei-tung zum gängigen Standard reprä-sentativer Wohnbauten, doch erst die Bauordnung von 1883 sah zwingend die Anlage von „Waterclosets“ vor.

Die Anzahl der Firmen, welche bei den Ringstraßenbauten beschäftigt waren, ist kaum abzuschätzen. Allein beim Bau der Börse erhielten rund 50 Firmen bzw. Künstler Aufträge, bei der Oper waren es mehr als 150. Zu einer Domäne des Kunsthandwerks sowie einer großen Zahl von Mittel-betrieben sollte jedenfalls die Innen-ausstattung der Ringstraßenbauten werden. Abgesehen von spektakulären Arbeiten wie dem „Rathausmann“ erlebten Kunstschräden und Schlosse-reien bei der Fertigung von Gitter-toren, Stiegengeländern und Leuch-ttern eine neue Blütezeit. Einer der bekanntesten Betriebe war die Firma

Albert Milde, welche als großzügige Geste und gleichzeitige Reklame zur Schlusssteinlegung des Rathauses 1883 der Gemeinde Wien die Gitter-tore an der Südseite des Gebäudes schenkte. Die Treppenhäuser zahlrei-cher Bauten prunkten zudem mit geätzten Glasfenstern oder Glas-malereien. Hier wie in den meisten Repräsentations- und Wohnräumen fand sich als plastischer Schmuck eine reiche Stuckdekoration. Anerkannte Bildhauer entwarfen repräsentative Stuckdecken, eine international ren-nommierte Firma wie der „K.u.k. Hof-Kunstmarmorierer und Stucca-teur“ Anton Detoma übernahm die Ausschmückung von Privatpalästen (wie die Palais Erzherzog Ludwig Victor und Erzherzog Wilhelm) und öffentlichen Gebäuden (vom Parla-ment bis zum Justizpalast).



Schottenring
21, Bau des
Späthistorismus
mit außer-
gewöhnlichen
Stuckarbeiten

Durch die Leistungen namhafter Architekten, Baumeister, Bildhauer, Maler, Kunsthändler und Gewer-betreibender sowie durch zahllose anonym gebliebene Arbeiter wurde die Wiener Ringstraße zu einem schöpferischen Werk des Historismus, dessen Faszination bis heute nicht erloschen ist.



Die Geschichte des Hauses Wolfengasse 4

Anmerkungen zum Haus der Landesinnung Bau Wien, das selbst ein Teil der Wiener Baugeschichte ist.

Dr. Manfred Schreiber
ist Geschäftsführer
der Landesinnung Bau Wien.

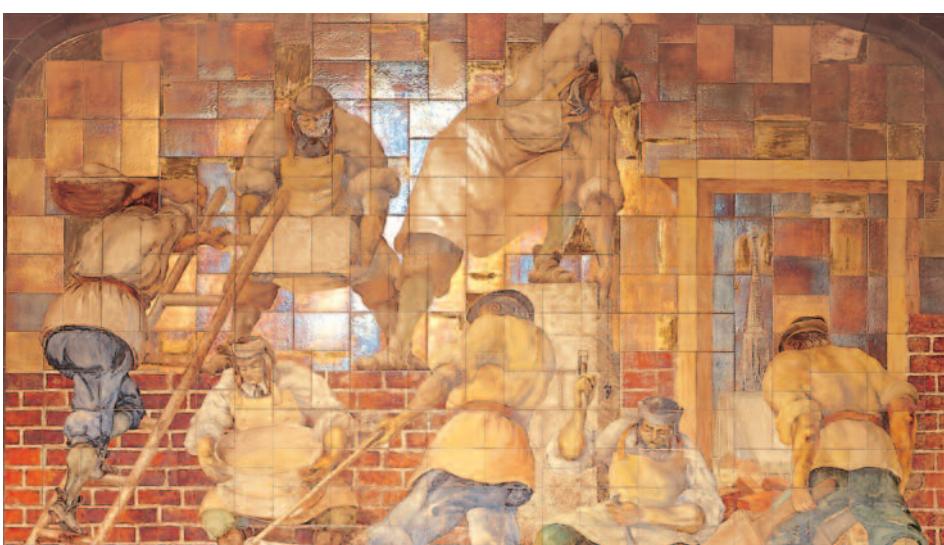
Das Haus der Landesinnung Bau Wien steht im Zentrum von Wien, am Ende der Wolfengasse, einer Sackgasse, die vom Fleischmarkt zum Heiligenkreuzerhof führt. Es befindet sich in einem der ältesten Stadtteile Wiens.

Die frisch
renovierte Fassade
der Hauses der
Landesinnung
Bau Wien

Abbildung rechts:
Anschnitt des
handgezeichneten
Plans der Fassade



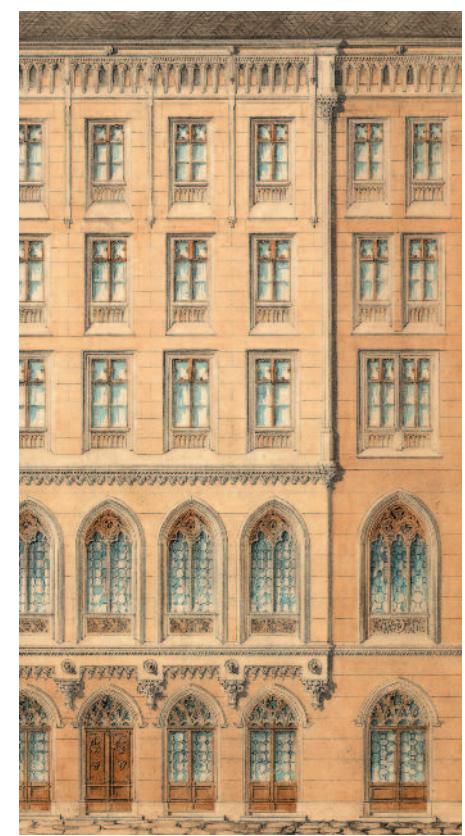
Das Mosaik an
der Außenseite
des Innungs-
hauses zeigt
eine typische
Bauszene aus
alter Zeit



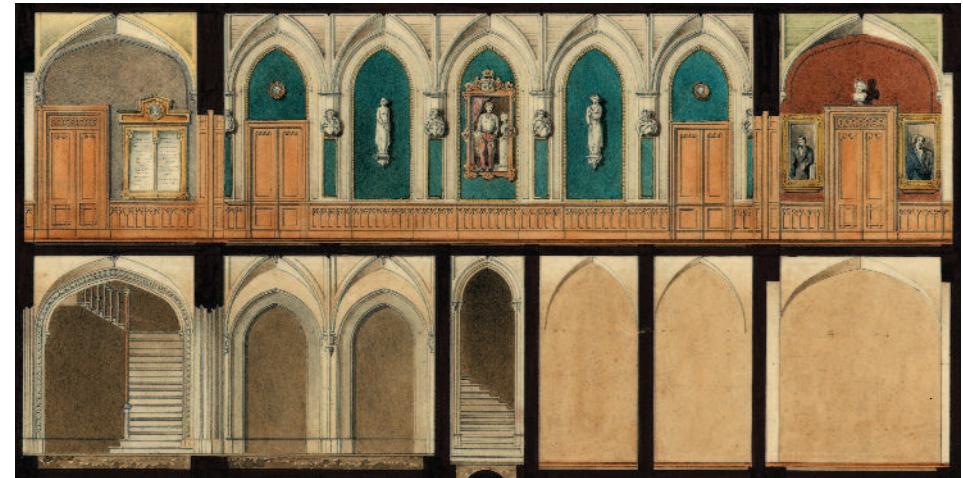
Ursprünglich lag dieser Stadtteil außerhalb der Mauern des ehemaligen Kastells der Römer. Erst gegen 1200, als Wien von einer neuen Mauer geschützt wurde, ist auch dieses Gebiet

mit einbezogen worden. Lange Zeit blieb die Wolfengasse namenlos und wurde noch 1439 einfach als „Gäßlein“ bezeichnet.

Dort, wo sich heute das Innungshaus erhebt und gegenüber das Hotel



Austria, stand in der Mitte der Gasse das Haus „Zum weißen Wolfen“ und so wurde die Gasse zum „Weißen Wolfen Gäßlein“ (1695), zum „Wolfengäßl“ (1786), Wolfengässel (1795),



„Wolfgasse“ (1821) und schließlich seit 1862 zur „Wolfengasse“.

Das alte Haus „Zum weißen Wolf“ umschloss einen geräumigen Hof mit einer breiten Toreinfahrt. Es bestand aus zwei Teilen und dürfte, wie Prof. Dr. Richard Perger in seiner Studie über die Häuser Wolfengasse 3 und 4 ausführt, aus dem Zusammenbau zweier Häuser stammen, die wohl noch bis in das 13. Jahrhundert zurück reichen. Aus den ältesten Belegen ist ersichtlich, dass es sich 1335 noch um ein vorderes und ein hinteres Haus handelte.

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit waren Wiens Häuser nicht nummeriert, sondern man findet sie nach dem Namen der Besitzer oder der Bezeichnung des Hauses. Erst 1566 erhielten jene

Häuser, die innerhalb der Stadtmauer lagen, eine Nummer für den internen Dienstgebrauch des „Hofquartieramtes“. Das Haus „Zum weißen Wolf“ bekam 1566 die Nummer 1164, die in der Folge mehrmals geändert wurde. Bei der Konskription von 1771 wurde die „Stadt Nr. 740“ zugeteilt.

Die Besitzer des Hauses „Zum weißen Wolf“

Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen scheint von 1300 bis 1361 das Zisterzienserstift Baumgarten in Oberösterreich als erster Besitzer der Liegenschaft auf, worauf sich heute das Innungshaus befindet. Danach gab es in den letzten sieben-



Ein Geschenk des Baumeisterverbandes Zürich

hundert Jahren mehr als dreißig Eigentümer, die oftmals in kurzer Folge das Grundstück verkauften, vererbten, verschenkten oder denen es wegen ihrer hohen Schulden versteigert wurde. Nachfolgend seien nur einige der interessantesten Grund- und Haus-eigentümer erwähnt:

So etwa Christoph Ötzendorfer, ein Fleischhauer und Ratsbürger, der die Liegenschaft 1439 gemeinsam mit seiner Gattin Dorothea erwarb. Er richtete 1457 in dem Haus eine Burse ein, das heißt, ein Heim, in dem Studenten gegen Bezahlung Kost und Quartier erhielten und unter Aufsicht eines Konventors (eines akademisch graduierten Heimleiters) lernten. Der erste Konventor war hier ein Magister Georg Unverdrossen aus dem bayerischen Sünching

bei Regensburg. Trotz wechselnder Eigentümer blieb das Haus ein Studentenheim (mit kurzer Unterbrechung) und wurde als „Bursa leonis“ (Löwenburse) und später als „Bursa leonis aurei“ (Burse zum goldenen Löwen) bezeichnet. Nachgewiesen ist die Burse bis 1546.

1559 ging das Haus an Franz Khestenberger und seine Frau Elisabeth. Seine zweite Frau Judith überlebte ihn und heiratete 1587 Wolf Weiß. Ebenso wie Khestenberger war Weiß Fuhrwerksunternehmer und Gastwirt. 1604 starb er, doch sein Name überlebte im Hausschild „Zum weißen Wolf“ wie auch in der Bezeichnung „Wolfengasse“ die Jahrhunderte.

Die Originalpläne
des Hauses
Wolfengasse 4 von
Alois Anton Ubel





Moderne Inneneinrichtung der Büros als gelungene Neugestaltung

Im Wiener „Postbüchl“, das vor dreihundert Jahren zum ersten Mal erschien, kann man lesen, dass die Boten und Landkutscher aus Znaim (Mähren) und die Fuhrleute aus Ofen (Ungarn) gerne im Gast- und Wirtshaus „Zum weissen Wolfen“ einkehrten.

1801 kauften ein Gastwirt namens Leopold Diry und seine Gattin Anna das Haus. Gastwirt Diry erreichte, dass mit Verordnung des Wiener Magistrats vom 20. August 1805 die radizierte Gewerbeberechtigung der „auf diesem Haus seit urdenklichen Zeiten ausgeübte Einkehr- und Wirtshausgerechtigkeit“ ausgesprochen wurde. Dies bedeutete, dass diese Gewerbeberechtigung bis zur Gewerbeordnung 1973 als Zubehör

des Hauses galt. Unterlagen aus dieser Zeit zeigen, dass der „Weiße Wolf“ zu den bekanntesten und besten Gasthäusern der Stadt zählte. Nach Leopold Diry wurde 1811 – 1843 sein Sohn Michael Diry Eigentümer und ihm folgte dann dessen Sohn, der gleichfalls Michael Diry hieß (1843 – 1848).

Die Wiener Bau- und Steinmetzmeister kaufen den „Weißen Wolf“

Im Revolutionsjahr 1848 erwarb die „vereinigte Innung der Herrn bürgerlichen Bau- und Steinmetzmeister in Wien“ die Liegenschaft. Dies war notwendig, weil ihre bisherige Unterkunft im Churhaus neben der Stephanskirche 1848 vom Erzbischof

wegen Eigenbedarfs aufgekündigt worden war. Das Benützungsrecht der „Innung der bürgerlichen Bau- und Steinmetzmeister“ wurde um 55.000 Gulden abgelöst. Für das Haus „Zum weißen Wolf“ wurden dann von der Innung 68.000 Gulden und 100 Dukaten bezahlt.

- Wiens“
1954: „Landesinnung Wien der Baugewerbe“
2000: „Landesinnung Bau Wien“

1849 wurde das Haus „Zum weißen Wolf“ abgerissen, und es wurden zwei vierstöckige Häuser gebaut, die durch



An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die Bezeichnung für die Innung bis heute mehrmals geändert wurde:

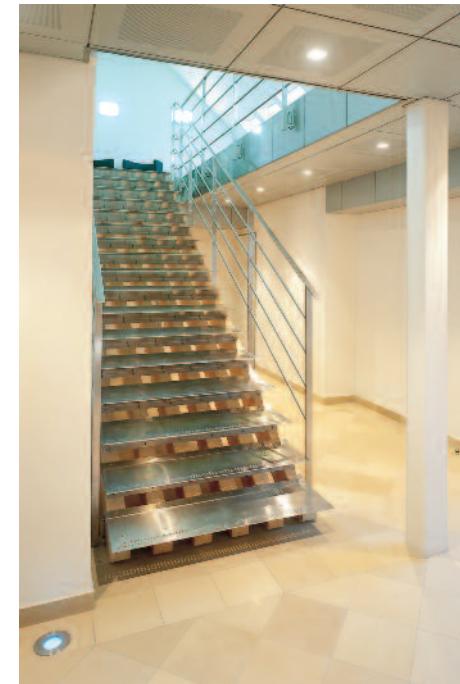
- 1875:** „Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister in der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien“
1910: „Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister uralte Haupthütte in Wien“
1931: „Innung der Baumeister, uralte Haupthütte in Wien“
1938: „Wiener Bauzunft“
1942: „Baugewerbeinnung Wien“
1944: „Wiener Innung des Bauhandwerks“
1948: „Landesinnung Wien der Baugewerbe“
1951: „Innung der Baugewerbe“

einen Übergang im ersten Stock miteinander verbunden sind.

Der prachtvolle Sitzungssaal erstrahlt im neuen Glanz

Stadtbaumeister Anton Ubel plante das neue Innungshaus (Wolfengasse 4) und Stadtbaumeister Franz Ehmann das Hotel (Wolfengasse 3). Ursprünglich befanden sich neben dem heute bestehenden Sitzungssaal im ersten Stock des Innungshauses auch die Büroräumlichkeiten der Innung. Der Innungssekretär hatte einen Teil des historischen Sitzungssaales als Büro. Das Nebenhaus (Wolfengasse 3) wurde als Hotel („Weißer Wolf“) gebaut, um die radizierte Gewerbeberechtigung der „Einkehrwirtshausgerechtigkeit“ zu erhalten. 1850 übernahm Georg Lochner, der erste Pächter, das Hotel „Zum weißen Wolf“.





Das neu gestaltete Treppenhaus im Obergeschoss ermöglicht eine bessere Nutzung des Raumes



Ein lichtdurchfluteter Gang bildet den oberen Abschluss zu den darunter liegenden Büros

Das Innungshaus Wolfengasse 4 selbst wurde im neugotischen Stil errichtet und war damit einer der ersten profanen neugotischen Bauten von Wien. Manche Fachleute behaupten sogar, es sei überhaupt der erste. Nach dem März 1938 musste die Innung ihr Büro in die Rathausstrasse 21 verlegen, wo man auch die Bundesinnung und andere branchenverwandte Innungen zusammenleg-

te. 8. November 1944: Bei der Bergung einer Fliegerbombe mit Langzeitzündung im Hotel „Weißen Wolf“ kam es zur Explosion. Dabei wurden mehrere Personen getötet, und das Haus war zerstört. Das gegenüberliegende Innungshaus wurde durch die Druckwelle ebenfalls schwer beschädigt. Im Zuge der Kriegshandlungen 1945 wurden die Häuser ausgeplündert.

1953 wurde mit dem Wiederaufbau des Hotels begonnen. Die Innung musste dafür eigens einen Kredit aufnehmen. Am 28. Februar 1955 wurde das Hotel unter dem Namen „Austria“ von Innungsmeister Franz J. Wöber eröffnet und an den Pächter (Komm. Rat Körger) übergeben.

1978 wurde das Innungshaus mit dem historischen Sitzungssaal unter Innungsmeister Ing. Hofstädter renoviert. Aus der Haumeisterwohnung wurde wieder die Gesellenhalle. Der Sitzungssaal wurde mit Öl beheizt. Unter der Feststiege, in einem klei-

In der weiteren Folge wurden Wohnungen frei und in Büros umgewidmet. Nach größeren Umbauarbeiten und dem erstmaligen Einbau eines Lifts im Stiegenhaus, erfolgte 1981 unter Innungsmeister Dipl. Ing. Hutschinski die Übersiedlung des Büros von der Rathausstraße 21 in die Wolfengasse 4.

Im Sommer 2000 wurde unter Innungsmeister Techn. Rat Ing. Grüner mit den Arbeiten zu einer grundlegenden Erneuerung des Innungshauses begonnen. Ein Jahr darauf übersiedelte das Büro der Innung in



Der kleine Sitzungssaal ist nach dem Portrait von Kaiser Franz Joseph benannt

nen Raum befand sich neben dem Heizkessel eine offene Tonne mit Öl, die nur mit einem Holzbrett abgedeckt war. Von dort wurde der Heizofen mittels eines Schlauches mit Treibstoff gespeist. Die Folge war, dass der Brenner oft verschmutzt und dadurch verlegt war und – nicht zu vergessen – eine permanente Feuergefahr. Dieser Übelstand wurde durch eine neue Gasheizung behoben.

das Dachgeschoss. Die feierliche Einweihung des Hauses erfolgte im November 2001.

Als Quellen für diesen Beitrag wurden unter anderem Innungsunterlagen, Grundbucheintragungen und auch die bereits erwähnte Studie „Zur Geschichte der Häuser Wien 1., Wolfengasse 3 und 4“ von Prof. Dr. Richard Perger verwendet.



Wien nach dem Zweiten Weltkrieg

Die städtebauliche Entwicklung vom Wiederaufbau bis zur Gegenwart.

Dr. Wolfgang Amann
ist Geschäftsführer der FGW -
Forschungsgeellschaft für Wohnen,
Bauen und Planen in Wien.

Rahmenbedingungen nach 1945

Die Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges in Wien waren zwar erheblich, allerdings regional auf strategische Bereiche und insbesondere auf Infrastrukturbauten konzentriert. Sämtliche Donaubücken und die Mehrzahl der Wiener Bahnhöfe waren zerstört. In der Inneren Stadt war vor allem der Donaukanalbereich betroffen. Etwa 15% des Wohnungsbestandes, knapp 90.000 Wohnungen, waren zerstört oder unbenutzbar. Das entspricht – im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte – der Wohnungsprroduktion von 10 bis 15 Jahren. So groß der Verlust an Bausubstanz auch



Innenraum der Stadthalle von Roland Rainer im Jahr 1958

war: Es ist als bemerkenswert festzuhalten, dass bereits 1951 mit rund 610.000 Wohnungen mehr als im Jahr 1934 gezählt wurden. Dies ist einerseits auf die rege Neubautätigkeit zurückzuführen, die schon unmittelbar nach Kriegsende einsetzte, andererseits auf die große Zahl an Instandsetzungen von teilweise auch schwer zerstörten Gebäuden.

Das Bauwesen im Wiener Raum war in der Wiederaufbauzeit durch extreme Kapitalknappheit vor allem auf privater Seite gekennzeichnet. Die Industrie in Ostösterreich konnte unter dem Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht bis weit in die „Wirtschaftswunder“-Jahre hinein nicht die Kapitalkraft aufbringen, stadtbildprägende repräsentative Verwaltungsbauten in Auftrag zu geben. Das Steyr- und das Böhler-Haus, beide Ende der fünfziger Jahre entstanden, gehören zwar zu den besten Bauten der Zeit. Als relativ kleine Lückenverbauungen blieben sie aber im städtebaulichen Maßstab weitgehend unwirksam. In Deutschland entstanden zwar auch erst ab Mitte der fünfziger Jahre jene Verwaltungsbauten, mit denen der Anschluss an die internationale Architektur-Moderne gelang. Das private Kapital umfasste dort aber zu jener Zeit bereits derartige Potentiale, dass die Innenstädte in großem Umfang mitgestaltet werden konnten.

Die Architekturkritik der vergangenen vierzig Jahre setzt den Anschluss der österreichischen Architektur an die internationale Moderne erst mit dem Jahr 1958 an. Als Marksteine werden Roland Rainers Böhler-Haus vis-à-vis der Akademie der Bildenden Künste, die im selben Jahr von ihm fertig gestellte Stadthalle, seine ebenfalls 1958 erfolgte Bestellung zum Stadtplaner von Wien, Bauten von Karl Schwanzer und Oswald Haerdtl sowie die ersten Arbeiten der Generation von Holzbauer, Peichl und Uhl genannt. Im Rahmen seiner Arbeit „Städte- und Siedlungsbau in Wien 1945 – 1958“ (Wien: Springer, 1999) gelang dem Autor allerdings der Nachweis, dass die Architektur und vor allem der Städtebau in Wien auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit in hohem Maße internationale Strömungen folgte.

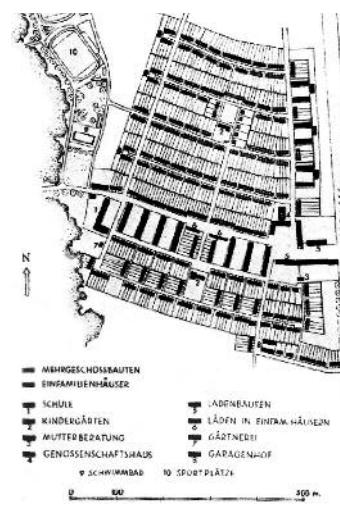
Internationale urbanistische Leitbilder und deren Umsetzung in Wien

Der europäische Städtebau wurde ab den dreißiger Jahren vor allem durch die Planungen für Amsterdam, Rotterdam und London wesentlich neu geprägt. Der Bau der Städte wurde nicht mehr wie in der Gründerzeit als vorrangig technisches Problem und auch nicht mehr wie bei Camillo Sitte als vorwiegend künstlerische Aufgabe aufgefasst. Er wurde als ein Prozess gesehen, der durch eine große Zahl an involvierten Personen und Interessen sowie die beschränkten Möglichkeiten geprägt war, zu Beginn der Planungen den Endzustand festzuschreiben.

Noch während des Zweiten Weltkrieges setzten – eigentlich parallel – vor allem in England, Deutschland und der UdSSR Bemühungen ein, die Kriegszerstörungen als eine Chance für die Restrukturierung der Städte zu nutzen. Ein führender Theoretiker in Nazi-Deutschland war damals der junge Roland Rainer. Der zwischen 1941 und 1944 entwickelte „Greater London Plan“ prägte die internationale Entwicklung der folgenden eineinhalb Jahrzehnte in mehrerer Hinsicht. Es wurde damit glaubhaft veranschaulicht, dass die Millionenstädte der Gegenwart in ihrer gesamten Komplexität handhabbar und planbar sind. Es wurde die Zuversicht begründet, dass ein weitgehender Umbau der Städte organisatorisch und finanziell bewältigbar ist. Vor allem aber wurde mit dem Konzept der „Nachbarschaft“ und den vorgeschlagenen Satellitenstädten ein neues Ordnungsschema für den Stadtorganismus vorgestellt, das in der nach Orientierung ringenden Nachkriegszeit begierig aufgenommen wurde. Die Ähnlichkeit der praktisch gleichzeitig in ideologisch

derart entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen entstandenen Konzepte mag nach dem Krieg zur raschen und gründlichen Verbreitung der neuen urbanistischen Leitbilder, über weltanschauliche Grenzen hinweg, beigetragen haben. Die Leitbilder der „Nachbarschaft“, der Satellitenstadt und der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ galten bis Mitte der fünfziger Jahre praktisch unbestritten als Ordnungsschema für die zukünftige Entwicklung der Städte.

Diese Leitbilder wurden auch in Wien intensiv rezipiert. Unmittelbar nach Kriegsende wurde ein groß angelegtes Planungsverfahren für den Donaukanal-Bereich durchgeführt, bei dem die damals europaweit verfolgten Prinzipien zeitgemäßen Städtebaus beispielhaft vorgeführt wurden. Nachdem es allerdings nicht gelang, größere Bereiche der Stadt einer einheitlichen Planung zu unterwerfen, fehlt es heute in Wien an exemplarischen Beispielen für diese Leitbilder. Es kommt aus heutiger Sicht der Stadt durchaus zugute, dass eine durchgreifende Neuordnung des Straßennetzes oder Satellitenstädte nicht zustande kamen – wenngleich fertige Planungen dafür vorlagen. Einige Aspekte einer Satellitenstadt wurden in der Per Albin Hansson-Siedlung West verwirklicht, die Ende der vierziger Jahre nach Plänen aus der Kriegszeit fertiggestellt wurde.



Per Albin Hansson-Siedlung West, Lageplan, Wien X, 1947 – 1955



Neue Leitbilder ab Mitte der fünfziger Jahre

Nachdem der Wiederaufbau der Städte weitgehend abgeschlossen war, kam es europaweit zu einer Abkehr von den bis dahin geltenden Zielvorstellungen. Die Städte „funktionierten“ wieder. Die technische Infrastruktur war wieder hergestellt. Die Metropolen stellten ihr (ökonomisches) Potential zur Selbstorganisation unter Beweis. Die Leitbilder der unmittelbaren Nachkriegszeit, die den konkreten Anspruch erhoben hatten, die Stadt in ihrer Gesamtheit zu erfassen, wichen dem sehr viel diffusen Leitbild der „Urbanität durch Dichte“. Dahinter stand nicht zuletzt das erstarkte private Kapital, das auf entsprechende Entfaltungsmöglichkeiten in den Städten drängte. Auch im Wohnbau setzte ein grundlegender Wandel ein. Neue Technologien, Vorfertigung und Montagebau, führten zu einer sprunghaften Produktivitätssteigerung in der Bauindustrie. Die Rationalisierungspotentiale konnten allerdings nur bei entsprechend großen Volumina ausgeschöpft werden. Das Schwergewicht im sozialen Wohnbau verlagerte sich aufgrund dessen von kleineren, im Stadtgefüge integrierten Projekten zu Großwohnanlagen am Stadtrand.

Nicht nur die geänderten volkswirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen trugen ab Mitte der fünfziger Jahre zu einer Neuorientierung bei. Mittlerweile lagen auch in ausreichender Zahl hervorragende Beispiele des „Neuen Bauens“ vor. Die national differenzierte Weiterentwicklung des „Internationalen Stils“ führte weltweit zu einer ausgeprägten stilistischen Identität, die jeweils regionale wie auch internationale Stilelemente in sich vereinigte. Auch in dieser Hinsicht prägte das aufkommende private Kapital die Entwick-

lung. Die Projekte, die die Grundzüge des neuen Stils am markantesten zum Ausdruck brachten, waren überwiegend Bürogebäude der tonangebenden Konzerne. Die Architekturnsprache wurde für Zwecke der Selbstdarstellung der Unternehmen vereinnahmt. Das verstärkte die vorhandene Konzentration der Gestaltungsabsichten auf Einzelgebäude – im Gegensatz zum urbanistischen Schwerpunkt im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Die Entwicklung ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre kann so zusammengefasst werden, dass einerseits die zuvor prägenden urbanistischen Leitbilder an Kontur verloren, während auf der anderen Seite die auf das Einzelgebäude bezogene Architektur in den Mittelpunkt des Interesses trat.

Was blieb von den fünfziger Jahren?

Das heutige Wien würde anders aussehen ohne die städtebaulichen Leistungen der Wiederaufbauzeit! Die realisierten und gescheiterten Infrastrukturvorhaben des ersten Nachkriegsjahrzehnts waren prägend für die gegenwärtige Stadtstruktur. Die fehlende Radikalität in der Bodenpolitik hatte zur Folge, dass das alte Straßennetz weitgehend unverändert instandgesetzt wurde. Wien blieben aufgrund dessen einschneidende Anpassungen an die Bedürfnisse des Autoverkehrs zumindest im engeren Stadtgebiet erspart. Das Bekenntnis zu den Kulturbauten des Historismus, ihr Wiederaufbau gemäß dem früheren äußeren Erscheinungsbild wurde nach 1945 vorrangig in Angriff genommen. Es ist bis heute eine wesentliche Konstante der kulturellen Identität der Stadt.

Die in den fünfziger Jahren getroffene Standortwahl für Großeinrichtungen der sozialen (Allgemeines

Krankenhaus) und kulturellen Infrastruktur (Stadthalle) hatte nachhaltigen Einfluss auf Schwerpunktbildungen innerhalb der Stadt. Ende der fünfziger Jahre war bereits jede zehn-

der konnten damals zwar kaum je explizit verwirklicht werden. Für die Stadtgestalt prägend wurden sie allerdings dadurch, dass sie als Grundhaltung der Planung Eingang fanden

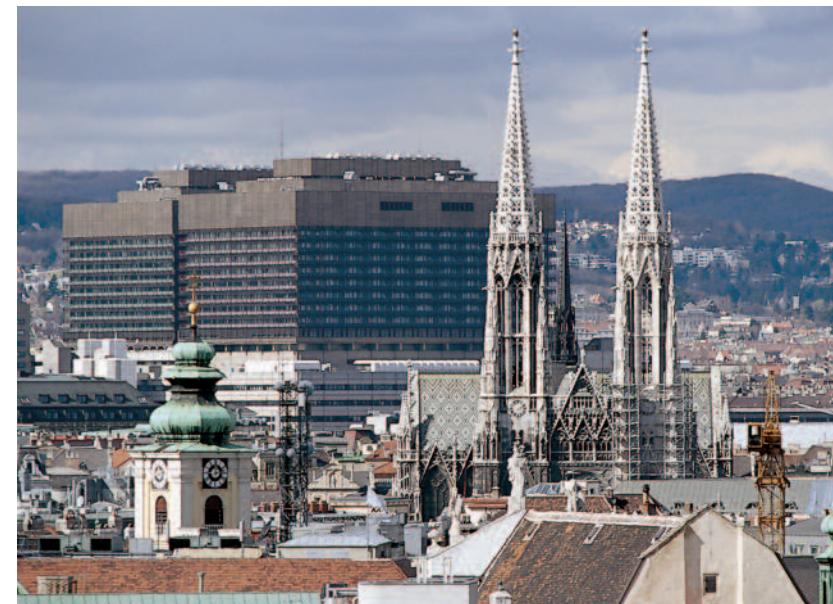
und damit zu teilweise sinnwidrigen Ausprägungen führten. Die wenig urbane Gestaltung des Schwedenplatzes und des Karlsplatzes sind ebenso Ausdruck dafür wie die allerorts beobachtbare Auflösung der geschlossenen Straßenfluchten. Die Spuren, die die fünfziger Jahre im Stadtkörper hinterlassen haben, können zusammenfassend als eine „Perforation (Durchlöcherung)

des öffentlichen Raums“ beschrieben werden.

Schlaglichter zur Entwicklung von den sechziger Jahren bis zur Gegenwart

Der vorliegende Beitrag geht etwas ausführlicher auf die ersten 15 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Gleichzeitig aber soll der Bogen bis in die Gegenwart und Zukunft gespannt werden. Deshalb ist es notwendig, die Entwicklungen zwischen den sechziger und den neunziger Jahren im „fast forward“-Modus Revue passieren zu lassen. Im ganz schnellen Überblick lassen sich folgende Stationen festmachen (natürlich ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit):

- Der kommunale Wohnbau wagte sich an immer größere Projekte. Vorhaben wie der Rennbahnweg oder das Schöpfwerk verbanden zwar alles in sich, was damals an städtebaulichem, soziologischem und planerischem Wissen zur Verfügung stand. Die



Das Allgemeine Krankenhaus bildete einen Planungsschwerpunkt in der Nachkriegszeit

te Wohnung in Wien ein Neubau aus der Zeit nach dem Krieg! Schon in quantitativer Hinsicht – es wurde in den eineinhalb Jahrzehnten nach dem Krieg annähernd die Wohnbauleistung des „Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit erreicht – wirkt sich der damalige Wohnbau prägend auf die heutige Stadtgestalt aus. Neue Büro- und Wohnhäuser ersetzen in steigender Zahl Kriegsruinen in exponentiell innerstädtischen Lagen.

Noch folgenreicher sind allerdings die in den vierziger und fünfziger Jahren gefassten, internationalen Entwicklungen folgenden, Leitbilder zur Strukturierung der Stadt und zur Gestaltung des öffentlichen Raumes. Die „Gliederung und Auflockerung“ der Städte sollte zu einem lebenswerteren Umfeld mit ausgedehnten, durchgrünten Freiräumen führen. Selbst die Versöhnung zwischen Stadt und Landschaft schien nicht zu hoch gegriffen, fokussiert im Begriff „Townscape“ oder in deutscher Übertragung „Stadtlandschaft“. Die neuen Leitbil-



Grenze von sozial noch funktionsfähigen Systemen wurde mit diesen Großsiedlungen allerdings überschritten.

- Große Erfolge erzielte vor allem in den siebziger Jahren das „Vollwertwohnen“, eine Weiterentwicklung des kommunalen Wohnbaus in den Händen gemeindenaher gemeinnütziger Bauvereinigungen, die teilweise auch heute noch eine vielfach beneidete



Der Wohnpark Alt Erlaa feierte beuer sein 25-jähriges Bestehen

Mieterzufriedenheit und Ertragskraft aufweisen. Herausragendes Projekt dieser mit dem Architekten Harry Glück assoziierten Bewegung ist der Wohnpark Alt Erlaa.

- In den sechziger und siebziger Jahre zollte die Stadt dem Verkehr jenen Tribut, der zuvor aufgrund unzureichender Prosperität ausgeblieben war. Ausgedehnte Stadtautobahnen – damals noch staufrei befahrbar – folgten dem internationalen Trend, durch megalomane Verkehrsbaute die

wachsenden Städte zu strukturieren. Es wurden Autobahnknoten im Stadtgebiet realisiert, deren Größe – manche beanspruchen die Fläche einer Kleinstadt – keineswegs mit den Bedürfnissen auch noch so raschen Verkehrs gerechtfertigt werden können.

- In den späten sechziger Jahren gelang es Republik und Stadt, die Vereinten Nationen zur Niederlassung in Wien zu bewegen. Der Bau der UNO-City auf einem vormaligen Ödland war der Startschuss für die Neuinterpretation des Donauraums und ein Brückenkopf für die Aufwertung „Transdanubiens“.

• Um den Donauraum dauerhaft vor Hochwasser zu schützen, musste die Donauregulierung neu geregelt werden. Es ist ein Glücksfall für die strukturelle Entwicklung der Stadt, dass es gelang, den ursprünglich rein technischen Bau eines Entlastungsgerinnes zur Realisierung eines europaweit einzigartigen Erholungsgebietes von hohem ökologischem Wert mitten in der Stadt zu nutzen, der Donauinsel.

- Ende der sechziger Jahre rang sich die Stadtregierung zur Realisierung eines U-Bahnnetzes durch. Die erste U-Bahnlinie U 1 wurde Mitte



Die UNO-City, der Startschuss zur Belebung des transdanubischen Bereiches



Der Wienerberg-Tower, das erste Hochhaus der Wienerberg-City spiegelt sich in dem in Bau befindlichen Twin-Tower

der siebziger Jahre in Angriff genommen und Anfang der achtziger Jahre dem Verkehr übergeben.

• Die siebziger und achtziger Jahre brachten die sanfte Stadterneuerung mit ihren enormen Erfolgen bei der Verbesserung des Wohnungsbestands in Wien. Das Instrument der mieterseitigen Sanierung brachte Substandard in Wien innerhalb von kaum zwanzig Jahren fast zum Verschwinden.

• Im Wohnbau begann sich ab den achtziger Jahren eine neue Generation von Architekten durchzusetzen. Häufig in Kooperation mit gemeinnützigen Bauvereinigungen wurden in größerer Zahl partizipative und ökologische Bauvorhaben umgesetzt. Darüber hinaus waren die achtziger Jahre von der Aussicht auf sinkende Bevölkerungszahlen und entsprechend zurückhaltenden Wohnbauaktivitäten geprägt.

• Es schien, als ob Wien sein Dasein dauerhaft am äußersten Rand der westlichen Welt fristen müsste. Dementsprechend zurückhaltend war die Entwicklungsdynamik. Es gab kaum größere private Bauvorhaben. Nach den wenigen Wohn- und Bürohochhäusern der fünfziger Jahre wurde kaum mehr die Traufenhöhe von 26 Meter überschritten.

• Es änderte sich alles, als Ende der achtziger Jahre der Zusammenbruch des Ostblocks absehbar wurde. Wien und Budapest planten gemeinsam eine Weltausstellung unter dem Motto

„Brücken in die Zukunft“. Mit enormem Aufwand wurde die ehemalige Mülldeponie im Vorfeld der UNO-City für die Expo baureif gemacht. Die Spekulation mit Wohnhäusern feierte fröhliche Urständ.

• Innerhalb kürzester Zeit stieg die Einwohnerzahl Wiens um rund 80.000, vor allem durch Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien. Wohnungen wurden knapp und teuer. Der Unmut der Bevölkerung stieg, und manch politischer Vorteil wurde daraus gezogen. Die Jahrhundertchance der Weltausstellung wurde allerdings – von der Bevölkerung per Volksbefragung abgelehnt – ausgelassen.

• Ebenso deutlich fiel die Zustimmung zum Donaukraftwerk Freudenberg aus. Dieses Großbauwerk hat beträchtlichen Einfluss auf die städtebauliche Gestalt Wiens im Donauraum. Das Aufstauen um drei bis fünf Meter und die starke Verlangsamung der Fließgeschwindigkeit bringen die Bauten am Strom erst so richtig zur Geltung.

• Der Immobilienmarkt erlebte in den neunziger Jahren eine Liberalisierung. Das Mietrecht wurde dahingehend adaptiert, dass marktnahe Preise erzielbar wurden. Gewerbliche Bauträger wurden zunehmend auch in den geförderten Wohnbau einbezogen. Mitte der neunziger Jahre wurden die Bauträgerwettbewerbe und der Grundstücksbeirat eingeführt, wesentliche Instrumente zur Qualitätssicherung und Kostendämpfung im Wohnbau.



• Private Investoren begannen sich zu regen. Ein erstes privates Großprojekt war die Wienerberg-City. Die vormalige Ablehnung von Hochhäusern schwand innerhalb kurzer Zeit. Auf einem gewidmeten Grundstück, das für ein OMV-Hochhaus gedacht war, realisierte der junge Georg Stumpf das zweithöchste Bürogebäude Europas, den Millennium-Tower.

• Anfang der neunziger Jahre setzte reger Aktionismus seitens der Stadtverwaltung zur Ankurbelung des Wohnbaus ein. Die Neubauzahlen wurden erst auf 6.000, dann auf 8.000, dann auf über 10.000 hochliziziert. Alle Entwicklungsüberlegungen richteten sich zum Stadtrand. Selbst so abgelegene Gebiete wie Süßenbrunn sollten mit städtischer Wohnbebauung beglückt werden. Die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten. Zu einem Zeitpunkt, als der Höhepunkt des Neubaubooms noch nicht einmal erreicht war, wurde eine deutliche Abschwächung der Nachfrage erkennbar. Immer deutlicher traten auch die Nachteile der Siedlungsentwicklung am Stadtrand zu Tage. Die damals eingesetzte „Infrastrukturkommission“ begann, die Siedlungsprojekte nach Infrastrukturaufwand zu gewichten und kam zu dem vernichtenden Schluss, dass die Siedlungen am Stadtrand unverhältnismäßig hohe Infrastrukturaufwendungen der öffentlichen Hand notwendig machen, die bei einem Vielfachen von innerstädtischen Projekten liegen. Es erfolgte stehenden Fußes die Absage der Stadterweiterung. Das neue Schlagwort lautete „Innere Stadterweiterung“.

• Mittels der Bauträgerwettbewerbe gelingt es seither, Wohnbau in ausreichendem Maß ohne Aufschließung großer neuer Entwicklungsgebiete am Stadtrand sicherzustellen. Wohnbau findet heute weniger spektakulär statt als noch Anfang der neunziger Jahre.



• Der Wohnungsmarkt beruhigte sich ab 1992 wesentlich. Die vormalige galopierende Preisentwicklung wich einer Stagnation. Das führte zu einer Abkehr der Goldgräberstimmung aus Expo-Tagen und zu einer ruhigen Entwicklung der Immobilienbranche als wesentlichem Partner der Wohnungspolitik. Wien kann heute in Quantität und Qualität auf eine Wohnversorgung der Bevölkerung verweisen, die international ihresgleichen sucht.

Was bringt die Zukunft?

Auch im heutigen Städtebau geht es darum, diese überaus große „Organisationseinheit Stadt“, diesen sozialen Festkörper in ausufernder Größe, für den Einzelnen fassbar zu machen. Im 19. Jahrhundert wurde versucht, die Stadt über plansymmetrische Ordnungssysteme begreifbar zu gestalten. Die Ordnungskraft urbanistischer Konzepte wurde damals überwiegend über die Grundrissdarstellung vermittelt: Man denke etwa an den symmetrischen Aufbau der Ringstraße mit dem Kaiserforum im Zentrum.

In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde versucht, – durch Differenzierung der Funktionen und Konzentration auf „Nachbarschaften“ – den auf kleine soziale Einheiten trainierten Menschen mit dem Wirtschaftskörper Großstadt in Übereinstimmung zu bringen.

Die Frage der Vermittelbarkeit von zwangsläufig großstädtischen Stadtstrukturen ist bis heute eine der Triebkräfte künstlerisch-urbanistischer Entwicklungen. Im 20. Jahrhundert wurden die Straße und das Hochhaus zum bevorzugten Gestaltungselement zur Vermittlung der Maßstäblichkeit einer Stadt. Ab den fünfziger Jahren wurde dem Verkehr die alles vermittelnde Rolle zugesprochen. Der Verkehr sollte den Stadtkörper ordnen, die (damals noch) rasche Erreichbarkeit jedes Punktes der Stadt schien den Widerspruch von sozial begreiflichem Umfeld und tatsächlicher Ausdehnung zu überwinden.

Und wie wird die Maßstäblichkeit der Stadt heute vermittelt? Die gegenwärtige Medienkultur ist bei weitem weniger an den Ort gebunden als frühere Stadtkulturen. Man wechselt den physischen Ort heute so leicht

wie das Outfit. Und noch viel leichter wechselt man seinen mentalen Ort, indem man – jederzeit und überall erreichbar – drahtlos mit seinen Freunden kommuniziert. Zentrales Ordnungsprinzip für die Stadt wird damit die Erreichbarkeit. Die Qualität eines Ortes ist im heutigen Stadtorganismus vor allem dadurch bestimmt, wie nahe man dem Vorzug des möglichst-überall-gleichzeitig-sein-Könnens kommt. Channel-hopping, übersetzt ins reale Leben, flankiert von der Eigidynamik einer weltumspannenden Ökonomie, wird zum Imperativ des Städtebaus im 21. Jahrhundert.

Die Städte – und so auch Wien – werden in den nächsten Jahren ihr Gesicht zumindest ebenso stark ändern wie in den Jahrzehnten zuvor. Städte waren immer präziser Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung. Bei aller Unsicherheit von Aussagen zur zukünftigen Entwicklung kann festgehalten werden, dass die Bindung an den Ort weiter abnehmen wird. Dass die Menschen – vor allem natürlich die familiär wenig gebundenen – häufiger ihren Wohnort wechseln werden, dass es darüber hinaus zu einem im städtebaulichen Maßstab sehr wichtigen Verdrängungsprozess der guten durch die besseren Projekte kommen wird. Projektentwickler bemühen sich schon heute mit allen Mitteln der (Marketing-)Kunst, aus „G'stett'n“ Orte mit Genius Loci zu kreieren. Die österreichischen Projektentwickler haben längst zu internationalen Standards aufgeschlossen, wenn es darum geht, einen neuen Ort „zu entwickeln“. Die Donau-City und die Gasometer-City veranschaulichen dies. Es mag abgewartet werden, wie sich diese Orte als Orte der Identifikation weiterentwickeln, sobald die Marketing-Budgets der Besiedlungsphase ausgeschöpft sind. Neue Projekte werden jedenfalls nachfolgen.



Die Wiener Landesinnung Bau nach 1945

Die Geschichte der Landesinnung als Spiegelbild politischer, gesetzlicher und ökonomischer Einflüsse auf das Wiener Baugewerbe im Lauf von mehr als fünf Jahrzehnten.

Dr. Manfred Schreiber
ist Geschäftsführer
der Landesinnung Bau Wien.

Seit 1945 hat sich in der Wiener Bauwirtschaft viel geändert, dementsprechend auch in der Landesinnung Bau Wien. Eine vollständige Aufzählung aller Aktivitäten, Entwicklungen, Leistungen usw. anzuführen, würde den Rahmen dieses Beitrags bei weitem sprengen. So möchte ich nur einen kurzen Überblick über diesen Zeitraum geben.

nung hat diese Entwicklungen miterlebt und zum Teil mitgestaltet. Die Innung, die zwar ein eigenes Innungshaus in der Wolfengasse 4 besitzt, musste ihre dortigen Räumlichkeiten 1938 verlassen und zusammen mit anderen Bauhandwerken in die Rathausstraße 21 übersiedeln. Eine Rückkehr nach 1945 war aber nicht möglich, da die Büroräume, die sich

Grünflächenbauer sowie die Bauindustrie. Die Weiterführung der Bauinnung nach den Kriegswirren war allerdings nicht so einfach. Es wurde als Provisorium ein Innungsbeirat eingesetzt, der mit den österreichischen und mit den Besatzungsbehörden verhandelte. Leiter war bis zur ersten Handelskammerwahl im Jahr 1950 Techn. Rat Rudolf Hartl.

Die Jahre nach 1945 waren gekennzeichnet von der Beschaffung von Baumaterialien, geschulten Fachkräften und der Zuteilung der Materialkontingente an die Mitgliedsfirmen der Bauinnung, aber auch von Lohn- und Preisproblemen. Ein ständiges Problem bei den Sitzungen in der Innung war auch die Pfuscherbekämpfung. Themen, die teilweise



Die 25. Lehrlings-Freisprechfeier der Landesinnung Wien der Baugewerbe am 14. 2. 1959

1949 hatte die Wiener Bauinnung noch 1.522 Mitglieder. Dieser Stand nahm dann die nächsten Jahrzehnte sukzessive ab: 1950 waren es nur mehr 1.454, und 1960 wurde der Tiefstand mit 1.154 Mitgliedern erreicht. 1970 gab es schon 1.211, 1980 1.312, 1990 1.388 Mitglieder, um sich in den letzten zehn Jahren explosionsartig zu steigern: 1995 auf 1.706 und 2000 auf 1.842 Mitglieder. Parallel dazu gab es in den letzten Jahrzehnten eine enorme Vermehrung des Gebäudebestandes in Wien, die von den Mitgliedsbetrieben bewerkstelligt wurde. 1951 hatte Wien 67.292 Gebäude und 1991 schon mehr als doppelt so viele, nämlich 153.693. Auch die Wiener Bauin-

auch im Haus Wolfengasse 3 (heute: Hotel Austria) befanden, durch die Explosion einer 1.000 kg-Fliegerbombe 1944 zerstört waren.

Im Jahr 1945 wurde der Betrieb der Innung aufgrund des Handelskammerüberleitungsgesetzes vom 25. Mai 1945 weitergeführt. Im Jahr darauf kam ein neues Handelskammergesetz und 1947 die Fachgruppenordnung, die bis heute mehrere Änderungen erfahren hat. Die danach eingerichtete „Landesinnung Wien der Baugewerbe“ umfasste alle in Wien ansässigen Baumeister, Maurermeister, Bauunternehmer, Straßenbauer, Deichgräber, Demolierungsunternehmer, aber auch die Garten- und



Zu dieser Zeit wurde auch das „Bauhandwerk“ mit der „Wirtschaftsgruppe Bauindustrie“ zusammengelagert, und es gab für beide Bereiche nur mehr die Landesinnung Wien der Baugewerbe. Es war dann Tradition, dass einer der beiden Stellvertreter des Innungsmeisters ein Vertreter der Bauindustrie war. Der erste war Dr. Ing. Rudolf Maculan. Wien war damals allerdings durch die Demarkationsgrenzen von den übrigen Bundesländern abgeschlossen. Aber der Wiener Bauinnung gelang es bereits Anfang Dezember 1945, eine erste Ländertagung der Bauwirtschaftsorganisationen in Wien abzuhalten. Dabei wurde übrigens die Gründung der Bundesinnung beschlossen.

bis heute ihre Aktualität nicht verloren haben. Es dauerte vier Jahre, bis die Adaptierungsarbeiten am Innungshaus in der Wolfengasse zur Beseitigung der Kriegsschäden beendet waren. Durch die Bombenexplosion im benachbarten Hotel wurden der historische Sitzungssaal und die kunstvollen Steinmetzarbeiten an der Fassade zum Großteil zerstört. Im gleichen Jahr (1949) wurde der Beschluss gefasst, die Unternehmungen für Garten- und Grünflächenbau, die eine eigene Berufsgruppe der Bauinnung bildeten, der Gärtnerinnung zu unterstellen.

Im Mai 1950 fanden in der Innung die ersten Wahlen nach dem 2.

Freisprechung der Gesellen





Die Musikkapelle des Jungarbeiterinternates

Weltkrieg statt, wobei die Mitglieder im Sitzungssaal des Innungshauses ihre Stimme abgaben. Neuer Innungsmeister wurde Kammerrat Ing. Franz J. Wöber. Im gleichen Jahr wurde der Beschluss gefasst, das Haus Wolfengasse 3 (Hotel) wieder aufzubauen, auch um die Enteignung eines kriegszerstörten, aber noch nicht aufgebauten Objektes zu verhindern. Allerdings hatte die Innung nicht genügend Geld, so dass die Aufnahme eines Kredites notwendig wurde. Wie man erzählte, trat die Innung an die Handelskammer mit dem Ersuchen um einen Kredit heran, doch dies wurde angeblich mit dem Hinweis abgelehnt, dass es nicht Aufgabe einer Bauinnung sein könne, ein Hotel zu besitzen. Um aber der im Grundbuch eingetragenen „Einkehr- und Wirtschaftsgerechtigkeit“ nicht verlustig zu gehen, wurde ein anderer Kreditgeber gesucht. Gefunden wurde er in der „Bauarbeiter-Urlaubskasse“, und über die nächsten Jahre zahlte die Innung den Betrag pünktlich in Raten zurück.

Immer wieder gab es machtvolle Aufmärsche und Streiks der Bauarbeiter, die auf eine Lohnerhöhung im Kollektivvertrag pochten. So gab es 1951 Streiks der Wiener Gipser und Fassader mit Demonstrationen, Beschmierungen der Stiegenhäuser der Bauinnung, Beschädigungen von Baustellen usw. Sie wollten einen

Leistungsvertrag erzwingen, den sie schließlich auch erhielten – und den es bis heute gibt. In den letzten Jahren gab es nur mehr wenige dieser Machtdemonstrationen. Doch ich kann mich noch erinnern, dass Betriebsräte Ende der siebziger Jahre busweise zur Innung gebracht wurden und im Stiegenhaus der Rathausstraße 21 standen, dicht gedrängt bis in den 2. Stock. Eine Abordnung – übrigens nicht vom Baugewerbe, sondern von der damals schon eigenständigen Bauindustrie, – legte mir ihre Forderungen vor. Danach zogen sie wieder ab. Dagegen war es in den fünfziger Jahren wesentlich stürmischer zugegangen: Tausende aufgebrachte Arbeiter hatten gedroht, die Innung zu stürmen und keinen Zweifel daran gelassen, was sie mit den Vertretern der Arbeitgeberseite vorhatten. Doch besonnenen Funktionären auf beiden Seiten war es gelungen, die Situation zu beruhigen. 1951 zeigte sich auch die geballte Macht der Baugewerbetreibenden anlässlich einer Großkundgebung im Parkkino Hietzing, die am Christi Himmelfahrtstag stattfand. Als Redner wurden neben Bundesinnungsmeister-Stellvertreter Dr. Maculan auch Bundeskanzler Figl und Minister a. D. Raab aufgeboten. Im Juni 1952 gab es erneut eine Großkundgebung, wieder mit Bundeskanzler Dr. Figl sowie Finanzminister Dr. Kamitz, bei der die Anliegen der Baumeister vorgebracht wurden.

1955 war das innungseigene Hotel „Austria“ endlich fertig und wurde feierlich eröffnet. Bei den Kammerwahlen im gleichen Jahr wurde Dipl. Ing. Leo Gruber zum neuen Landesinnungsmeister gewählt. Auch 1960 wurde er vom Innungsausschuss wieder für fünf Jahre zum Innungsmeister bestellt. Ihm folgte 1965 Kommerzialrat Ing. Franz Hauschka nach. In diesen Jahren war das Hauptproblem, Arbeitskräfte zu bekommen. Das Bauvolumen explodierte von 1950 bis 1964 nominell um 530 Prozent, real um 116,7 Prozent, während aber die Zahl der Bauarbeiter mit rund 200.000 fast gleich geblieben war. Überdies wurde in diesem Zeitraum die Arbeitszeit von 48 auf 45 Wochenstunden verkürzt. Gastarbeiter aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei wurden deshalb vermehrt ausmaß nach Österreich geholt. Die Zahl der Maurerlehrlinge und damit der zukünftigen Facharbeiter nahm trotz gezielter Werbeaktionen (Plakate, Schnupperfahrten usw.) weiter dramatisch ab. Von ursprünglich über 1.000

Lehrlingen in Wien sank die Zahl bis 1960 auf 765, um bis 2000 auf 190 abzustürzen. Man kann sich leicht vorstellen, was es für die Zukunft der Bauwirtschaft bedeutet, wenn es immer weniger Facharbeiter gibt. Aus diesem Grund wurde der Wunsch laut, für Aus- und Weiterbildung der Jugend, aber ganz besonders auch der Erwachsenen, einen so genannten „Lehrbauhof“ zu errichten.

Eine Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes in den siebziger

Jahren beschleunigte dann diesen Prozess. Ich kann mich noch erinnern, wie der Wiener Kammerdirektor DDr. Kehrer die Innungsgeschäftsführer (damals noch Innungssekretäre) zusammenrief und mitteilte, dass



Maurer in alter Tracht vor der historischen Standarte mit dem Bundesriegel

Betriebe, welche Lehrlinge ausbildeten, das gesamte Berufsbild vermitteln müssten. Sollte dies nicht gelingen, so müsste – gemäß einer Forderung der Gewerkschaft – dann eben der Staat dafür sorgen. Zu diesem Zweck müsste eine eigene Abgabe – schätzungsweise in der Höhe von zwei Prozent der Lohnsumme – abgeführt werden. Innungsmeister war seit 1971 Komm. Rat Ing. Leopold Hofstädter, der die Errichtung eines Lehrbauhofes im Raum Wien vorantrieb. Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft zwischen



der Landesinnung Wien der Bau- gewerbe, der Wirtschaftskammer Wien und dem Fachverband der Bauindustrie gegründet. Nach länge- ren Vorarbeiten konnte dann Komm. Rat Baurat h.c. Dipl. Ing. Werner Hutschinski (Innungsmeister seit 1978) im Jahr 1981 den Lehrbauhof eröffnen. Grundlegende Änderungen für die Baugewerbetreibenden brachte die Gewerbeordnung 1973, die am

1976 beteiligte sich die Bauin- nung mit einem großen Stand an der Gewerbeschau auf der Wiener Herbstmesse. (Die Innung war auch in den nächsten Jahren auf zahl- reichen weiteren Ausstellungen der Sektion Gewerbe vertreten). Bei dieser Leistungsschau wurde das Bau- meister-Zeichen präsentiert, das vom „Arbeitskreis für Öffentlichkeits- arbeit“ der Wiener Innung unter der



Der Innungs- meister, flankiert von den Maurern in alter Tracht und den Jung- arbeitern

1. August 1974 in Kraft trat. Das Baugewerbegegesetz aus 1893 wurde dadurch abgelöst. Bedeutsam für die Innung war unter anderem, dass sich damit die Bauindustrie vom Baugewerbe trennte und es keine neuen Maurermeister mehr gab. Drei Jahre später verlor die Innung ihre Funktion als Lehrlingsstelle. Als Lehrlingsstelle war die Innung Behörde und führte die Protokollierung der Lehrverträge durch. Wurde der Lehrvertrag zu spät eingereicht, so war die Innung verpflichtet, Anzeige zu erstatten. Keine angenehme Aufgabe, ein Mitglied, dessen Interessen man vertritt, einem Strafverfahren auszusetzen. Ich weiß noch, dass uns ein angezeigter Baumeister erbost schrieb: „Sie haben mich vernadert...“

Leitung von Techn. Rat Ing. Helmut Kern entwickelt und als Verbands- marke registriert worden war. Mittlerweile wurden die Rechte an die Bundesinnung der Baugewerbe über- tragen, und das geschützte Bau- meister-Zeichen hat sich in ganz Österreich durchgesetzt.

1977 wollte die Innung aus der Rathausstraße 21 in das Gewerbehaus am Sallingerplatz (damals Salesianer- gasse 1) übersiedeln. Die Räumlich- keiten in der Wolfengasse wurden gerade restauriert und sollten in der Folge weiterhin nur als repräsentativer Ort für Innungsausschussitzun- gen, Pressekonferenzen und für die Ehrung langjähriger Mitglieder dienen. Ein Jahr später hatte sich die

Situation allerdings geändert. Im Innungshaus in der Wolfengasse wur- den Wohnungen frei, und es gelang, diese in Büros umzuwidmen. Ein- stimmig wurde beschlossen, nicht mehr in das Gewerbehaus, sondern in das eigene Haus mit dem Innungs- büro zu übersiedeln. 1981 bezog das Büro der Landesinnung das eigene Haus in der Wolfengasse. Baumeister Techn. Rat Ing. Herbert Holzhacker hatte die Bauleitung über und berich- tete bei der Fachgruppentagung, dass die präliminierten Kosten von drei Millionen Schilling um zehn Prozent unterschritten werden konnten.

In den achtziger Jahren fanden Symposien etwa über „Stadterneuerung – Pläne, Wünsche, Hoffnungen“ statt. Auch der Wiener Stadterneuerungspreis wurde ins Leben gerufen, der mittlerweile zum fixen Be- standteil des Wiener Bau- geschehens geworden ist. Es wurden Standesregeln geschaffen, denen sich Innungsmitglieder freiwillig unterwerfen können.

Gerade im Bereich der Pfuscherbekämpfung gab es zahlreiche Aktionen. So wurden eigene Pfuscher- Erhebungsorgane bestellt. In den neunziger Jahren wurden Detektive mit dieser Aufgabe betraut. Doch da sich die Wiener Polizei weigerte, auf Anzeige der Innung einzuschreiten, war die Effizienz sehr gering. Es wurde gleichfalls versucht, mit den Finanzbehörden gemeinsam vorzugehen, doch gab es kaum Erfolge.

Unter den wenigen historischen Stücken, welche die Bauinnung noch besitzt, befindet sich eine mehr als zweihundert Jahre alte Innungsfahne. Der Zahn der Zeit hat bereits so an

ihr genagt, dass sie nicht mehr ver- wendet werden kann. So wurde eine neue Fahne in Auftrag gegeben, und unter Baurat h.c. Dipl. Ing. Friedrich Pawlick (Innungsmeister ab 1987) fand 1991 die feierliche Weihe im Stephansdom durch Kardinal Groer statt.

Einem Ersuchen des Tiergartens Schönbrunn kam Komm. Rat Ing. Konrad Enzelberger (Innungsmeister seit 1995) nach, und die Innung spen- dete 1996 den Bau des Gebäudes der „Neptunkassa“. Dieser wurde im Zuge der Ausbildung von Lehrlingen des Ausbildungszentrums Lehrbauhof Ost ausgeführt. Es wurde auch ein Haus in der Liechtensteinstraße 57 ersteigert. Einerseits als Kapitalan- lage, andererseits sollte hier eine

Die Innungsmeister der Landesinnung Bau Wien seit 1945

1945 – 1950	RUDOLF HARTL
1950 – 1955	FRANZ JOSEF WÖBER
1955 – 1965	LEO GRUBER
1965 – 1971	FRANZ HAUSCHKA
1971 – 1978	LEOPOLD HOFSTÄDTER
1978 – 1987	WERNER HUTSCHINSKI
1987 – 1995	FRIEDRICH PAWICK
1995 – 1997	KONRAD ENZELBERGER
SEIT 1997	HANS-HERBERT GRÜNER

Mustersanierung durchgeführt werden. Unter Innungsmeister Techn. Rat Ing. Hans-Herbert Grüner (Innungs- meister seit 1997) wurde 2001 das Innungshaus Wolfengasse 4 durch- greifend saniert. Es wurde dabei das Dachgeschoss ausgebaut, in dem sich nun das Innungsbüro befindet. Im gleichen Jahr wurde mit den Um- bauarbeiten in der Liechtenstein- straße 57 begonnen.



Die Landesinnung Bau Wien heute

Leistungen und Aktivitäten einer modernen, auf Dienstleistung konzentrierten Standesvertretung.

Dr. Manfred Schreiber
ist Geschäftsführer
der Landesinnung Bau Wien.

Was ist eigentlich eine Innung? Wenn man im Lexikon nachsieht, so findet man: „Körperschaft öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft. Sie fördert die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder, die Berufsausbildung... und schließt Kollektivverträge ab.“ Mit diesem Wissen begab ich mich 1973 zu meinem Vorstellungsgespräch in die Landesinnung Wien der Baugewerbe in die Rathausstraße 21. Gleich beim Eingang, hinter einem vergitterten Fenster, saß ein grimmig ausschender älterer Mann (später erfuhr ich, es war der „Amtsgehilfe“), der mich nach meinem Begehr fragte. Dann ging es vorbei an einem Stehpult, einer Tafel mit „Amtsstunden von – bis“ und „Mittwoch kein Parteienverkehr“, durch einen verwickelten dunklen Gang in den ersten Raum, wo man vor einem hohen Pult demütig sein Anliegen vortrug.



Mein Vorgänger,

DDr. Josef Weigl, empfing mich in seinem hellgrauen Arbeitsmantel und zeigte mir die Räume der Innung mit großteils alten und schäbigen Möbeln. Wärme kam von Koksöfen, die jeden Tag neu eingehiezt werden mussten. Überall war Aschenstaub, und bei Niedrigdruckwetter saß man in verqualmten Räumen. Wie mir später von Vertretern der Bauindustrie erklärt wurde, waren diese nicht gerade repräsentativen Räumlichkeiten der Innung mit ein Grund, warum sich die Bauindustrie vom Baugewerbe getrennt hat. Ich jedenfalls erhielt in der Folge unter ande-

rem den Auftrag, eine mehr dienstleistungsorientierte, zeitgemäße und auch kapitalkräftigere Interessenvertretung der Baugewerbetreibenden zu organisieren.

Seither hat sich viel geändert. Die Innung hat neue, moderne Räumlichkeiten im Dachgeschoss des innungseigenen Hauses in der Wolfengasse 4. War bei meinem Eintritt ein Kopierer eine Sensation (mit lichtempfindlichem Papier), so gibt es heute Computer, Scanner und Internet. Damals hatte die Innung noch sieben Mitarbeiter, heute sind es trotz etwa einem Drittelpunkt mehr an Mitgliedern (Steigerung von 1.250 auf 1.842, Tendenz weiter steigend) und damit mehr Arbeit, nur noch viereinhalb.

Mit Auslagerungen und Einsparung an Tätigkeiten sowie einem gut ausgebildeten, erfahrenen und motivierten Team ist auch dieses Problem zu meistern. Von

den oben angeführten Betrieben haben aber nur 1.050 Mitarbeiter. Insgesamt sind 16.078 Menschen im Wiener Baugewerbe beschäftigt. So mit hat der durchschnittliche Baubetrieb in Wien rund 15 Mitarbeiter. Hauptsächlich arbeiten diese in Baumeisterbetrieben (86,96 %), der Rest teilt sich auf Deichgräber, Erdbauer und Patentausüber auf.

Von den 13.000 Bauansuchen im Jahr 2000 wurden rund zwei Drittel von Wiener Baumeistern durchgeführt. Leider oft zu nicht kosten-deckenden Preisen. Dies zeigt die

Insolvenzstatistik. Mit einem Anteil von 20 Prozent an den österreichischen Baufirmen weist Wien 43 Prozent der bundesweiten Insolvenzen auf. Wen wundert es da, dass die Wiener Baufirmen auch österreichweit mit 4,8 Prozent die geringste Eigenkapitalquote haben. Der Anteil der Passiva der Bauwirtschaft an den Außenständen der gesamten österreichischen Wirtschaft steigt ebenfalls weiter. Mit 443,3 Millionen liegt er bereits bei 26 Prozent.

Interessant ist es dabei, sich das Gründungsjahr der insolventen Unternehmen anzusehen. Zwei Drittel wurden nicht älter als zehn Jahre, doch der Großteil davon überlebte nur ein bis zwei Jahre. Die Gründe dafür sind neben dem Standortnachteil im teuren Wien auch der immer schärfer werdende Wettbewerb durch Firmen aus benachbarten Bundesländern. Leider gibt es auch diverse Firmen von ausländischen Gesellschaften mit teilweise kriminellen Machenschaften. Auch die Ausschreibungs- und Vergabapraxis der öffentlichen Hand und der Rückgang im Neubaubereich wirken sich negativ aus.

Statistisch gesehen haben die Wiener Baumeister ein Durchschnittsalter von 51,6 Jahren, wobei allerdings viele der „natürlichen Personen“ im Baugewerbe diesen Durchschnitt in Zukunft senken werden: An die 150 sind im Alter zwischen 36 und 45 Lebensjahren. Was die Lage beim Nachwuchs der Facharbeiter betrifft, so sieht sie keineswegs rosig aus. In Wien gibt es nur mehr rund 190 Lehrlinge im Baugewerbe, wobei es sich hier überwiegend um Maurer handelt. Schalungsbauer, Tiefbauer und Bautechnische Zeichner machen nur einen ganz geringen Teil aus. Zur Behandlung dieser und anderer Probleme wurden Arbeitskreise in der

Innung geschaffen, an denen jedes Innungsmitglied teilnehmen kann:

- Arbeitsrecht und Sozialpolitik
- Bau- und Betriebswirtschaft
- Berufsausbildung
- Der Baumeister als allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger
- Frau am Bau
- Junge Bauwirtschaft
- Planende Baumeister
- Stadterneuerungsfonds
- Vertragswesen und Normen
- Internet und neue Medien



Aufgaben der Landesinnung Bau Wien

Was macht die Innung für ihre Mitglieder? Die Aufgaben einer Innung (Fachgruppe) sind durch das Wirtschaftskammergesetz vorgegeben. Im § 43 des Wirtschaftskammergesetzes ist festgelegt: „Die Fachgruppen haben im eigenen Wirkungsbereich die fachlichen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.“ Was als „fachliche Angelegenheit“ einer Innung gilt, ist dann näher ausgeführt. Ich möchte nun versuchen anhand des Gesetzestextes einige der Aktivitäten der Innung vorzustellen:

Auf der Platte (Donaucity) entstand in den letzten Jahren ein neuer Stadtteil



Hochhäuser (wie
hier der Twin-Tower)
stellten für die
Wiener Baubetriebe
neue Heraus-
forderungen dar



1. Die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Angelegenheiten der Mitglieder, die Stärkung des Gemeinschaftsgeistes und das Ansehen in der Gesellschaft.

Darunter fallen die hauptsächlich ca. 1.500 telefonisch, aber ebenfalls schriftlich (auch per e-mail) erteilten Auskünfte. Seien es nun arbeits- oder gewerberechtliche Fragen, Nennung von Mitgliedsfirmen, Auskünfte über Gewerbeberechtigungen oder die Beratung bei Neugründung einer Firma. Allein im ersten Halbjahr 2001 wurden 2.543 Briefe verschickt.

Unter diesem Punkt ist ebenso die Unterstützung von Witwen und Waisen zu verstehen wie auch die Schaffung und Führung des Baumeisterzeichens, Berufs- und Firmenjubiläen, Mitgliederehrungen, die Standardsregeln, der Stadterneuerungspreis, die Mitarbeit bei der Novellierung der Bauordnung, die Mitarbeit in den verschiedensten Gremien, bei Fachprüfungen (Lehrabschluss- und Baumeisterprüfungen) und dergleichen mehr.

Der Stärkung des Gemeinschaftsgeistes dienen die regelmäßigen Studienreisen und Fächerkursionen der Innung. Dabei wird nicht nur Fachwissen vermittelt, sondern es wird auch die Kollegialität gefördert. Man ist ja schließlich nicht nur Konkurrent, sondern auch Kollege. Aus diesem besseren Kennenlernen ist schon so manche für jede Seite nutzbringende Arbeitsgemeinschaft entstanden.

2. Die Sicherung der Chancengleichheit der Mitglieder im Wettbewerb, insbesondere die Beseitigung oder Verhütung von Gewohnheiten, Gebräuchen und Neuerungen, welche dem lauteren und leistungsgerechten Wettbewerb unter den Mitgliedern im Wege stehen.

● Versand von Mitgliederlisten nach

Fachgebieten an Bauinteressierte

- Mitarbeit an der Leistungsbeschreibung Hochbau
- Förderung von Fachbetrieben, die sich einer Qualitätskontrolle unterwerfen
- Mitarbeit bei der Entstehung von Normen etc.

3. Die Förderung von Kooperationen und Gemeinschaftsaktivitäten, insbesondere der Errichtung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sowie die Entwicklung von markt- und zukunftsorientierten Branchenkonzepten.

- Förderung bei der Bildung von Arbeitsgemeinschaften
- Arbeitskreise (siehe oben)

4. Die Förderung des öffentlichen und privaten Unterrichtswesens im Interesse der Mitglieder, die Förderung der Aus- und Weiterbildung der Mitglieder und ihrer Mitarbeiter, die Förderung der Berufsausbildung, insbesondere des Lehrlingswesens, sowie die Unterstützung des einschlägigen Prüfungswesens und die Abhaltung von Befähigungsprüfungen, sofern hierfür nicht andere Stellen zuständig sind.

- Mitarbeit und Subventionierung des Ausbildungszentrums Lehrbauhof Ost
- Einrichtung der „Bauakademie Wien“
- Kontakte mit verschiedenen Schulen und der Universität
- Jungmauerwettbewerb
- Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut Wien
- Nominierung von Prüfern für Lehrabschluss- und Baumeisterprüfungen etc.

5. Die den Fachgruppen durch Gesetz oder sonstige Vorschriften eingeräumte Mitwirkung an der Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltung, ins-

besondere die Ausübung der Begutachtungsrechte nach der Gewerbeordnung, sowie die Mitwirkung in Berufsausbildungsangelegenheiten.

- Stellungnahmen zu Landesgesetzen und Verordnungen, die den Bau betreffen
- Stellungnahmen zu Gewerbe-rechtsentziehungen
- Stellungnahmen gemäß § 91 GewO (Entfernung des Geschäftsführers)
- Nachsicht von der Zulassung zur Baumeisterprüfung
- Stellungnahmen zu Nachsichten (§ 28 GewO)
- Stellungnahme zu Anerkennungen (§ 373 c GewO) etc.

6. Die Führung von Mitgliederdateien und Statistiken, sofern sie nicht von der Landeskammer zentral geführt werden.

- Ruhendmeldungen
- Wiederbetriebsmeldungen
- Verständigung der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft bei Ruhend- bzw. Wiederbetriebsmeldung
- Meldung der Mitgliederänderungen an die „Österreichische Bauzeitung“, Bauarbeiterurlaubs- und Abfertigungskasse, AMS Bau-Holz etc.

7. Der Abschluss von Kollektivverträgen

- Wiener Zusatzverträge, Wegegeldregelung, Leistungsverträge
- Unterstützung der Funktionäre im Sozialpolitischen Ausschuss der Bundesinnung Bau etc.

8. Die Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

- Werbeeinschaltungen in diversen Medien
- Artikel in Massenmedien
- Jährlicher Tätigkeitsbericht
- Weitergabe von Mitgliederlisten nach Fachgebieten

- Beteiligung an Veranstaltungen
- Jährliche Veranstaltung „Tag der Wiener Bauwirtschaft“ etc.

9. Die Beratung und Information der Mitglieder

- Rundschreiben
- Österreichische Bauzeitung
- Homepage
- Kostenlose Erstberatung der Mitglieder in Rechts-, Steuer- und Versicherungsfragen usw.

Mit 1.1.2002 tritt ein neues Wirtschaftskammergesetz in Kraft. Dieses wird voraussichtlich keine Änderung des Aufgabenbereiches der Innung bringen. Allerdings bedeutet die vorgeschriebene Einsparung von 30 Prozent, dass verschiedene Aktivitäten nicht mehr oder in anderem Umfang getätig werden können. Die Landesinnung Bau Wien trägt dieser Entwicklung auch Rechnung und wird prüfen und entscheiden, welche bisherigen Aufgaben der Innung ausgelagert werden. Die Zeiten ändern sich, und die Innung muss sich gleichfalls anpassen. Aus einem Büro mit Ärmelschonermentalität wurde eine moderne Serviceeinrichtung für ihre Mitglieder.



Die betriebswirtschaftliche Situation des Wiener Baugewerbes

Über die Unterschiede zwischen Flop- und Top-Betrieben.

Dr. Walter Bornett
ist Direktor des Österreichischen
Instituts für Gewerbe- und
Handelsforschung (IfG).

Die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Baugewerbe sind alles andere als günstig. Ein deutlich abgeschwächtes Wirtschaftswachstum und rückläufige Produktionszahlen vor allem im Neubau treffen auch das Wiener Baugewerbe hart. Die im Hinblick auf die Sanie-

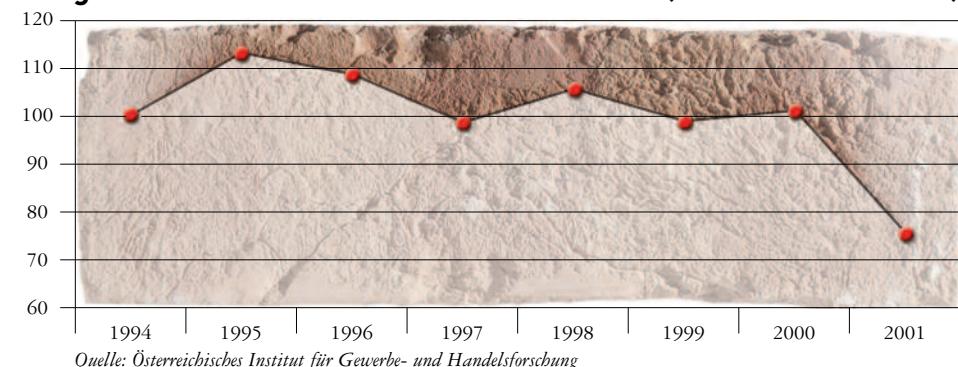
lungsforschung (IfG) im Baugewerbe¹ zeigen eine dramatische Entwicklung.

Im III. Quartal 2001 sind die durchschnittlichen Auftragsbestände im Wiener Baugewerbe im Vergleich zum Vorjahr um 25 % (!) gesunken. Dieser Einbruch ist vor allem deshalb

niedrigen Ertragskraft und - daraus resultierend - einer miserablen Qualität der Finanzierung. Ursachen dafür sind der - angesichts schwacher Nachfrage - immer stärker werdende Konkurrenzdruck und damit verbundene ruinöse Preiswettbewerb. Die Wiener Betriebe erwirtschaften seit

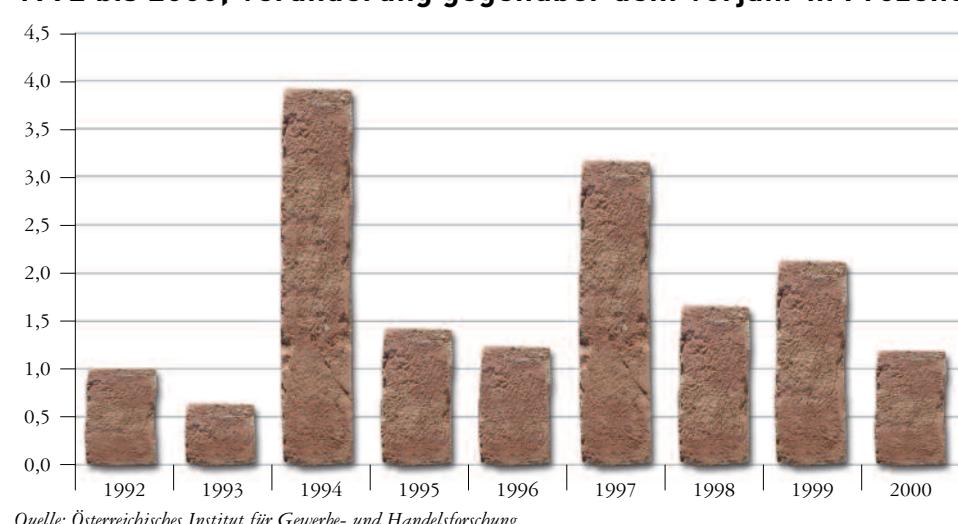
Der betriebswirtschaftliche Gewinn (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) beträgt lediglich 0,4 % der Betriebsleistung. Ein viel zu geringer Wert, da nach Berücksichtigung der Ertragssteuern und der Geldentwertung die Betriebe im Durchschnitt in die Verlustzone rutschen und an

Entwicklung der durchschnittlichen Auftragsbestände im Wiener Baugewerbe im III. Quartal 1994 bis 2001 (Index: 1994 = 100)



¹ Quelle: IfG-Konjunkturdatenbank; Meldungen von rd. 500 Baugewerbebetrieben mit rd. 22.000 Beschäftigten

Umsatzentwicklung (preisbereinigt) im Wiener Baugewerbe 1992 bis 2000; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



nung des österreichischen Budgets geplanten bzw. bereits umgesetzten Maßnahmen tragen ebenfalls nicht dazu bei, die Situation nachhaltig zu verbessern.

Die aktuellen Ergebnisse der Konjunkturbeobachtung des Österreichischen Instituts für Gewerbe- und Han-

Besorgnis erregend, weil die betriebswirtschaftliche Situation des Großteils der Wiener Baubetriebe keinen Spielraum für ein Durchtauchen dieses konjunkturellen Wellentals lässt.

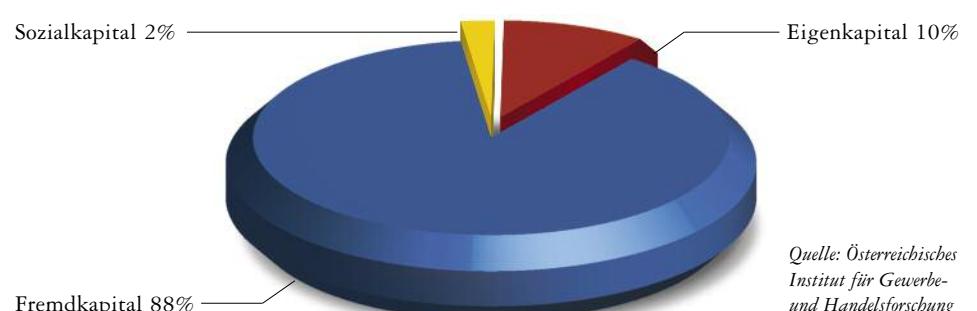
Die katastrophale betriebswirtschaftliche Situation zeigt sich in erster Linie an der existenzgefährdend

Kosten- und Ergebnisstruktur im Wiener Baugewerbe²

Betriebsleistung	100,0 %
Materialaufwand und Fremdleistungen	52,6 %
Rohertrag	47,4 %
Sonstige betriebliche Erträge	1,7 %
Personalkosten	30,6 %
Sonstiger Aufwand	14,1 %
Ergebnis vor Finanzerfolg (Betriebserfolg)	4,5 %
Finanzergebnis	-4,1 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,4 %

² Quelle: IfG-Bilanzdatenbank; Durchschnittswerte von 104 Wiener Baugewerbebetrieben, Jahresabschlüsse 1999/2000

Finanzierungsstruktur im Wiener Baugewerbe³



³ Quelle: IfG-Bilanzdatenbank; Durchschnittswerte von 104 Wiener Baugewerbebetrieben, Jahresabschlüsse 1999/2000

Jahren nur äußerst bescheidene Umsatzzuwächse und diese allzu oft zu Lasten der Gewinne, das heißt mit schlechten Preisen.

Sieht man von den etwas besseren Jahren 1994 und 1997 ab, liegen die jährlichen Umsatzsteigerungen zwischen 0,6 % und rd. 2 %. Derartige Wachstumsraten reichen in der Regel nicht aus, die eingetretenen Kostensteigerungen zur Gänze zu decken. Das zeigt sich auch in den Bilanzergebnissen.

Substanz verlieren. Wie bereits erwähnt, liegen die Ursachen vor allem in einer zu geringen Auslastung und im harten Preiskampf, der dazu führt, dass Aufträge vielfach auch zu nicht kostendeckenden Preisen angenommen werden. Eine derartige Unternehmens- und Preispolitik ist allerdings kurzfristig. Sie sichert zwar kurzfristig Arbeitsplätze, gefährdet aber zumindest langfristig die Existenz eines Unternehmens. Das Mithalten in dem sich nach unten drehenden Preiskarussell können sich nur



jene erlauben, die tatsächlich die Kostenführerschaft in der Branche haben. Für die überwiegende Mehrzahl der Klein- und Mittelbetriebe im Baugewerbe trifft das allerdings nicht zu. Spielen sie trotzdem mit, passiert so lange nichts Dramatisches, so lange genügend Eigenkapital zur Verfügung

die „Misserfolgsspirale“ bedrohlich in Bewegung zu setzen: Es fehlt der Spielraum für rechtzeitige Investitionen in die Attraktivität des Unternehmens; mangelnde Attraktivität für Kunden führt dazu, dass erst recht der (niedrige) Preis einziges Verkaufsargument ist. Schlechte Preise mindern

der Betriebsleistung verlieren, erwirtschaften die Top-Betriebe respektable Gewinne in Höhe von 12 % der Betriebsleistung. Damit liegen sie auch deutlich über dem betriebswirtschaftlichen Mindestsollwert von 3 %.

Ein weiterer Beleg dafür, dass es auch in einer schwierigen Branche wie dem Baugewerbe äußerst erfolgreiche Betriebe gibt, ist die Produktivität. Die Nettoproduktivität zeigt die

komunizieren können und der Preis als Verkaufsargument eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt. Erfolgreiche Betriebe zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie eine Vielzahl von Stammkunden haben, die resistent sind gegenüber Tiefpreisan geboten von Mitbewerbern.

Erfolgreiche Betriebe werden von Unternehmern, Flop-Betriebe von Unterlassern geführt. Wer den Weg

Kosten- und Ergebnisstruktur im Wiener Baugewerbe; Unterschiede zwischen erfolgreichen (TOP) und nicht erfolgreichen (FLOP) Betrieben⁶ (alle Werte in Prozent der Betriebsleistung)

	Top-Betriebe	Durchschnitt	Flop-Betriebe
Betriebsleistung	100,0	100,0	100,0
Materialaufwand	36,8	52,6	62,5
Rohertrag	63,2	47,4	37,5
Sonstige betriebliche Erträge	0,6	1,7	4,6
Personalkosten	33,3	30,6	23,5
Sonstiger Aufwand	15,6	14,1	17,8
Ergebnis vor Finanzerfolg (Betriebserfolg)	14,8	4,5	0,8
Finanzergebnis	-2,8	-4,1	-11,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12,0	0,4	-10,5

Quelle: IfGH-Bilanzdatenbank

Nettoproduktivität im Wiener Baugewerbe

	Top-Betriebe	Flop-Betriebe
Rohertrag (in % der Betriebsleistung)	63,2	37,5
Personalkosten (in % der Betriebsleistung)	33,3	23,5
Nettoproduktivität	1,9	1,6

Quelle: IfGH-Bilanzdatenbank

steht. Dies ist jedoch bei weitem nicht der Fall! Im Gegenteil: lediglich 9,5 % des gesamten Betriebsvermögens sind im Wiener Baugewerbe mit Eigenkapital finanziert. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht und risikopolitischen Überlegungen sollte die Eigenkapitalquote mindestens 20 % betragen.

Der hohe Verschuldungsgrad von 88 % bedeutet natürlich auch entsprechend hohe Fremdfinanzierungskosten: 4,8 % der Betriebsleistung müssen dafür kalkuliert und in den Preisen untergebracht werden.

Für Betriebe mit schwacher Ertragskraft und schlechter Finanzierung beginnt sich über kurz oder lang

den Gewinn bzw. führen zu Verlusten: Damit verschlechtert sich die Qualität der Finanzierung weiter und Investitionen in die Attraktivität des Betriebes werden noch schwieriger, und so dreht sich die Spirale weiter und weiter nach unten.

Das muss aber nicht so sein. Erfolgslosigkeit – unabhängig von Branche, Betriebsgröße und Standort – ist glücklicherweise kein Naturgesetz! Auch im Wiener Baugewerbe zeigen die Top-Betriebe, dass es auch anders, nämlich erfolgreicher geht. Sie realisieren deutlich höhere Gewinne und sind solider finanziert.

Während die Flop-Betriebe rd. 11 %

Die Fehler der Flop-Betriebe

Reaktiv, passiv
Raunzermalitätät
Bauchladenangebot
O8-15 Produkte und Leistungen
Technikorientiert
Verkaufen Produkte und Leistungen
Problembringer
Unterlasser

Relation zwischen erwirtschaftetem Rohertrag (output) und den Personalkosten (input). Die Top-Betriebe des Wiener Baugewerbes erzielen für jeden Schilling, den der Einsatz der Mitarbeiter kostet (Personalkosten), 1 Schilling und 90 Groschen Rohertrag (Betriebsleistung abzüglich Materialkosten und Fremdleistungen). Damit arbeiten sie um rund 19 % produktiver als ihre weniger erfolgreichen Kollegen.

Diese deutlich höhere Produktivität ist offensichtlich nicht darauf zurückzuführen, dass erfolgreiche Betriebe die gleiche Leistung mit weniger bzw. billigeren Mitarbeitern erbringen. Sie wurzelt in der Regel auch nicht in besseren Einkaufskonditionen. Zentraler Erfolgsfaktor ist vielmehr, dass es den Top-Betrieben gelingt, die vorhandene Kapazität zu deutlich besseren Preisen zu verkaufen. Und das gelingt ihnen vor allem deshalb, weil sie ein hohes Maß an Attraktivität für Kunden glaubhaft

an die Spitze vorhat, muss akzeptieren, dass die Luft ganz oben relativ dünn ist. Wer ganz hinauf will, muss über das notwendige Rüstzeug verfügen. Ohne ein Höchstmaß an fachlich-technischer, betriebswirtschaftlich-kaufmännischer aber auch sozialer Kompetenz, ist ein Absturz kaum zu verhindern.

Die Top-Betriebe bewegen sich in einer Erfolgsspirale: Gelungene Wettbewerbsdifferenzierung, maximale Kundenorientierung und ein hoher Dienstleistungsgrad in Verbindung mit einer Top-Qualität der Leistung gewährleisten ein Höchstmaß an Attraktivität und reduzieren den Konkurrenz- und Preisdruck beträchtlich. Bessere Preise und adäquate Gewinne sind die Folge. Damit ist auch die Qualität der Finanzierung gesichert und ein solides Fundament für rechtzeitige Investitionen in die weitere Erhöhung der Attraktivität vorhanden, die Erfolgsspirale dreht sich nach oben.



15 Jahre Wiener Stadterneuerungspreis der Landesinnung Bau Wien

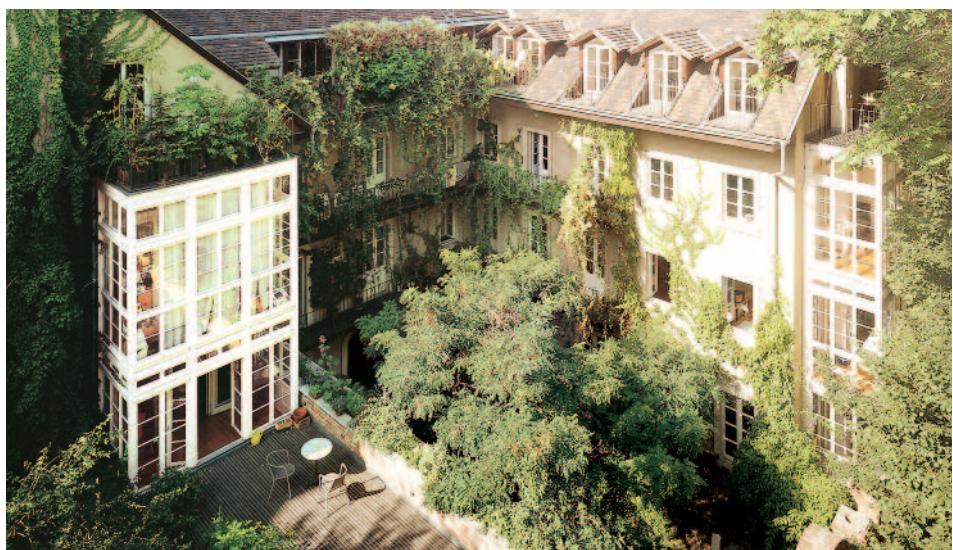
Zur Geschichte und Philosophie der Altstadt- und Althaussanierung.

Ing. Stefan Mandabus
ist Baumeister und stellvertretender
Innungsmeister der Landesinnung
Bau Wien.

In den ersten Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten, nach Ende des Zweiten Weltkrieges stand bei der Sanierung alter Bausubstanzen die rasche und billige Schaffung von Wohnraum im Vordergrund. „Abreißen“, nicht „Renovieren“ hieß die Devise, und unzählige Neubauten wurden in die Höhe getrieben. Dass es nun gerade diese Neubauten sind, die häufig in allen Belangen einen wesentlich schlechteren Zustand aufweisen als viele so genannte Gründerhäuser, ist ein offenes Geheimnis.

Wien und verbesserten die Möglichkeiten, Sanierungsbauten mit Mitteln der öffentlichen Hand effizient zu fördern.

Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds mit seinen Mitarbeitern hat die Realisierung vieler derartiger Projekte ermöglicht. Neben der Erhaltung dieser Gebäude und der Schaffung von qualitativ hochwertigem Wohnraum entwickelte sich auf diese Art ein Stadtbild, das nicht von Neubauten beherrscht war, sondern immer wieder schöne alte



Eine gelungene Kombination von Alt und Neu in einem Innenhof der Karmelitergasse im 2. Bezirk

Schön langsam setzte jedoch ein Umdenken ein, und es wurde begonnen, alte und erhaltenswerte Bausubstanzen zu sanieren. Der Begriff „Stadterneuerung“ war neben dem „Umweltschutz“ der politische Hit der achtziger Jahre. 1984 wurden im Wiener Landtag 103 Vorschläge zur Stadterneuerung eingebracht. In deren Einleitung heißt es:

„Stadterneuerung ist keineswegs ein rein baulicher Prozess. Sie bedeutet vielmehr eine umfassende Qualitätsverbesserung städtischer Lebensbedingungen.“

Aufgrund dieser Initiative und der Zusammenarbeit der beiden großen Rathausfraktionen änderten sich die Rahmenbedingungen in der Gemeinde

Objekte zum Vorschein brachte, die auf ihre Art die Stadt Wien prägen und einzigartig machen.

1985 wurden die Innungen stärker eingebunden, so dass auch von dieser Seite wichtige Impulse kamen. Unter dem damaligen Innungsmeister Dipl. Ing. Werner Hutschinski wurde 1986 zum ersten Mal der Stadterneuerungspreis der „Landesinnung Wien der Baugewerbe“ – wie die Landesinnung Bau damals noch hieß – ausgeschrieben: 11 Projekte wurden eingereicht und unter diesen die siegreichen Objekte von einer prominenten Jury ermittelt. Unter dem Vorsitz des Innungsmeisters trafen der damalige Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Ernst Filz, Architekt Prof. Hans Hollein, der Künstler Friedensreich Hundert-

wasser sowie Gemeinderat Dr. Peter Mayer und der spätere Innungsmeister Dipl. Ing. Pawlick zusammen, um die eingereichten Projekte nach folgenden Gesichtspunkten zu beurteilen: Prämierung von Objekten, die sich in besonderem Maß der tatsächlichen qualitativen Verbesserung des Althauses bestandes sowie der Ästhetik widmen. Zugelassen waren 1986 all jene Projekte, die nach dem Stichtag 1. Jänner 1980 fertig gestellt wurden.

Folgende Kriterien, die sich bis heute nicht geändert haben, waren für die Vergabe maßgeblich:

- Verbesserung der Wohnqualität und damit verbunden die Beseitigung von Wohnungen der Kategorien B bis D
- Dachgeschossausbau, Zubau, Aufstockung
- Hof- und Gartengestaltung
- Fassadengestaltung

Für die Vergabe des ersten und des zweiten Preises kommen nur Bauvorhaben in Frage, auf die mehrere Kriterien zutreffen. Das erste Siegerprojekt wurde ein Biedermeierhaus im 2. Wiener Gemeindebezirk, obwohl das Objekt aufgrund der durchgeführten „Anamnese“ eigentlich ein Fall für die Spitzhacke war. Die zuvor genannten geänderten Rahmenbedingungen durch die Stadt Wien haben dazu beigetragen, dass dieses ca. 200 Jahre alte Haus von Grund auf instandgesetzt und bewohnbar gemacht wurde.

Anlässlich der Preisverleihung, die damals in Anwesenheit des Vizebürgermeisters Dr. Erhard Busek, Sektionsobmann Wilhelm Neusser sowie der Wohnbaustatssekretärin Dr. Eypeldauer noch im Festsaal der Innung stattfand, unterstrich Dipl. Ing. Hutschinski die bis zum heutigen Tag gültigen Zielsetzungen des Stadterneuerungspreises:

„Mit der Stadterneuerung wird nicht nur altes und wertvolles Kulturgut bewahrt sowie lebenswerter Wohnraum geschaffen, es wird auch die Zersiedelung der Landschaft eingebremst.“

Die Idee und die Durchführung dieses Pilotprojekts waren ein derartiger Erfolg, dass im Jahr darauf die Preisgelder aufgrund der finanziellen Unterstützung mehrerer Institutionen verdoppelt werden konnten. Somit war der Scheck für den 1. Platz mit öS 100.000,- dotiert. Eingereicht wurden Projekte, die in den Jahren 1985/86 fertig gestellt worden waren. Gleichzeitig wurde zum ersten Mal von der Sektion Gewerbe der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien ein Gewerbepreis für besonders verdienstvolle Leistungen auf dem Gebiet der Altstadt- und Althaussanierung gestiftet, welcher mit öS 25.000,- dotiert war. Auch in diesem Jahr waren mit Prof. Arik Brauer und Prof. Gustav Peichl zwei bekannte Persönlichkeiten Mitglieder der Jury, um die Auswahl unter den eingereichten Projekten zu treffen. Siegerprojekt war das Objekt Wasagasse 28 im 9. Wiener Gemeindebezirk, von welchem lediglich die Außenwände und Fassaden erhalten blieben, sämtliche Geschossdecken und das Dach aufgrund der schlechten Substanz jedoch erneuert wurden.

Im Jahr darauf war zum ersten Mal der Architekt des Siegerprojekts vom Vorjahr Mitglied der Jury. Im Jahr 1988 war dies Universitätsprofessor Architekt Dipl. Ing. Hans Puchhammer. Mit der Verleihung des Stadterneuerungspreises an ausgewählte Objekte wurde von Anfang an versucht, gewisse Trends in der Stadtentwicklung besonders zu fördern und das persönliche Engagement der Beteiligten am Bau zu würdigen. Im Jahr 1988 wurde mit dem Objekt





Das Haus Gumpendorferstraße 95 nach der Renovierung: das Ergebnis ist verblüffend und zeugt vom Können unserer Baubetriebe

Annagasse 4 in der Innenstadt ein Juwel aus dem 15. Jahrhundert prämiert. Vor allem war es neben der behutsamen Adaptierung des Dachgeschosses mit einer alten Sternwarte auch die äußerst kosten- und zeitintensive Rekonstruktion der Straßenseite aus dem frühen 17. Jahrhundert, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt erfolgte. Das war für die Jury ausschlaggebend, an dieses Objekt den ersten Preis zu ver-



Das Haus Gumpendorferstraße 95 vor der Renovierung

geben.

Allein diese drei Beispiele zeigen, wie unterschiedlich die Projekte sind und welch hohe Anforderungen an die ausführenden Firmen gestellt werden. Nur wenn der Bauherr bereit ist, mehr als nur unbedingt notwendig in ein Projekt zu investieren, die Professio-nisten bereit und fachlich in der Lage sind, die Ideen und Vorstellungen des Bauherrn und Planers umzusetzen, können Sanierungsvorhaben gelingen, die eine gelungene Symbiose aus Er-haltung alter Bausubstanzen und zeit-gemäßer Wohnraumgestaltung darstellen. Auf den Punkt gebracht

heißt das: „Jede Leistung hat ihren Preis!“. Es muss legitim sein, für eine gute Leistung auch entsprechend honoriert zu werden. Der Trend geht auch in der Sanierung zu immer höherwertigen Produkten, die im La-borversuch bzw. auf dem Papier große Dinge versprechen. Gleichzeitig muss aber auch der Mann vor Ort – der Maurer, der Sanierer etc. – ent-spre-chend ausgebildet sein, um die Pro-dukte richtig anwenden zu können.

In der dadurch manchmal entstehenden Diskrepanz zwischen verspro-chener und tatsächlich erfolgter Bauausführung besteht eine Gefahr. Dadurch könnte eine, nicht nur aus der Sicht des Baumeisters negative Entwicklung einsetzen, die in Zukunft Bauherren davon abhalten wird, sich für die Ideale der Instandhaltung wert-voller Kulturgüter einzusetzen. Doch zum Glück sind immer wieder Bauhe-rren bereit, Altbauten zu lebens- und liebenswertem Wohnraum umzuges-talten – und zwar mit großem Enga-gement und finanziellem Aufwand. Diesen Men-schen muss an dieser Ste-lle gedankt werden.

Der Stadterneuerungspreis stellt eine der Möglichkeiten dar, dem Bau-herrn für seine Hingabe zu danken und ihm zu bestätigen, dass in seinem Haus die Grundgedanken der – wie man es 1985 bezeichnete – „sanften Stadterneuerung“ bestmöг-lich um-gesetzt wurden.

Die Zukunft der europäischen Bauwirtschaft

Perspektiven, die auch das Wiener Baugewerbe betreffen.

Dr. Margarete Czerny
ist Bauexpertin im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Heute gehört Wien zu den attrak-tivsten, schönsten aber auch sichersten Städten der Welt. Dies ist nicht zu-letzt ein Verdienst der heimischen Bauwirtschaft. Vor allem hat das Wie-ner Baugewerbe mit seinen hervorra-genden Leistungen wesentlich dazu beigetragen, dass unsere Stadt heute diese internationale Wertschätzung genießt.

Die Bauwirtschaft in Wien entwi-ckelte sich in den vergangenen zehn Jahren relativ gut. Während sich die Baunachfrage in Europa deutlich absch-wächte, kam es in Wien zu einem Boom im Wohnungsneubau und im Büro- und Verwaltungsbau. Die Stadterweiterung durch die Er-richtung zahlreicher Wohnungsneubauten sowie der Bau von multifunktionalen Hochhäusern, Büros und Gebäude-komplexen haben nicht nur das Wie-ner Baugewerbe im vergangenen Jahrzehnt gut ausgelastet, sondern auch der Stadt Wien einen neuen Stel-lenwert – als moderne Metropole im Herzen Europas – mit besonders hoher Standort- und Lebensqualität gegeben.

Nicht nur im Bereich der Renovie-rung und Modernisierung ganzer Stadt-teile und historisch wertvoller Bauten hat das Baugewerbe mit seinem Know-how, seinen Spezialkenntnissen und handwerklichen Fähigkeiten die Stadt in neuem Glanz erstrahlen las-sen, sondern auch durch die Errich-tung von experimentellen Wohnbauten und Hochhauskomplexen. In ganzen Stadtvierteln wurden zukunftswei-sende Akzente gesetzt. So wurde bei-spielsweise durch die „Donau City“ ein neuer baulicher und architektonischer Schwerpunkt gesetzt. Wien präsentiert sich zu Beginn des neuen Jahrtausends zusätzliche mit einer neuen „Skyline“ an der Donau, was unsere Stadt als in-ternationalen Treffpunkt und Standort besonders attraktiv macht.

Die westeuropäische Baubranche war im vergangenen Jahrzehnt durch Strukturpassungen geprägt. Der Anteil der Bauinvestitionen am Brutto-Inlandsprodukt sank in der EU von 11,7% zu Beginn der neunziger Jahre auf 10,2% Ende der neunziger Jahre. In Österreich konnte durch die rege Bautätigkeit der Anteil von 13,0 % auf 13,9 % erhöht werden.

Die zukünftige Entwicklung der europäischen Bauwirtschaft ist von einem sehr schwachen Wachstums-pfad gekennzeichnet. Die Bauwirtschaft hat in Europa ihre Rolle als Konjunkturmotor eingebüßt. Der hohe Versorgungsgrad an Wohn-, Büro- und Wirtschaftsbauten setzt dem Neubau in ganz Westeuropa Grenzen. Auch in der Infrastruktur kommt es zur Zurückhaltung bei öffentlichen Investitionen, da die meis-ten Regierungen um niedrige Budgetdefizite bemüht sind. Private Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle nehmen im Bereich der Infra-struktur in den europäischen Ländern generell zu. Nach den jüngsten ver-öffentlichten Prognosen der Bau-wirtschaft der EUROCONSTRUCT (Europäische Gemeinschaft für Bau-prognosen) wird mittelfristig in den nächsten 3 Jahren ein durchschnittli-ches reales Wachstum des Bauvolu-mens in Westeuropa von rund 1 % pro Jahr erwartet. Hingegen sind die Wachstumsperspektiven in Ost-Mitteleuropa viel günstiger. In den Vi-segradländern wird mit jährlichen Wachstumsraten der Bauwirtschaft von 6 % bis 7 % in den kommenden Jahren gerechnet. Diese Wachstumsim-pulse kommen nicht zuletzt von den EU-Förderungsprogrammen, insbe sondere aber auch von den EU-Heran-führungshilfen im Bereich der Infra-struktur, die für die kommenden Jahre verdreifacht wurden. Neben dem hohen Investitionsbedarf ist vor allem



Renovierungssektor sowie im Wirtschaftsbau in den künftigen EU-Beitrittsländern hoch. Durch die Osterweiterung wächst auch für Wien wieder die Bedeutung als Standort internationaler Headquarters.



Der Ausbau der Infrastruktur (z. B. Verkehrsverbindungen) war immer schon ein wichtiger Faktor für die Bauwirtschaft

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Osterweiterung hat Wien große Aufgaben, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurden, vor allem den Ausbau der Infrastruktur in Richtung unserer östlichen Nachbarstaaten. Wie sollte Wien seinen zentralen Standort stärken können, wenn es zu permanenten Verkehrsstaus kommt? Der Ausbau der Infrastruktur muss nun in Wien erste Priorität haben. Umfahrungen, der zügige Ausbau von Straße und Schiene sowie der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems werden der Wiener Bauwirtschaft künftig Impulse geben. Dafür sind aber koordinierte und verstärkte Bemühungen der öffentlichen Hand notwendig.

Auch der Wohnbau, der in Wien im vergangenen Jahrzehnt einen Boom zu verzeichnen hatte, weist seit Ende der neunziger Jahre eine rück-

läufige Entwicklung auf. Ähnlich wie in ganz Westeuropa sind die Perspektiven für den Wohnungsneubau in der Zukunft auch in Wien gedämpft. Obschon ein ausreichendes Angebot an Wohnungen in Randlagen zur Verfügung steht, und vermehrt Altbauten angeboten werden, gibt es einen Bedarf an preisgünstigen Neubauwohnungen in zentraler Lage.

Generell zeichnet sich ein Strukturwandel in der westeuropäischen Bauwirtschaft vom Neubau zum Renovierungs- und Modernisierungssektor ab. Dies wird auch die Zukunft des Wiener Baugewerbes prägen. Vor allem werden nachhaltige und energetische Bauleistungen eine große Rolle spielen. Bereits seit Anfang 2000 werden in Wien thermische und energiesparende Investitionen durch das Förderprogramm „Thewosan“ unterstützt. Auch in den anderen Ländern der Europäischen Union wird ein immer größeres Augenmerk auf nachhaltige Bau- und Wohnqualität gelegt. Es werden neue Qualitätsstandards von Bauten und Baumaterialien von Seiten der EU empfohlen, die vor allem auf den Materialkreislauf sowie auf den Klimaschutz Rücksicht nehmen. Die Umweltkomponente und das Energiesparen im Bereich des Bauens erhalten künftig einen immer höheren Stellenwert. Die einzelnen EU-Länder wurden im vergangenen Jahr in Luxemburg von den Umweltministern aufgefordert, neue Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges und energiesparendes Bauen zu schaffen. Österreich hat im Bereich des Umweltbewusstseins in Europa schon immer eine Vorreiterfunktion eingenommen. Mit dem neuen Förderprogramm „Thewosan“ hat Wien das Umweltbewusstsein und das Energiesparen noch weiter in den Vordergrund gestellt. Weitere Bauinitiativen zur Erhaltung und Verbesserung des Gebäudebestandes, zur Erhöhung

der Wohn- und Lebensqualität werden auch künftig ein zentrales Anliegen in Wien sein.

Ein besonderes Augenmerk für die künftige Entwicklung sollte darin liegen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Wiens mit hochwertiger Wohn- und Lebensqualität zu verbinden. Dazu gehört auch:

- Verbesserung der Infrastruktur
- Verstärkung der Headquarterfunktion
- Verbesserung der Standortqualität für Betriebsansiedlungen und Firmenzentralen
- Verstärkung der Firmenkooperationen mit östlichen Ländern
- Verbindung von Wohnen und Arbeiten mit Natur und Erholung bzw. Freizeitangebot (etwa durch den Ausbau der Verbindungen von Grünzonen und Wegenetzen)
- Neben den kommerziellen Schwerpunkten sollte die Stadt ihre Bedeutung für Kultur, Erholung, Gesundheit sowie nachhaltiges Wohnen stärken
- Rahmenbedingungen für Innovation und High-Tech-Branchen: Ausbildungszentren verbessern
- Steigerung des Erholungs- und Freizeitwerts unserer Stadt

Das Wiener Baugewerbe könnte künftig besonders von Investitionen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts, von der Modernisierung des Altbestandes und Revitalisierung ganzer Stadtteile, vom experimentellen Bau sowie vom Ausbau der Infrastruktur Impulse erhalten.

Bedeutung des Standorts Wien im Rahmen der Osterweiterung

Im Rahmen der Osterweiterung ergeben sich für die Stadt Wien durchaus wirtschaftlich gute Chancen, vor allem durch die Stärkung des Stand-

orts Wien als Wirtschaftsmetropole mit neuen Headquarterfunktionen. Diese liegen vor allem in:

- der geographischen und kulturellen Nähe zu den Oststaaten,
- der Erleichterung von Kooperationen durch die Beseitigung der Grenzkontrollen,
- Wahrnehmen der Ausbildungsfunktion, Berufsbildung, Vermittlung von westlichem Know-how.

Die Wiener Betriebe haben schon in der Vergangenheit die Chancen der Ostöffnung genutzt und davon überdurchschnittlich profitiert. Auch wenn in jüngster Zeit große Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien die Chancen der Ostmärkte verstärkt nutzen, hat Wien dennoch eine ganz besondere Stellung und Vorteile in der Bearbeitung der Ostmärkte. Wirtschaftspolitische Instrumente unterstützen die Investitionen und Kooperationen, so können beispielsweise Förderungen der FGG (Finanzierungsgarantien), des Ost-Westfonds, oder des Exportförderungssystems der Kontrollbank auch von den Baufirmen am Standort Wien besser genutzt und in Anspruch genommen werden.

Im Zusammenhang mit der Osterweiterung sei hier noch einmal auf die völlig unzureichende Verkehrsinfrastruktur in Wien hingewiesen. Es gibt einen hohen Nachholbedarf zur Verbesserung der Infrastruktur sowohl im Stadtgebiet als auch bei den Verbindungsstrecken der Straßen und Bahn in Richtung der östlichen Nachbarländer. Auch die Möglichkeit des Ausbaus der Wasserwege für den Ostverkehr sollte in Erwägung gezogen werden. Die derzeit in Aussicht gestellten ambitionierten Bauvorhaben im Infrastrukturbereich geben der Wiener Bauwirtschaft mittelfristig gute Zukunftsperspektiven.



Der Baumeister der Zukunft

Anforderungen an einen Berufsstand samt Auswirkungen auf die Standesvertretung.

Dipl. Ing. Alexander Safferthal
ist Baumeister und stellvertretender
Innungsmeister der Landesinnung
Bau Wien.

„Kein Bauherr will bauen!“. – Der Bauherr will ein Haus, eine renovierte Wohnung, eine neue Fassade oder einen funktionierenden Kanal. Bauen wollen wir, die Baumeister. Wir, die Bau-„Meister“ müssen einen kompletten Service anbieten: Vom Entwurf bzw. der Sanierungslösung über die Behördenwege, über die praktische Ausführung (natürlich in termin- und kostengerechter Durchführung), über die Koordinierung der beteiligten Professionisten und Hilfsfirmen bis zur laufenden Information über den Baufortschritt an den Bauherrn und schließlich zur Übergabe des fertigen Werkes.

Um diese Aufgaben lösen zu können, muss der Baumeister einerseits ein Universalist sein, der mit umfassenden Kenntnissen des Baugeschehens das Zusammenspiel der verschiedenen Bausparten koordinieren und organisieren kann. Andererseits muss er ein Spezialist auf seinen Fachgebieten sein, um die richtigen Lösungen für die Probleme in den Teilbereichen des Baugeschehens auswählen zu können.

Diese Aufgaben kann er entweder durch eigene Leistungen oder durch Zukauf von Leistungen diverser Subfirmen und Hilfskräfte bewältigen. Hier wird sich der Rahmen von der Finanzierungslösung über Mitbaumodelle bis hin zum „facility management“ spannen, d. h. der weiteren Betreuung des Gebäudes nach der Fertstellung, in der Nutzungsphase. Der schleifende Übergang zum Immobilienmanager und Gebäudeorganisator wird durch verschiedene Ausbildungarten und Schulungsmöglichkeiten zu gewährleisten sein. Der „Rohbau-Häuselbaumeister“ hingegen wird in der Konkurrenz mit dem Fertigteilhaus einen schweren Stand haben und immer mehr zum „Tafelverleiher“ für Profifuscher werden.

Die künftige Ostöffnung lässt uns mit mehreren Szenarien spekulieren:

Falls ein starker Zuzug erfolgt, bringt das eine Wiederbelebung des großvolumigen Wohnbaus. Da die bisher damit beschäftigten Mittelbaufirmen bis dahin nicht mehr existieren werden, wird die Bauindustrie diese Aufgabe übernehmen, genauso wie den noch fehlenden Ausbau der Infrastruktur.

Die ausländischen Firmen mit ihren billigeren Arbeitskräften werden versuchen, unseren Markt zu erobern, in dem auch noch die ohne Gewerbeberechtigung handelnden Profifuscherfirmen ihr Unwesen treiben werden. In dieser Umgebung wird es wohl kaum gelingen, Marktanteile über den billigeren Preis zu halten. Wir werden versuchen müssen, die Facharbeiter aus dem Ausland in unsere Firmen zu integrieren. Wir werden ihnen jenen Ausbildungstand geben müssen, der es uns ermöglicht, mit besserer Qualität, besseren Ortskenntnissen, besserem Zugang zu den Behörden und Auftraggebern die bessere Arbeit zu liefern.

Hier wird auch die Bauinnung der Zukunft gefordert sein, – durch Förderung und Initierung von Qualitätsgemeinschaften und Zertifizierungen – dem Baumeister der Zukunft eine Möglichkeit zur Präsentation seiner Fähigkeiten zu geben. Durch Schulungen in Logistik, besonders im städtischen Bereich, weiters durch Schulungen in Qualitätsmanagement und Fehlervermeidung (Stichwort ISO 9001), muss es möglich werden, qualitativ hochwertige Baumaßnahmen auszuführen, und diese – aufgrund der kurzen Leistungszeiträume – zu durchaus akzeptablen und wettbewerbsfähigen Preisen. Nur durch laufend geschulte Mitarbeiter wird es möglich sein, mangelhafte Leistungen

auszuschließen und künftig die jedem bekannten „Oje, ein Baumeister“-Meldungen zu vermeiden.

Um diese Leistungen auch verkaufen zu können, muss der Baumeister der Zukunft lernen, mehr in seine Marketingfähigkeiten zu investieren, als dies derzeit noch geschieht. Es genügt nicht, den Auftraggeber mit technischem Wissen zu beeindrucken, das wird sowieso vorausgesetzt. Die immer besser informierten Kunden wollen aber sehr wohl in wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen sowie im Bereich des Umweltschutzes informiert werden. Der Baumeister muss seine Kunden in jeder Hinsicht überzeugen können – dann werden sie sich ihm anvertrauen!

Durch Verkaufs- und Marketing- schulungen im Rahmen der Baumeisterverbände oder in den Wirtschaftsförderungsinstituten soll dieses Wissen, gleichrangig der technischen Schulung, vermittelt werden. Allen Mitarbeitern im Baugeschehen, vom Baumeister bis zum Bauhelfer, muss in einer Art „technischer Bauakademie“ die Möglichkeit gegeben werden, sich während der gesamten Berufszeit weiterzubilden: durch Schulungen und Trainingsarbeiten.

Da die Zukunft des Baugewerbes mittelfristig in der Renovierung, der Erhaltung der Bausubstanz und Sanierung zu liegen scheint, ist eine diesbezügliche Aus- und Weiterbildung unumgänglich. Eine selbständige Form dieser Schulungen ist auch deshalb notwendig, um nicht in die Abhängigkeit bestimmter Baustoffhersteller zu kommen. Dem widerspricht aber nicht die Forderung, in ständigem Kontakt mit der Baustoffindustrie zu bleiben, die neuesten Entwicklungen in der Baustoffforschung zu übernehmen und ihr die eigenen Erfahrungen für Weiterent-



wicklungen zur Verfügung zu stellen. Wenn die heimische Bauwirtschaft ihre Interessen bündelt, ist die internationale Konkurrenz- fähigkeit gesichert

Die Innungen werden gefordert sein, nicht nur ihre Aufgaben laut Wirtschaftskammergesetz § 43 zu erfüllen, sondern durch professionelles Lobbying ihre eigenen Interessen in technischen Belangen, in wirtschaftlicher Hinsicht und in juristischen Aspekten zum Durchbruch zu verhelfen. Durch den Interessenausgleich in der Wirtschaftskammer sind diese Anliegen nicht immer zu erfüllen. Hier muss, durch Ausgliederung dieser Aufgaben und durch deren Übertragung an andere Organisationen, den ureigenen Interessen der Baumeister Rechnung getragen werden.

Die Bauwirtschaft ist eine Schlüsselbranche, die insgesamt immerhin ein Siebentel des österreichischen Bruttonationalproduktes erwirtschaftet. Nur ein Zusammenschluss der Interessen aller am Bau Beteiligten wie Ziviltechniker, Bauträger, öffentlicher und privater Auftraggeber sowie der Baumeister gewährleistet, dass die österreichische Bauwirtschaft nicht weiter aushungert, sondern fit wird für den internationalen Wettbewerb!



Bildnachweis

Literaturnachweis

Artikel auf: **Bild-Quelle**, mit Platzierungsangabe

- Seite 8 - 15 Historisches Museum der Stadt Wien
- Seite 16 - 23 Lichtbildwerkstätten Dengscherz: 17 unten, 19, 20 oben, 21
Fotostudio Manfred Seidl: 18, 20 unten, 22, 23
Geert Van der Eecken: 17 oben
- Seite 24 - 35 Historisches Museum der Stadt Wien: 26 rechts, 32
Geert Van der Eecken: 24, 25, 26 links oben, 27, 28, 30, 34, 35
- Seite 36 - 43 Negativ aus dem Bildarchiv der
Österreichischen Nationalbibliothek: 38
Geert Van der Eecken: 36, 41
Fotostudio Manfred Seidl: 43
- Seite 44 - 48 Fotoarchiv media wien: 44, 45
- Seite 49 - 55 Historisches Museum der Stadt Wien: 49, 52
Bildarchiv des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien: 50 oben und unten, 55
Institut für Kunstgeschichte der Universität Wien/
Forschungsunternehmen Wiener Ringstraße: 51
Burghauptmannschaft Österreich: 53
Wiener Stadt- und Landesarchiv: 54
- Seite 56 - 61 Fotostudio Manfred Seidl: 56 - 61
- Seite 62 - 69 Fotoarchiv media wien: 62, 66 oben und unten, 68 unten
Geert Van der Eecken: 65, 67, 68 oben
Wolfgang Amann aus „Der Aufbau 1949“: 63
- Seite 70 - 75 Zur Verfügung gestellt von der
Landesinnung Bau Wien
- Seite 76 - 79 Geert Van der Eecken: 76, 77, 79
- Seite 80 - 83 Grafiken von Enöckl GrafikDesign & Werbung: 80
- Seite 84 - 86 Fotostudio Rupert Steiner: 84
Fotostudio Schwingschlögl: 86 oben und unten
- Seite 87 - 89 Geert Van der Eecken: 88
- Seite 90 - 91 Geert Van der Eecken: 91

Artikel auf:

- Seite 24 - 35 Bobek, Hans/Lichtenberger, Elisabeth, Wien. Bauliche
Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.
Graz-Köln 1966.
Die Stadt Wien, hg. von Csendes, Peter/Opll, Ferdinand.
(= Österreichisches Städtebuch 7. Band) Wien 1999.
StadtChronik Wien. 2000 Jahre in Daten, Dokumenten und
Bildern. Wien 1986.
Wien. Entwicklung und Erscheinung. Katalog zur
Sonderausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs.
Wien 1989.
- Seite 36 - 43 Jahrbuch der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister
uralte Haupthütte in Wien, Jahrgänge 1910, 1911, 1912,
1913 und 1914.
- Seite 44 - 48 Peter Csendes, Ferdinand Opll (Hgg.), Die Stadt Wien
(Österreichisches Städtebuch 7), Wien 1999.
Gerhard Meißl, Die Produktion von Stadtraum im
Eisenbahnzeitalter. Am Wiener Beispiel vom Vormärz bis
zum Ersten Weltkrieg, in: Alois Niederstätter (Hg.), Stadt.
Strom - Straße - Schiene. Die Bedeutung des Verkehrs für
die Genese der mitteleuropäischen Städtelandschaft, Linz
2001, S. 67 – 86.
Ders., Hochquellenleitungen und Unratsschiffe. Zur
Geschichte der Wiener Wasserver- und -entsorgung vor
1914, in: Sylvia Hahn, Reinhold Reith (Hgg.), Umwelt-
Geschichte. Arbeitsfelder – Forschungsansätze – Perspektiven
(Querschnitte 8), Wien 2001, S. 157 – 179.
Wiener Stadt- und Landesarchiv, Verein für Geschichte der
Stadt Wien, Ludwig Boltzmann Institut für Stadtgeschichts-
forschung(Hg.), Historischer Atlas von Wien, Wien 1981 ff.
- Seite 49 - 55 Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche, hg. von Renate
Wagner-Rieger, 9 Bände, Wien-Köln-Graz bzw. Wiesbaden
1969-1981.



